Nr. 284

INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info 2,- DM

auswärts 3 DM

1.Mai - nazifrei!

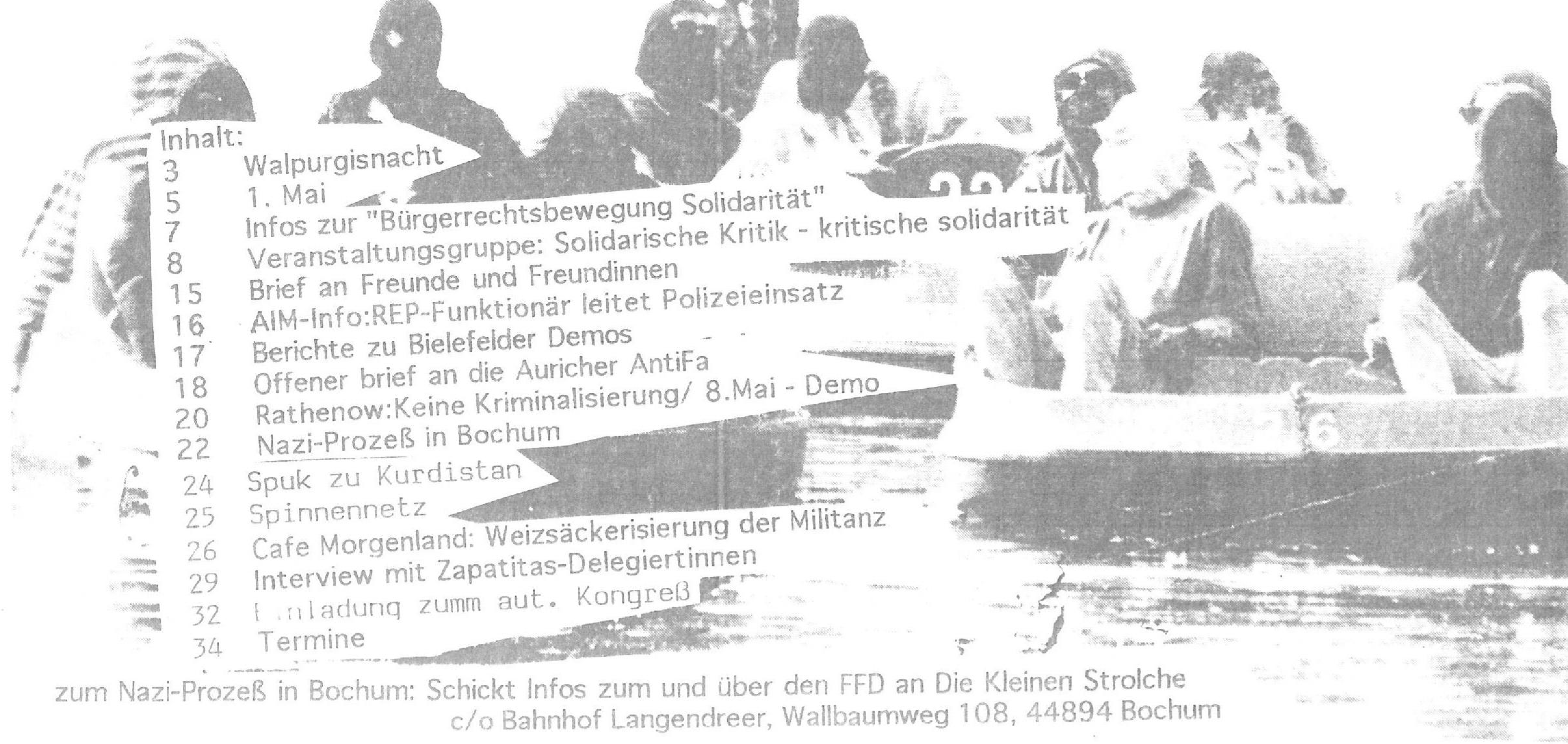


Verhindern wir den FAP-Aufmarsch am 1.Mai!

Kommt ab 10.00 zum Frühstück auf den Oranienplatz, mobil und ausgeschlafen! Infos über Nazi-Aktivitäten werden durchgegeben. Ab 13.00 ist Fest - ohne Alk!



Zerschlagt die Nazibanden! Gegen den sexistischen und rassistischen Normalzustand!



Inhalt:

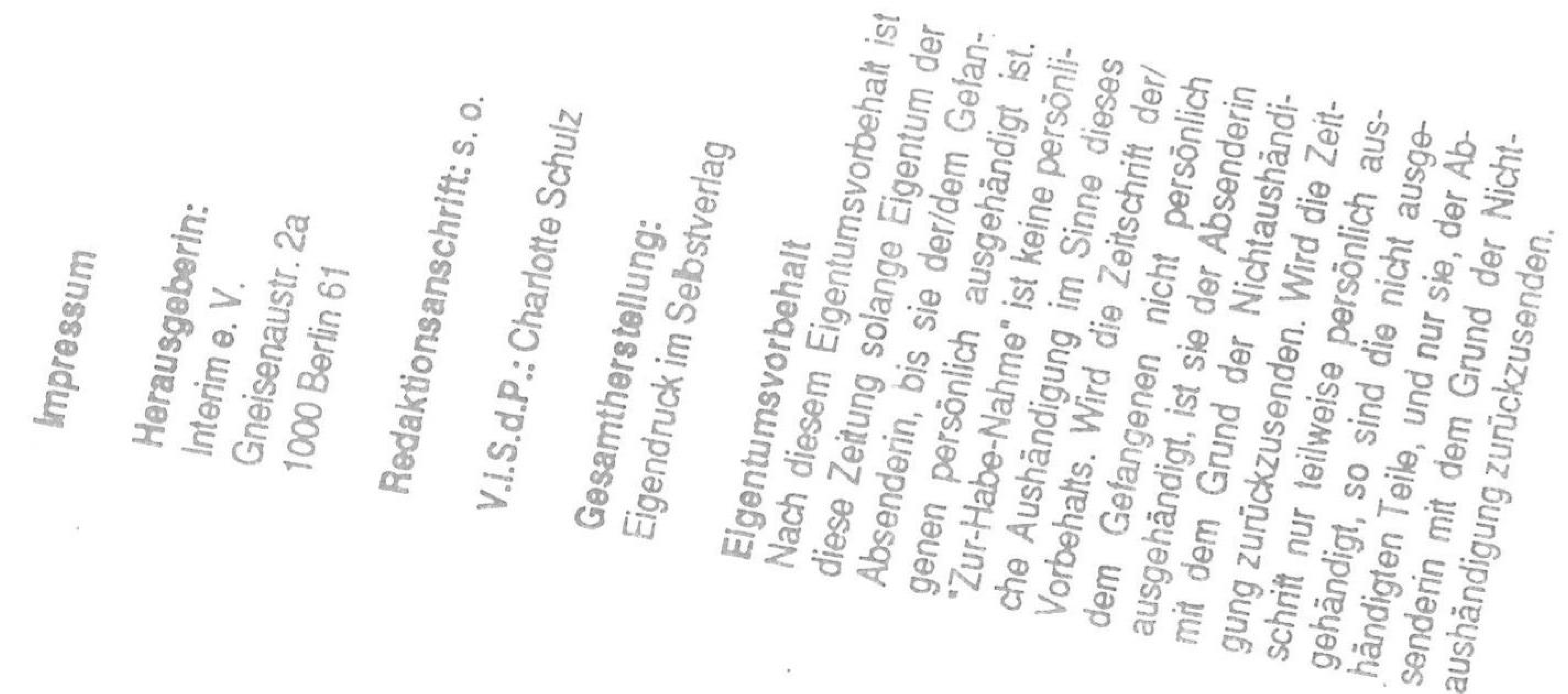
zum Nazi-Prozeß in Bochum: Schickt Infos zum und über den FFD an Die Kleinen Strolche
c/o Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108, 44894 Bochum

Wichtiger Hinweis für alle, die alles ganz genau wissen wollen: die Interim mit dem Mao-Kopf ist die Nr. 282 (14.April 94).
Wer Infos zu dem nebenstehenden Zeitungsausschnitt hat, möge sie bitte veröffentlichen.
Am ersten Mai sehen wir uns zum Frühstück, zum Fest und wenn es denn sein muß beim Verhindern von Nazi-Aufmärschen!

Bewährung für sexuellen Mißbrauch

Wegen sexuellen Mißbrauchs zweier siebenjähriger Mädchen ist ein 24jähriger Bäcker aus Kreuzberg zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und vier Monaten verurteilt worden. Im Verlauf der Verhandlung war bekanntgeworden, daß eine neue Strafanzeige vorliegt. Damit verdichtete sich der Verdacht, daß weitere sieben Mädchen in die Wohnung gelockt und mißbraucht wurden. Der Angeklagte, so wurde vor Gericht festgestellt, gehört zu den Anhängern der Nürnberger „Indianer-Kommune", die offen Sexualität zwischen Erwachsenen und Kindern propagiert. Schon im Januar war ein 26jähriger Freund des Angeklagten wegen sexuellen Mißbrauchs eines Elfjährigen zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr verurteilt worden. Die Gruppe gebe sich den Anschein eines Kindernotdienstes und verteile vor Schulen mit Telfonnummer und Postfach versehene Flugblätter, laut denen Sex mit Kindern erlaubt werden solle. In Zeitschriften hatte der Bäcker die Beaufsichtigung von Kindern angeboten.

Ordner:
Lübecker Bündnis gegen Rassismus/Lübecker Appell
Infobüro Nürnberg: Keine Abschiebungen und Waffenlieferungen in die Türkei
SPUK:Solidarität mit den KurdInnen
EZLN-Kommunique vom 24.3.94
Chronologie der Fischer- und StudentInnen-Demos in Frankreich (TATblatt)
Autonome Antifa A+P - Flugblatt: Keine Kriminalisierung v. AntifaschistInnen
Silvio Gesell und der rechte Rand der Anarchie (FAUST-Artikel)



November 1990.

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

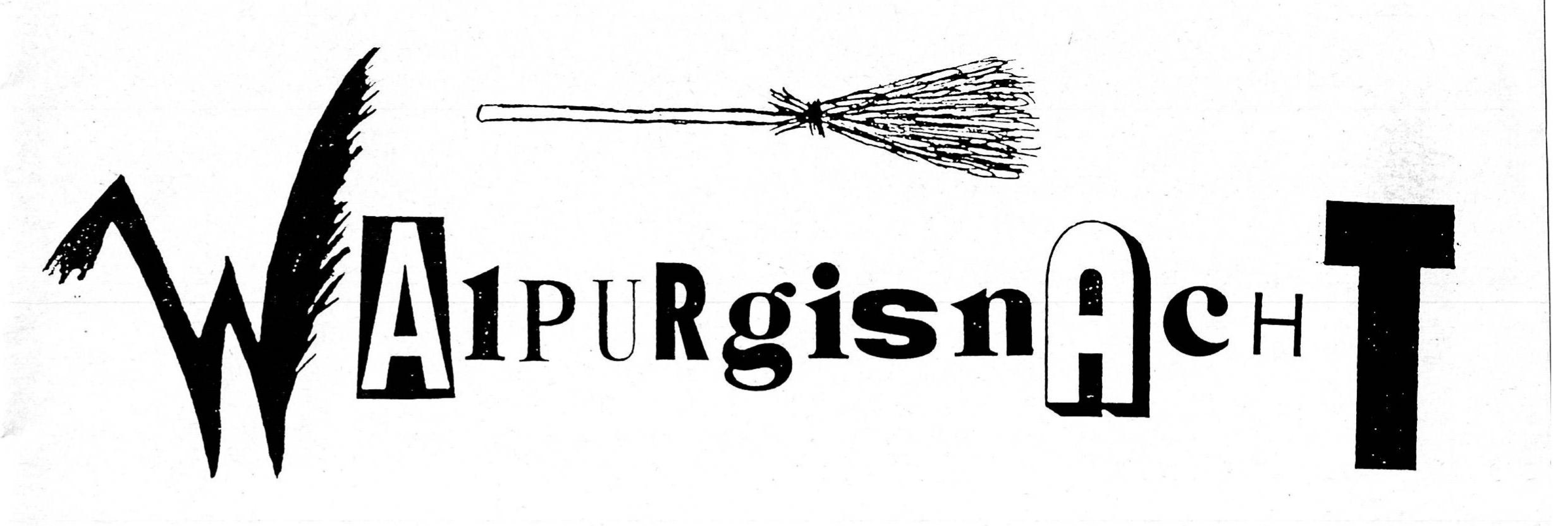
Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Vertriebsbedingungen:
Einzelabos und Einzelbestellungen, auch von alten Heften gibt es prinzipiell nicht. Das ist uns einfach zuviel Arbeit. (Wir wollen nicht ganz und gar in der Bürokratie versinken.) Geht bitte in den nächsten Info-Laden, dort müßte es eine komplette Sammlung zum Fotokopieren geben.
Ausnahmen davon gibt es folgende:
Knastabos gibt es umsonst und auch **Infoläden und -cafés** außerhalb Berlins bekommen ein kostenloses Exemplar zum öffentlich Auslegen bzw. Zugänglichmachen.
Buchläden und andere **Wiederverkäuferinnen** können jederzeit ab 3 Exemplaren bei uns bestellen.
Oder ihr tut euch mit euren FreundInnen und benachbarten WGs zusammen und bestellt mindestens 3 Hefte jede Woche.
Redaktionsschluß ist immer **montags**. Wenn's ganz dringend ist, könnt ihr's auch noch Dienstag probieren. Aber da leeren wir den Briefkasten nicht immer.
Alle **Artikel**, die ihr uns zusendet, sollen **fertig gestaltet** sein. Also, wenn ihr mit Schreibmaschine o. ä. schreibt, mal ab und zu ein neues Farbband, Typen sauber machen, 1-zeilig tippen, weißes Papier benutzen, so daß es gut zu lesen ist und vielleicht auch mal ein Foto oder eine Zeichnung mit einstreuen. Denn: das Auge liest ja schließlich auch mit, nicht wahr?
Artikel, die **nicht veröffentlicht** wurden, kommen in aller Regel ohne Kommentar in die Ordner. Diese befinden sich im Papiertiger, Cuvrystr. 25, im Kopierladen M99, Manteuffelstr. 99, im Nachladen, Waldemarstr. 36 und im Infoladen Daneben, Liebigstr. 34 und sind dort allgemein zugänglich.
Zuschriften, die nicht veröffentlicht werden sollen, und auch nicht in den Ordner dürfen, müssen groß und auffällig als solche gekennzeichnet werden.
Es gilt Anzeigenliste Nr. 4 vom 14.



8.März 1994. Befriedigung, Verwirrung, Resignation, Abgrenzung und totale Verweigerung innerhalb der "eigenen" Reihen scheint das Ergebnis einer Strategie HERRschender Bündnisse zu sein, die es mehr denn je darauf abgesehen hat, Frauen auf skrupellose Weise abzuspeisen. Der 8.März war - zumindest in Berlin - ein Beispiel dafür, daß die Politik der kleinen, wohlausgewählten Häppchen, die Frauen immer mal wieder hingeschleudert bekommen, genügt, um den einen im wahrsten Sinne des Wortes das Maul zu stopfen, anderen das trügerische Gefühl zu vermitteln, ihr "Widerstand" sei ausreichend und mit Erfolg gekrönt und wieder anderen ein solches Empörungs-, Frust- und Entäuschungsgefühl gegenüber dem inhaltlich so entleerten Frauenwiderstand einzugeben, daß sie Tage wie den 8.März oder Internationalen Frauentag oder diesjährigen FrauenStreikTag eher planlos an sich vorübergehen ließen.
Ein besonders giftiges Häppchen ist die "Reform" des § 218. Als Fortschritt verkündet, stellt sie in der Praxis nichts weiter als einen repressiven Rückschritt dar. Dies ist einer der Wege, auf denen die Frauenbewegung zersplittert, zerschlagen, mundtot gemacht werden soll.

TROTZ ALLEM:

Frauen haben Ziele... mehr denn je!

☆ Noch immer führen frauenspezifische Fluchtgründe nahezu nie zur Asylgewährung. Die Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht setzt Frauen besonders brutaler Verfolgung und Folter aus. Sie richtet sich fast ausschließlich auf ihr Frausein. Verfolgung und Folter drückt sich in allen Formen sexueller Gewalt aus: Vergewaltigung, psychische Demütigung, Verletzung ihrer Würde. Ihre erlittene Verfolgung und Flucht wird in der BRD überhaupt nicht ihren Erfordernissen entsprechend ernstgenommen.

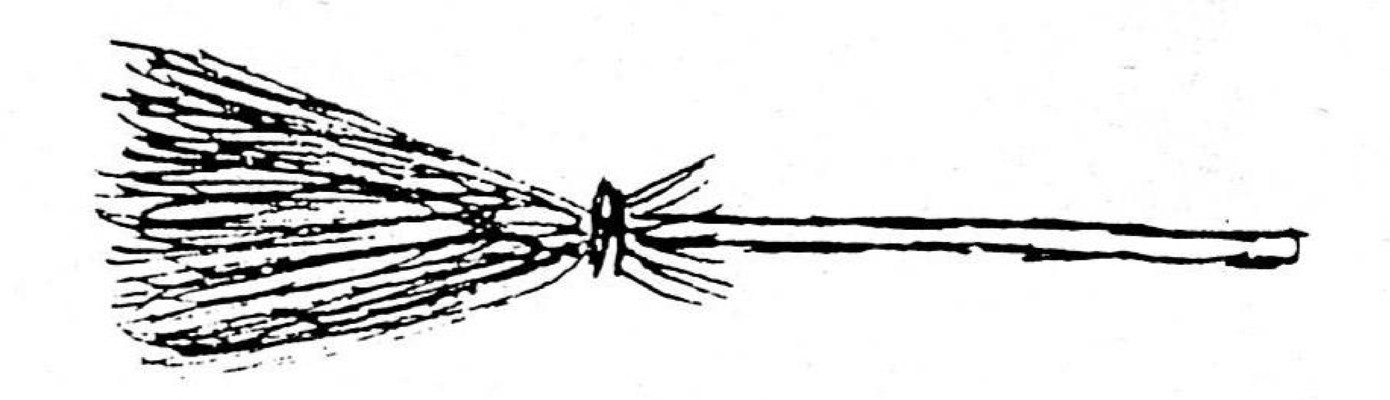
Deshalb:

Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe und eigenständiges Bleiberecht!

☆ Die schamlose Verdrehung des Begriffs "Mißbrauch" hat gezeigt, daß bereits erzielte Erfolge engagierter feministischer Politik keinerlei Sicherheiten bieten und immer wieder neu und mit aller zur Verfügung stehenden Macht zu verteidigen und auszubauen sind. Die breitangelegten Mißbrauchsdiskussionen sind kein Fortschritt, sondern reaktionäre Relativierungsversuche. Das Defintionsrecht über sexuellen Mißbrauch haben allein die betroffenen Frauen, Lesben und Mädchen.

Deshalb:

Schluß mit brutaler Verdrehung und Verleugnung von sexueller Gewalt!



☆ Frauenarbeitskraft wird immer wieder als ein bequemes Instrument benutzt, Spannungen auf dem Arbeitsmarkt auszugleichen. Nach der Zeit der Trümmerfrauen wurden in den 60er Jahren Frauen eindringlich "ermuntert", erwerbstätig zu werden. Spätestens seit der Wende "dürfen" sie wieder heim an den Herd. Die Marktwirtschaft fordert ihren Tribut. Frauen stellen eine manövrierfähige Masse mit immer weiter schwindenden Rechten dar, die je nach Lage der aktuellen wirtschaftlichen Situation ein- bzw. abgesetzt wird. Frauen sind auf dem Arbeitsmarkt nichts weiter als Konjunkturpuffer.

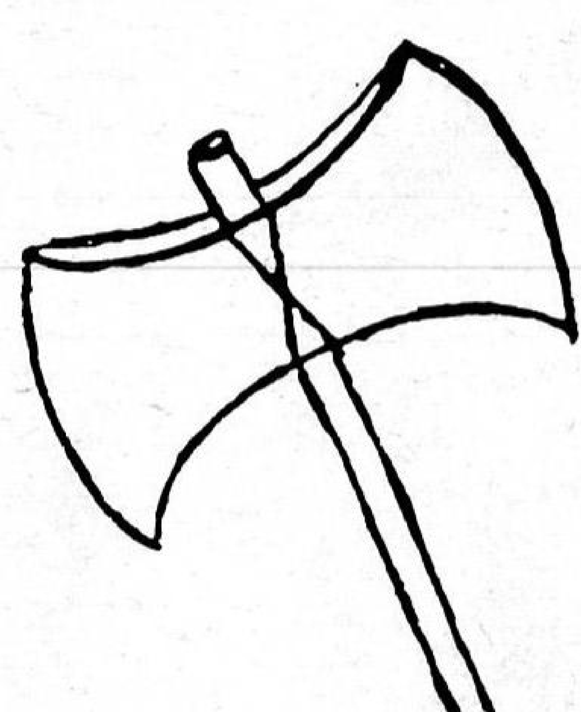
Deshalb:

Keine Frauen als Spekulationsobjekt für die Arbeitsmarktstrategen!

☆ Big Brother is watching you... und längst nicht mehr nur das!
Die Forschungsergebnisse der Gen- und Reproduktionstechnologie dringen heimtückisch-heimlich bis in die letzten Winkel unseres Lebens ein. Das Zeitalter der Naturwissenschaften, der Industrie, der Technik - heute in seiner Vollendung: die Realität des Atom- und Computerzeitalters verlangt nach gentechnisch reproduzierbaren Menschen. ER schafft sich seine Realität, seine Natur, seine Staaten, seine Gesetze, seine Menschen, besser, perfekter, funktionstüchtiger. Dabei dient ihm die Frau als Keimzelle dieser synthetischen Welt.

Deshalb:

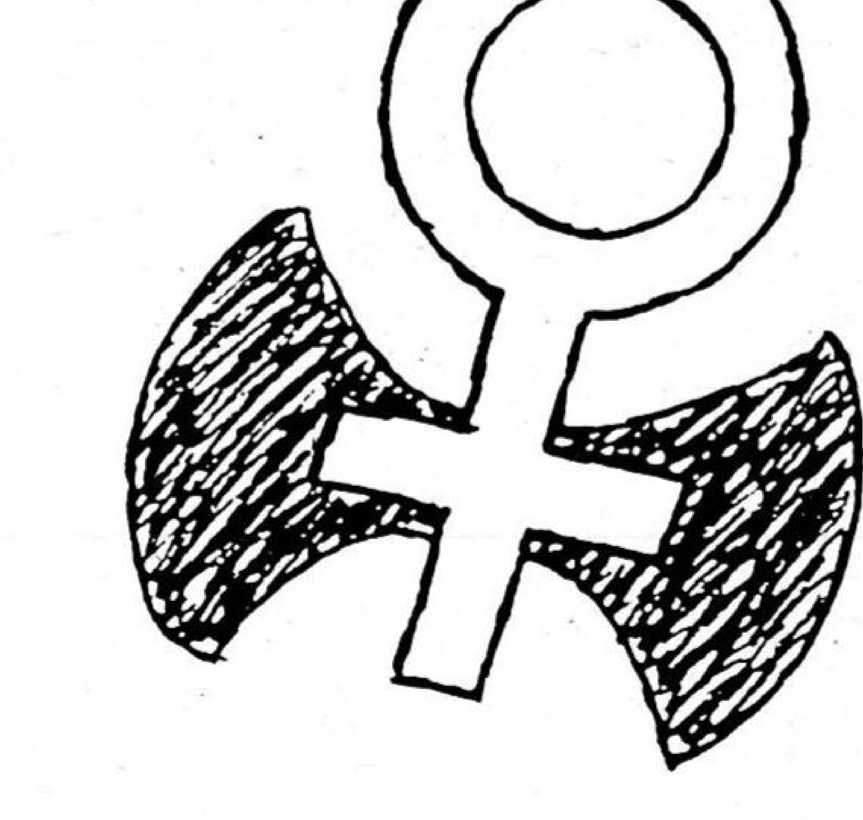
Mit unserer eigenen Lebendigkeit gegen Gen-und Reproduktionstechnologien!



Demo 18.00h Winterfeldtplatz - Fete 20.00h Alte TU Mensa

Ps. is am Samstag, 30.April und nur für Frauen

unseR Ziel kennT keiNe GRENzEn





AbeR unsEre geDuLD!

Massendemonstration am 1. Mai in Kreuzberg.

GENUG !! Seit Jahren bietet sich in Kreuzberg am 1.Mai das gleiche Bild: ganze Straßenzüge werden stundenlang unsicher gemacht von marodierenden Horden entfesselter Gewalttäter. Diese Unruhestifter kommen überwiegend von außerhalb, auch aus Potsdam sind welche dabei. Sie sind perfekt organisiert und verfügen über modernste technische Ausrüstung. Selbst Funkgeräte kommen zum Einsatz. Eigentum und Gesundheit der Einheimischen gelten ihnen nichts. Autos werden brutal beschädigt. Unbescholtene Passanten müssen vom Notarztwagen mit Blaulicht ins Krankenhaus gefahren werden. Zersplittertes Glas knirscht unter rohen Stiefeln. Manche werden sagen: "Am nächsten Tag ist der Spuk vorbei, wozu die Aufregung?" Andere aber sind für ihr Leben gezeichnet. Wir, die Kreuzberger Patriotischen Demokraten / Realistisches Zentrum (KPD/RZ) sind die einzige Partei, die seit Jahren konsequent die Interessen der Bürgerinnen und Bürger Kreuzbergs vertritt. Darum ist es uns unmöglich, länger tatenlos zuzusehen bei diesen Geschehnissen. Mutiges und kompromißloses handeln ist das Gebot der Stunde. Die KPD/RZ ruft alle Kreuzberger Bürgerinnen und Bürger* zum Protest und Umzug auf. Da die KPD/RZ eine Partei der Mitte und des wohlverstandenen Pluralismus ist, kann sie sich der Tatsache nicht verschließen und hat dies nie getan, daß in Kreuzberg die unterschiedlichsten Auffassungen nebeneinander bestehen. Es ist daher vorgesehen, und dies ist wohl einmalig in der Geschichte politischer Manifestationen, auch denjenigen Stimmen Gehör zu verschaffen, die - wenn auch als bedeutungslose Minderheit - von ihrem Recht auf abweichende Meinung Gebrauch machen wollen. Das tragende Motto des Umzuges ist:

Gegen nächtliche Ruhestörung - Gegen sinnlose Gewalt !

Im hinteren Teil des Umzuges wird es drei weitere, deutlich kleinere Marschblöcke geben, die sich jeweils hinter folgenden Leitparolen formieren: "Gegen sinnlose Gewalt! Für nächtliche Ruhestörung!" (kein Alkohol-Ausschank) "Für sinnlose Gewalt! Gegen nächtliche Ruhestörung!" "Für sinnlose Gewalt! Für nächtliche Ruhestörung!" (Teilnahme für über 23jährige und nicht einschlägig Vorbestrafte untersagt) Die KPD/RZ hegt keinen Zweifel daran, daß der Umzug vom 1.5.1994 seinen Platz in der Geschichte finden wird als pluralistischste aller Demonstrationen, kompromißloseste aller Manifestationen und gleichzeitig eindeutigste aller "Abstimmungen mit den Füßen"! KREUZBERG KOMPLETT - KPD/RZ

*: Bürger/Bürgerin Kreuzbergs i.e.S. sind diejenigen, die am 30.4.94 ihren Hauptwohnsitz in Kreuzberg haben. Personen, die ihren zweiten Wohnsitz in Kreuzberg haben, können an dem Umzug teilnehmen, sofern sie der Aufenthalts-Abteilung der Partei nachweisen können, daß sie sich in den letzten 10 Jahren mindestens 5 Jahre in Kreuzberg aufgehalten haben. Wer sich in der Zeit vom 1.3.94-29.4.94 mit Hauptwohnsitz in Kreuzberg abgemeldet hat oder wer beabsichtigt, sich bis zum 30.6.94 in Kreuzberg mit Hauptwohnsitz anzumelden, kann nach vorheriger Prüfung durch die Härtefall-Kommission der Partei an dem Umzug teilnehmen. Wer als Nicht-Kreuzberger beabsichtigt, an dem Umzug teilzunehmen (sog. "Gast-Teilnahme"), kann dies innerhalb von zwei Wochen nach Erhalt dieses Aufrufes beim Wohnsitzbeauftragten der Partei beantragen unter Vorlage einer persönlichen Einladung eines Kreuzberger Bürgers i.e.S. oder einer Kreuzberger Bürgerin i.e.S. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Abmarsch um 21,00h am Platz vor der Marheinekemarkthalle, alle Teilnehmer sind aufgefordert, Transparente und Geräte, die geeignet sind, unerwünschte Lärmemissionen wirkungsvoll zu übertönen mitzuführen und auf Verlangen den hierzu bevollmächtigten Personen vorzuweisen. Gewerbetreibende, die eine Werbedurchsage durch die Demonstrationsleitung buchen wollen, wenden sich bitte an die KPD/RZ-Hotline 2795551 oder direkt an den Lautsprecherwagen vor Ort. Keine Schecks.

Diesmal kein Nazi-Aufmarsch am 1. Mai!

Die FAP hat dieses Jahr wieder vor, am 1. Mai einen faschistischen Aufmarsch zu machen.
Es darf ihnen nicht gelingen, sich wie im letzten Jahr auf der Straße zu einem Aufmarsch zu sammeln. 1993 hat die Polizei der FAP die Straße freigemacht, dieses Jahr werden wir mit allen Mitteln versuchen, die Straßen nazifrei zu machen.
Es ist eine Verhöhnung der Opfer des Faschismus und eine Provokation für alle antifaschistisch und antirassistisch denkenden Menschen, wenn die Faschisten geschützt durch den Berliner Senat aufmarschieren.
Es ist noch nicht endgültig klar, wo die Faschisten aufmarschieren wollen. Für den Fall, daß dies erst kurzfristig klar wird, gibt es folgende Stellen, wo Infos bekannt gemacht werden:

- Flugblätter in Kneipen etc.
- am 30.4. "Fest gegen Rechts" im BKA-Zelt von "GewerkschafterInnen gegen Faschismus und Rassismus" und "Fritz" ab 19.00 Uhr bis ?
- Fest nach der Walpurgisnachtdemo in der alten TU-Mensa (NUR FÜR FRAUEN/LESBEN!!!)
- am 1.5. ab 10.00 Uhr O-Platz-Fest
- am 1.5. ab 10.00 Uhr am Stand der "GewerkschafterInnen gegen Faschismus und Rassismus" (bei der HBV)
- eventuell Fest vor der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz

Bezirkliche Infostellen werden noch bekannt gegeben.

Wenn ihr am 30.4. oder am 1.5. größere Ansammlungen von Faschisten oder Vorbereitungen zu Aufmärschen bemerkt:
Ruft an beim Info-Telefon: 0172-30 117 13
Das ist besetzt am 30.4. von 16.00 - 3.00 Uhr
und am 1.5. von 8.00 - 24.00 Uhr.
Stellt euch darauf ein, daß wir am 1. Mai früh aufstehen müssen und legt euch schon mal unauffällige / zivile Kleidung zurecht, damit wir auf jeden Fall handlungsfähig sind.

Unabhängige Antifa-Gruppen
GewerkschafterInnen gegen Faschismus und Rassismus

1.MAI in Prag

Faschisten aus Tschechien,Schweden und Deutschland planen am 1.Mai einen Aufmarsch in Prag.
Diese Information erhielten Prager Antifas auf einen Fascho-Konzert im U-Zabranskych Club im März.(Der Club gehört ansonsten nicht zur rechten Scene).
Unter den 600 Anwesenden waren viele Faschisten aus Deutschland und Schweden.Genaue Zahlen oder Namen sind uns (noch) nicht bekannt.Der Versuch von Antifas,das Konzert zu verhindern,mißlang leider.
Nach dem Konzert wurden mehrere Journalisten angegriffen.Deshalb fahnden die Bullen jetzt nach 6 Faschisten.
Es ist das erste mal,daß offiziell gegen millitante Nazis vorgegangen wird.
Am 23.4.fand in Hradec Kralove(ca.100 km von Prag)ein weiteres Treffen statt,zu dem wiederrum deutsche Nazis eingeladen waren.Obwohl wir keine genaueren Infos haben,gehen wir davon aus,daß auch dieses Treffen den Vorbereitungen zum 1.Mai diente.
Autonome und Anarchisten werden am 1.Mai in Prag eine Demonstration durchführen.

Die VeranstalterInnen würden sich sehr freuen,wenn auch Leute aus Berlin kommen.
Übernachtungsmöglichkeiten gibt es.

Beginn der Demonstration: 14.00 Uhr Strelecky Ostrov (Insel beim National-Theater)

Der Faschismus der "*Bürgerrechtsbewegung Solidarität*"

Der Wahlk[r]ampf hat begonnen! Das diese Tatsache Hand und Fuß hat ist nicht nur daran fest zu machen, daß am vergangenen Wochenende ein REP-Stand im Wedding "frügzeitig beendet" wurde - dieses kann mensch auch inzwischen in zahlreichen U-Bahnhöfen sehen. Dort hängen seit einiger Zeit Wahlkampfplakate der "*Bürgerrechtsbewegung Solidarität*", aus denen inhaltlich nicht hervorgeht, um was es sich bei dieser Gruppe handelt.

Bei der Münchener Oberbürgermeisterwahl vor drei Monaten trat eine obskure "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" an, die bis dahin den meisten MünchnerInnen unbekannt gewesen sein dürfte und verkündete auf einer Unzahl Plakate sie besitze "das Patentrezept".

Links klingende Parolen

Die selbe Bürgerrechtsbewegung erntete etwa in Bischofferode durchaus Zustimmung als sie auf einem Flugblatt den Widerspruch zwischen der Stillegung von Kalibergwerken in Deutschland und dem Bedarf, der dafür gerade in der Dritten Welt vorhanden wäre, zur Sprache brachte. Auch in einem Flugblatt zur Stadtratswahl wurden durchaus links klingende Töne angeschlagen: von einem drohenden "Kollaps des Weltwährungssystems" ist da die Rede und es wird beklagt, daß die alten Parteien darauf nur mit Sparappellen und Versprechungen, die sie nach der Wahl nicht halten können, reagieren; stattdessen wird eine "Besteuerung der Spekulation statt der Produktion" und ein wirtschaftliches Entwicklungsprogramm nach den Plänen des "in den USA politisch verfolgten Wirtschaftswissenschaftlers Lyndon LaRouche" gefordert.

In einem Flugblatt zur Auseinandersetzung um die Kandidatur Heitmanns zeigt sich dagegen schon deutlicher die Gesinnung der selbsternannten "Bürgerrechtler": Da wird der "Kulturkampf" und "Gesinnungsterror" gegen Heitmann beklagt: "Wer sich für Kernenergie, ... gegen ... Drogenlegalisierung oder für AIDS Tests einsetzt, und wer erklärt, der Unterschied zwischen Mann und Frau sei natürlich und nicht kulturell bedingt, der wird zu einem 'Rechtsradikalen', einem Faschisten gestempelt."

Lügen

Da die selbe Gruppe nun auch noch bei den Auseinadersetzungen um das DASA Werk in München-Neuaubing aufgetreten ist und sogar auf dem Firmengelände Flugblätter verteilte, besteht gerade in gewerkschaftlichen Kreisen ein großer Informationsbedarf über die wirklichen Hintergründe.

Deshalb veranstaltete die Münchner Geschichtswerkstatt gegen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus am 17.Dezember eine Informationsveranstaltung im DGB Haus. Bereits im Vorfeld kam es zu unangenehmen Vorfällen: Die Bürgermeisterkandidatin der "Bürgerrechtsbewegung" Elke Fimmen rief bei verschiedenen DGB Funktionären und verbreitete fälschlich, daß gegen den Referenten ein Strafverfahren wegen Verleumdung liefe. Weiter wurde behauptet, daß die "Antifa Thüringen" einen Prozeß gegen die "Bürgerrechtsbewegung" verloren habe und ihre Behauptungen widerrufen habe müssen; auch dies stellte sich nach Rückfrage als gelogen heraus. Bei der Veranstaltung selbst traten mehrere Mitglieder des Schiller Institutes auf, unter anderem ein Herr Zuse und eine schwarze angebliche Bürgerrechtlerin aus dem USA namens Sheila Jones. Die Vorwürfe selbst wurden nicht bestritten, sondern stattdessen in gewohnter Manier mit links klingenden Statemants und Absingen eines Gospel-- Songs versucht zu verwirren. Dennoch erwies es sich im nachhinein als richtig ihnen nicht den Mund zu verbieten, da sie sich im Eifer des Gefechts dann doch mit Aussagen wie, die GRÜNEN seien eine Drogen- und Kindersex-Partei, selbst entlarvten.

Das Netz des Lyndon LaRouche

Der Referent zeigte, daß die "Bürgerrechtsbewegung" ein weiteres Glied der multinationalen Organisation des amerikanischen Politikers Lyndon LaRouche ist. Diese Organisation war vorher in der BRD unter Bezeichungen wie "Europäische Arbeiterpartei", "Patrioten für Deutschland" und "Schiller Institut" aufgetreten.

LaRouche selbst sitzt derzeit wegen verschiedener krimineller und politischer Delikte (unter anderem Steuerhinterziehung, Verschwörung gegen die Justizbehörden und Kreditkartenmißbrauch) in den USA im Gefängnis. Dennnoch leitet er weiterhin vom Gefängnis aus die Aktivitäten seiner Organisation auf mehreren Kontinenten. Diese Tätigkeit besteht aus einer Art von politischer Söldner-Tätigkeit, indem linke und unangenehme Gruppen im Auftrag von Lobbyisten und Industrie systematisch diffamiert und verleumdet werden. So wurde etwa jüngst in den USA die Organisation GREENPEACE des Terrorismus und des Geldmißbrauchs bezichtigt. Vor einigen Jahren waren die Grünen das bevorzugte Opfer, die als "Ökofaschisten", "Ex-Terroristen, Altnazis, Gaddafi-Anhänger und Ostkader" beschimpft wurden. Gleichzeitig werden in den Artikeln der LaRouche Wochenzeitung "Neue Solidarität" Verschwörungstheorie aufgestellt, die immer darin gipfeln, daß eine internationale Verschwörung einer verbrecherischen Oligarchie mit dem Zentrum in England an allem Übel der Welt schuld sei. Seit der Verhaftung von LaRouche werden auch vermehrt die "Anglo-Amerikaner" angegriffen. Im zweiten Golfkrieg wurde offen für den Irak Partei ergriffen, obwohl noch wenige Jahre vorher jede Kritik an den USA als "moskauhörig" diffamiert worden war.

Von Links nach Rechts

Das verwirrende Erscheinungsbild, das aus rechten und linken Elementen gemischt zu sein scheint, läßt sich entschlüsseln, wenn man die Entwicklungsgeschichte der Organisation in den USA betrachtet. LaRouche war bis 1966 ein Kader der trotzkistischen "Socialist Workers Party". Diese kleine aber sehr aktive Partei spielte eine wichtige Rolle in der amerikanischen Arbeiterbewegung und war führend an zahlreichen Streiks und Gewerkschaftsgründungen beteiligt. LaRouche war 17 Jahre lang ein aktives Mitglied und leistete in dieser Zeit einiges für die amerikanische Linke. Als er während der in den 60er Jahren ausbrechenden Fraktionskämpfe ausgeschlossen wurde, gründet er seine eigene Gruppe die "Labor Committees". Auch diese Organisation spielte zunächst ein durchaus positive Rolle etwa bei der berühmten Besetzung der Columbia Universität 1968. Bald jedoch begann sich die Tendenz durchzusetzen, die sich ja auch bei einigen anderen trotzkistischen Gruppe findet, weniger in den Rechten als in den konkurrierenden Linken den Hauptfeind, die Konterrevolution zu sehen. LaRouche freilich ging noch einen Schritt weiter: So stellte er in der Aktion "MOP UP" (Aufmischen) Schlägertrupps zusammen, die systematisch Veranstaltungen und Aktivisten der CP-USA überfiel. Die dadurch entstandene Isolation seiner Gruppe innerhalb der Linken steigerte er noch mit Gehirnwäsche und anderen sektenähnlichen Praktiken. Mit einer von allen kritschen Leuten gereinigten und auf ihn als Führer eingeschworenen Organisation gelang es ihm 1973/74 den Schwenk von links nach rechts, den viele 68er individuell gegangen sind, geschlossen als Organisation zu vollbringen. Dadurch entstand eine Organisation neuen Typs, die linke Rhetorik und Aktionsfähigkeit von unten mit rechten Inhalten verbindet.

Antisemitismus

Es gibt starke Indizien, daß er bereits sehr früh (1971) enttäuscht von der Linken begann sich an den Ideen, aber vor allem an den Taktiken Adolf Hitlers, wie sie in "Mein Kampf" beschrieben sind, zu orientieren. Konsequenterweise wurde die Orientierung auf die Arbeiterklasse aufgegeben und stattdessen die produktive Unternehmerschaft zum neuen politischen Subjekt erklärt, dem man sich als politische Kampfpartei andiente. Dabei diente eine Verwörungstheorie, die LaRouche bereits vor der Wende nach Rechts gepflegt hatte, als Brücke zwischen den alten und den neuen Ideen.

Laut LaRouche ist die gesamte Weltwirtschaft in den Händen der Familie Rockefeller, die von der Spekulation und dem Hunger in der Dritten Welt profitiere. Diese Oligarchie verhindere eine sinnvolle technische Entwicklung und plane einen dritten Weltkrieg. Aus dem Rockefellerkomplex wurde nun eine internationale zionistische Verschwörung gestrickt, die ihr Zentrum in England habe. Dieser Oligarchie wurde nun alles Böse in der Welt vom Drogenhandel bis zum Terrorismus und Kommunismus angedichtet. Auch dieses Rezept ist nicht neu; auch die Nazis brachten es schon fertig den langen Arm der Juden sowohl im Kommunismus wie an der Wall-Street am Werk zu sehen. Die gemeinsame Gegnerschaft zu Rockefeller und zum "zionistischen" England führte auch zeitweise zu einer Allianz mit KuKluxKlan Leuten wie Roy Frankhouser (Das wird freilich heute abgestritten, da man nun entdeckt hat, daß die Oligarchie auch hinter dem KuKluxKlan steckt). Was Deutschland betrifft so beklagt man ebenso wie die alten und neuen Nazis die "Um erziehung" und den "scheinheilgen Holocaust-Schwindel", mit denen England versuche Deutschland von der Weltmacht fernzuhalten.

Faschisten

Diese und andere Fakten zeigen deutlich: Die LaRouche-Organisation ist geradezu klassisch faschistisch. Sie besteht aus gescheiterten Intellektuellen und Kleinbürgern, die, von den Linken enttäuscht, nach der Macht streben, um selbst auch einmal am Drücker zu sein.

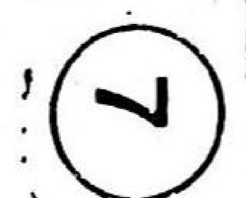
Sie bauen einen Propaganda und Terror-Apparat, einen Staat neben dem Staat, auf, den sie den Mächtigen zum Kampf gegen die Linken anbieten. Zeitgemäßerweise besteht dieser Terror weniger in physischen Angriffen als in Verleumdungen, Hetzkampagnen und Beleidigungen. Als Gegenleistung erbitten sie von den wirklich Mächtigen aus Industrie und Politik Rückendeckung und Immunität gegen Strafverfolgung. Daß diese Rechnung nicht immer aufgeht, zeigt die Verurteilung von LaRouche trotz seiner Beteuerungen doch als antibolschewistischer Patriot und im Sinne des CIA gehandelt zu haben. Offensichtlich hatte man für LaRouche, der noch in der Anfangszeit der Reagan Regierung geradezu hofiert wurde, keine Verwendung mehr. Das kann sich freilich jederzeit wieder ändern.

Gerade in Deutschland ist die enge Verbindung der LaRouche Leute zu Geheimdienstkreisen wie dem Ex-MAD-Chef Scherer und dem Ex-Verfassungsschutzpräsidenten Hellenbroich besorgniserregend.

Deshalb ist es trotz der eher bescheidenen Größe der LaRouche Organisation weiterhin nötig diese zu beobachten und zu behindern.

(anw)

Bei der Geschichtswerkstatt ist für DM 4,50 + Porto ein Reader zum Thema erhältlich:
Geschichtswerkstatt c/o Elisabeth Adam, Postfach 140 102, 80451 München



Solidarische Kritik--- kritische Solidarität

Als erste Antwort auf die Erklärung der Roten Hilfe in der letzten Interim, dokumentieren wir hier schwerpunktmäßig unsere Beiträgräge auf der Veranstaltung im EX zu den verfolgten und inhaftierten Antifas.
die Veranstaltungsgruppe

Wir halten die Aktion im Chinarestaurant für eine antifaschistische, die sich wie viele andere gegen die Nazioffensive 92, also gegen weitere Pogrome und Mordanschläge richtete. Wir identifizieren uns mit ihr, insofern es eine Aktion war zur Verhinderung eines faschistischen Kadertreffens (an dem Nazikader teilnahmen wie Carsten Pagel, ehem. Vorsitzender des Hoffmann von Fallersleben Bildungswerks, der als Rechtsanwalt für Nazi-Schläger auftritt und Thorsten Thaler- beide leiten die Berlinseite der "Junge Freiheit". Thaler und Pagel sind offiziell keine Parteimitglieder der "Deutschen Liga" mehr, arbeiten aber weiterhin mit der DL eng zusammen)

-- DL wurde Okt. 91 gegründet als Zusammenschluß ehemaliger Mitglieder aus DVU, NPD und den Republikanern-- das Mediennetz der DL reicht von der Herausgabe der NS- Monatszeitschrift "Nation Europa" bis zum Vertrieb rechtsextremer Skinhead-Haßmusik----die DL ist ein Versuch, das gesamte faschistische Spektrum "vom geistigen Herrn bis zum Neonazi" zusammenzubringen.
Hoffmann von Fallersleben Bildungswerk/ von DL Kadern dominiert, hält Schulungen für Neonazi-Schlägergruppen, sowie für Nachfolgeorganisationen der verbotenen NF ab.
Drei der mutmaßlichen Mörder aus Solingen wurden von dem DL Mitglied Bernd Schmitt trainiert.
"Deutscher Hochleistungskampfkunstverein"-DHKKV/ war Saalordnertruppe der DL am 16.6.92 in Köln

Wir gehen nicht davon aus, wie es in der Presse oder von der Staatsanwaltschaft vertreten wird, daß es ein Mord war. Soll heißen mit Absicht herbeigeführt oder geplant.
Dann würden wir es auch anders nennen, nämlich Attentat.
Wir wissen zu genau, wie schnell eine Situation außer Kontrolle geraten kann- wie sich eine Eigendynamik mit folgenschweren Konsequenzen entwickelt-- insbesondere bei Auseinandersetzungen mit Nazis.
Der nicht ganz alltägliche Vorwurf Mord unterstellt politisch einer antifaschistischen Aktion , sie sei niederträchtig und hinterhältig.
Mit diesem Vorwurf soll AntifaschistInnen die Legitimität ihres Widerstandes abgesprochen werden

Diese Aktion,die sich wie eine Reihe anderer Aktionen 92 gegen organisierte faschistische Funktionäre richtete, ist undenkbar ohne Hoyerswerda und die ganze bedrohliche Entwicklung, in der wir mitten drin stecken.Hoyerswerda,daß erste Pogrom seit 45 war der Auftakt zu einer Offensive von organisierten Faschisten, die zusammen mit rassistisch aufgehetzten Jugendlichen und mehreren hundert beifallklatschenden deutschen BürgerInnen tagelang Terror ausübten gegen ArbeiterInnen aus Angola und Mozambic.
Terror ,der schließlich dazu führte, daß Hoyerswerda "ausländerfrei" wurde.
Das aber ist offizielle Staatspolitik.
Staatlich regulierter Rassismus, wie er im Ausländergesetz, vom Januar 91 und mit der Abschaffung des Grundrechtes auf Asyl festgeschrieben ist
Die Verhältnisse zwingen uns, uns radikal Klarheit darüber zu verschaffen, in welcher Situation wir uns hier befinden.
Neofaschisten sind nicht plötzlich aufgetaucht, der Prozess der Reorganisierung von Faschisten und ihr Kampf um gesellschaftliche Macht hat nicht aufgehört. Alte und neue Faschisten agieren nicht allein vom rechten Rand der Gesellschaft her, sondern aus dem Zentrum gesellschaftlicher Macht.
Die Stiefelfaschisten, die Schlägertrupps repräsentieren nur einen Teil.
Wenn man davon sprechen will, was schief gelaufen ist, dann ist vor allem schief gelaufen, daß es uns nicht gelungen ist, einen nennenswerten politischen Widerstand gegen faschistische Gewaltverbrechen und gegen die staatlichen Instanzen, die die rassistische Kampagne schüren und koordinieren zu entwickeln.

Wir erinnern uns daran wie für uns spätestens nach dem Pogrom in Hoyerswerda eine Grenze des Erträglichen erreicht war. Wie wir zwischen ohnmächtiger Wut und Verzweifelung hin und herschwankten. Wie wir krampfhaft überlegten, was zu tun sei, um diese Horden, bestehend aus Faschisten und ganz normaler deutscher Bevölkerung zu stoppen.
Die Situation hier produziert Haß und Angst., insbesondere bei MigrantInnen, Flüchtlingen, schwarzen Deutschen, bei Behinderten und Obdachlosen, deren Leben und Gesundheit ständig bedroht ist.
Wir erinnern uns unserer ohnmächtigen Versuche, auf die Pogrome und Morde in Hoyerswerda, Rostock, Mölln , Solingen zu reagieren.
Unserer Erschütterung. unserer Lähmung, unserer Handlungsunfähigkeit, unserer Angst.
Unserer grenzenlosen Wut.

Als Linke müssen wir uns dieser Situation stellen und Perspektiven entwickeln. Bisher fehlt die gesellschaftliche Analyse, die Unterdrückungsverhältnisse und Machtstrukturen, wie Sexismus, Antisemitismus, Kapitalismus und Rassismus in Verbindung bringt und daraus eine Strategie entwickelt.
Wir wissen noch nicht ,wie wir das rassistische

Klima in diesem Land tatsächlich verändern können. Unser Einfluß ist realistisch gesehen, sehr gering.

Wir wissen aber ,daß wir Verantwortung haben zu handeln, einzugreifen.

.Antifaschistische Arbeit hat heute in erster Linie etwas mit ABWEHRKAMPF zu tun.
Selbstschutz und Verteidigung stehen im Mittelpunkt.
Bei Faschistentreffen müssen wir davon ausgehen, diese bewaffnet und mit menschenverachtender Totschlägermentalität anzutreffen. Das wurde uns oft genug bewiesen. Diese Art der Konfrontation ist immer noch eine neue Situation für viele von uns und wir fühlen uns ihr oft nicht gewachsen.
Bei früheren Erfahrungen in Auseinandersetzungen mit Bullen, spielten sich Konfrontationen, bei aller Brutalität, immer noch nach gewissen Regeln ab. Wir haben gelernt diese einzuschätzen. Wir hatten Angst, aber mußten nicht davon ausgehen, daß die Bullen mit dem Vorsatz kamen uns umzubringen (klar vergessen wir nicht -gezielte Todesschüsse,insbesondere bei Fahndungen , wie zuletzt die Ermordung von Wolfgang Grams--aber es fehlt die Alltäglichkeit dieser Bedrohung)
Heute in der Auseinandersetzung mit FaschistInnen scheint alles möglich zu sein. Was für unauffällige Deutsche noch eine bedrohliche Möglichkeit scheint, ist für MigrantInnen und Flüchtlinge Realität.
Diese unterschiedlichen Ausgangssituationen Realitäten müssen uns bewußt sein.
Wir können uns z.B.für Antifa- Arbeit entscheiden, auch wieder aufhören, uns anpassen, integrieren, aussteigen, wegziehen- unsere Ruhe haben.
Wir können relativ frei eine pol. Entscheidung fällen.
Schwarze Deutsche, Flüchtlinge, MigrantInnen, Behinderte haben diese Wahl nicht. Sie sind gezwungen einen Überlebenskampf zu führen, was nicht unbedingt eine politische Entscheidung voraussetzt, aber ihnen auch keine Wahl läßt.

GEFANGENE

Die Leute, denen vorgeworfen wird bei der Aktion im Chinarestaurant dabeigewesen zu sein, stehen unter gemeinschaftlicher Mordanklage.
Auslöser dafür, daß jetzt 5 Leute im Knast sitzen und noch mindestens 5 weitere gesucht werden, waren die Aussagen von Ercan bei den Bullen. Wir wissen bis heute nicht sicher, ob Ercan sich gestellt hat oder abgegriffen wurde. Fakt ist, dasß er schon vor seiner Festnahme psychisch völlig fertig war.
Was immer zu seinen Aussagen geführt hat und wie diese auch im Einzelnen lauten:
Es ist eine Sache, daß er sich und andere belastet hat.
Was die Bullen aus seinen Aussagen machen oder wie sie ihn in ihrem Interesse benutzen, steht noch mal für sich. Das Interesse des GegnerInnen auszuschalten,die die Staatsschutzes war ,es endlich Antifa Leute zu finden, denen sie die Kaindl Aktion anhängen können.
Mehmet. Fatma und Abidin sind ihnen als aktive türk./kurd. Antifas schon lange ein Dorn im Auge. Es geht darum, politische Selbstorganisierung von MigranntInnen propagieren. Sie haben dazu aufgerufen, daß MigrantInnen sich wehren und sich selbst schützen sollen. Sie sind sowohl bei deutschen, wie auch türk/ kurd. Linken bekannt und besonders auch noch mal bei Jugendlichen.
Seit langem hat der Staatsschutz ein intensives Interesse an ihnen.
Daß nun ausgerechnet sie als Mörder gehandelt werden, liegt in der Logik dieses Staates, der es nicht gerne sieht, wenn MigrantInenn und Flüchtlinge nicht länger bereit sind, sich in der Rolle des höchstens geduldeten Ausländers einzurichten oder duldsam die Opferstatistiken zu füllen.
Daß Migrantinnen und Flüchtlinge ihre Interessen offensiv verteidigen, wird als direkter Angriff auf diesen Staat gewertet und dementsprechend bekämpft.
Antifas einzusperren und mit jahrelangem Knast zu_bedrohen soll das Ziel der Abschreckung und der Spaltung erfüllen. Die Verhaftungen und die Anschuldigungen zielen speziell gegen die Selbstorganisierung der von rassistischem Terror Betroffenen.
Mit der zu erwartenden hohen Strafe bei einer Verurteilung sollen andere abgeschreckt werden. Die sich wehren, sollen isoliert, denunziert und zerschlagen werden.
Es ist als Warnung zu verstehen an alle, die darüber nachdenken, daß es Zeit ist etwas zu tun.

KRITIK

haben wir an unseren deutschen GenossInnen, die sich den Gefangenen nicht so **richtig nahe** fühlen können.

.Die rassistische Hetze gegen Immigranten als "Messerstecher und Kriminelle" hat auch vor der Linken nicht halt gemacht. Denn gar zuviele aufrechte Linke gingen (im April 92) doch zu selbstverständlich davon aus ,daß das wohl Türken gewesen sein müssen, die da im Chinarestaurant waren.
Warum eigentlich? Weil das in der Zeitung stand? Wir sagen doch sonst immer TAZ lügt. Oder weil da ein Messer im Spiel war ? Weil es " uns" nicht zuzutrauen ist? So betroffen sind wir nun auch wieder nicht, daß wir uns zu einer solchen Gewalttat hinreißen lassen würden?! - Wie betroffen sind wir denn?

Dazu ein Zitat der Frankfurter Linken: "Was uns in der Vergangenheit zusammenbrachte, Differenzen vergessen ließ und Unterschiede verschleierte, könnte jetzt zu offener Spaltung führen, macht klar, daß wir verschiedener sind, als wir wahrhaben wollten. Der vermeintliche

Konsens kippt in dem Augenblick, in dem die Bullen mit der Konstruktion " Beteiligung an Mord" operieren. Es wird deutlich, wie wenig sich mit den möglichen Konsequenzen des eigenen Widerstandes auseinandergesetzt wurde"

KRITIK

haben wir an einer Aktion, bei der nach unserer Einschätzung ein Faschist ungeplant so schwer verletzt wurde, daß er daran starb. Diese spezielle Aktion ist jedoch nur der Anlaß und das Jahre zu spät um eine öffentliche Auseinandersetzung einzuleiten :

Über Kriterien, Risiken, Verantwortlichkeiten und Konsequenzen antifaschistischen Handelns.

Diese Kritik formulieren wir in dem Bewußtsein,daß auch schon bei früheren Auseinandersetzungen ein Faschist hätte umkommen können...

Daß wir oftmals einfach Glück gehabt haben.

Und daß wir über Fehler reden, die unsere Fehler sind.

Wir wissen, daß Aktionen oftmals nicht so durchgeführt werden können, wie sie geplant sind.

Und wie schwierig es ist, überhaupt handlungsfähig zu bleiben oder zu werden Trotzdem !

Grenzen einer Konfrontation müssen bei einer(auch spontanen) Aktion bestimmt und durchgesetzt werden. Wir können es uns weder politisch noch persönlich leisten in Auseinandersetzungen zu geraten, deren Folgen nicht mehr einschätzbar sind. Eine Bewegung, die"versehentlich" Tote produziert, sich also der Folgen vorher gar nicht bewußt war, kann ihre Aktionen weder politisch vertreten noch mit der Repression fertig werden. .Persönlich führt das zu Überforderung/Distanzierungen/ Zusammenbrüchen.

Antifaschistische spontane Aktionen müssen sich orientieren an der Tragbarkeit für alle Beteiligten,

Konkret heißt das:Kriterien klar haben,Diskussionen über Herangehensweisen geführt haben, Absprachen treffen.

Nicht davon ausgehen, daß schon irgendwie alles klar gehen wird.

alles klar gehen wird .

.Das abstrakte Wissen, daß immer etwas schiefgehen kann, steht noch lange nicht für vorhandenes Bewußtsein.

Verantwortliches Miteinanderumgehen, aufeinander aufpassen,auch wenn mal eine/r von uns durchdreht,sich vertrauen(können) halten wir in unseren Strukturen nicht für eine Selbstverständlichkeit,aber --- für eine notwendige Voraussetzung ,um den langen Atem für die nächsten Jahre zu haben.

_ Uns ist klar, daß bei der Härte der Auseinandersetzung nicht vollständig ausgeschlossen werden kann, das es auch zu Toten kommt und daß insbesondere für uns selber das Risiko groß ist. .

Für Liebe, Solidarität und Vertrauen--- gegen Verrat !

<u>Verrat -</u> Verraten - Es gibt viele Formen von Verrat.

Verraten kannst du dich, verraten kannst du eine Sache, verraten kannst du eine politische Entwicklung, verraten kannst du einen anderen Menschen.

Oder alles zusammen.--

Verrat bricht dein Rückgrad,die eigene Identität

Verrat heißt auch dem Anspruch des Staates auf dein Inneres nachzugeben.

Du wechselst die Seite, kooperierst und hast aufgehört, Grenzen zu bestimmen.

Du hast dich ausgeliefert.

Verrat ist eine Unterwerfungsgeste.

Verrat ist in erster Linie eine Frage der Haltung, des politischen Bewußt- Seins, der Solidarität, der Verantwortlichkeit----- bei allem Verständnis um die menschlichen Schwierigkeiten und ungeachtet des Wissens um die eigene Erpressbarkeit.

Verrat ist eine Entscheidung, um die eigene Haut zu retten

Verrat schafft ein Klima von Unsicherheit und Mißtrauen.

Es entsteht Raum für Gerüchte und Spekulationen.

<u>Verrat ist auch ein politischer Fehler, auch unsere Sache.</u>

Dazu ein Zitat der Frankfurter Linken aus einer Erklärung zum Beginn des Starbahnprozeßes 89 zu Verrat:und den Grenzen von Solidarität,

"WIr sehen uns gezwungen, Andreas Eichler und Michael Kurz aus unserer Solidarität auszuschließen.. Nach über einem Jahr Diskussion steht fest, daß beide die Auseinandersetzung um ihren Verrat verweigert haben, an ihren Belastungen festhalten und sich als Instrument der BAW gegen ihre GenossInnen und die Startbahnbewegung gestellt haben. Wir wollen hier noch einmal klar sagen, daß wir Verrat an der Weigerung festmachen, sich einer gemeinsamen Auseinandersetzung zu stellen und aus Fehlern zu lernen.

Gleichzeitig fordern wir von uns allen, den Kampf aufzunehmen gegen die sozialen und politischen Strukturen und Verhaltensweisen ,die zum Verrat führen."

Einen der wichtigsten Fehler sehen wir in der Funktionalisierung.

Leute werden nicht umfassend als Personen wahrgenommen, sondern nach ihrer Verwertbarkeit im Widerstand fixiert.

Ein Fighter wird selten nach seinen Utopien gefragt-- ein Redner selten nach seinem Umgang in Beziehungen.

Wir nennen das Machtstrukturen.

Solange wir das nicht in Frage stellen, bleibt uns nur die Alternative zwischen Liberalismus und autoritären Strukturen, wo der Rest zwangsangeglichen wird.

Das heißt Strukturen schaffen, in denen Widerstand und Alltag nicht getrennt sind, in der wir mehr voneinander wissen, als zur nächsten Aktion/ Demo notwendig ist.

Bahrettin Yoldas

Bahrettin wurde am 2. Dezember, zwei Wochen später als die Anderen, zu Hause festgenommen.
Er sitzt in der Jugendhaftanstalt Plötzensee.
Über seine Haftbedingungen ist uns nichts bekannt.
Was wir sagen können ist, daß er Aussagen gemacht hat.
Es gibt erst seit gestern Akteneinsicht für die AnwältInnen, daher wissen wir noch nicht in welchem Umfang und worauf genau sich seine Aussagen beziehen.
Was wir noch sagen können ist, daß Barrettin **keine** Öffentlichkeitsarbeit und **keinen** Kontakt zur UnterstützerInnengruppe und **keine** Solidarität will.

Das hat er **jetzt** so nach draußen vermittelt und es ist seine Entscheidung.
Zur Zeit scheint es so zu sein, daß er sich für einen Alleingang entschieden hat.
Wie er sich zur Solidarität und gegenüber der UnterstützerInnengruppe verhält, ist eine Sache/ seine Sache,
für uns ist entscheidend,
wie verhält er sich gegenüber den anderen vier Gefangenen
und
was hat er für Aussagen gemacht, bzw. sind sie belastend für Andere.
Dazu gibt es bisher noch keine Informationen und wir müssen abwarten ,was bei der Akteneinsicht zu Tage kommt.

Zu Erkan Sönmez

Der heute Siebzehnjährige wurde am 13. oder 14. November 1993 unter immer noch ungeklärten Umständen in der Jugendhaftanstalt Plötzensee inhaftiert.
Die Haftbefehle gegen die anderen Inhaftierten und Gesuchten basieren auf seiner Aussage.
Erkan hat sich als angeblich Tatbeteiligter selbst schwer belastet.
Leute, die ihn von draußen kennen ,bezeichnen ihn als einen türkischen Jugendlichen, der Lust hatte politisch zu arbeiten und daß er sich seit längerer Zeit in einer psychischen Ausnahmesituation befand.
In dieser Situation wird er zwei Wochen lang von den Ermittlungsbehörden regelrecht unter Verschluß gehalten.
In dieser psychischen Krise, ohne Anwalt, ohne Kontakt zu Freunden und zu seiner Familie, zwei Wochen weggebunkert von der Außenwelt, entstanden **die Aussagen,** die die folgende Repressionswelle auslöste.

Was konkret bei den Verhören abgelaufen ist, wie seine Aussagen und mit welchen Methoden sie zustande kamen, können wir nicht sagen.

Als ein Anwalt zu ihm reinkam ging es ihm sehr schlecht. Er ist mehrmals in der Zelle durchgedreht und verletzte sich dabei an den Händen.
Im Dezember wurde er in die psychatrische/neurologische Abteilung (PN) der Justizvollzugsanstalt Tegel verlegt.

Erkan stand unter starkem Einfluß von Psychopharmaka, war aphatisch und kaum ansprechbar.
Zwischen Weihnachten und Neujahr versuchte er sich umzubringen und verletzte sich dabei schwer.

Bei dem Haftprüfungstermin Anfang Febuar wurde er wegen Haftunfähigkeit aus der PN in Tegel entlassen.
Jetzt ist er in einer geschlossenen Abteilung in Bonnis Ranch (Bonhöfer Heilstätten).

Solange
Erkan keinen Boden unter den Füßen hat, er nicht in der Lage ist, für sein Handlen die Verantwortung zu übernehmen
und
wir nicht wissen, wie und unter welchen Umständen die Aussagen zustande kamen
und solange
er selber nicht sagen kann, ob er sich einer Auseinandersetzung um seine Aussagen stellt oder die Auseinandersetzung verweigert,
solange

werden wir ihm den Boden der Solidarität nicht entziehen.

Wir haben viele Fragen an Erkan , wissen aber, daß er diese zur Zeit nicht beantworten kann und können nur darauf hoffen, daß es ihm bald besser geht.

Fatma, Mehmet und Abidin wissen, daß sie durch Erkans Aussagen sitzen und sagen trotzdem, daß sich um Erkan gekümmert werden muß.

Fatmah Balamir

Fatma ist jetzt 22 Jahre alt.
Sie geriet bereits bei den Durchsuchungen im Mai 92 bei den Ermittlungen zu Kaindl in das Visier der Bullen, als Beschuldigte.
Ihrer Familie wurde mit den Worten "Wenn sie ihre Tochter noch einmal sehen wollen. können sie das auf dem Flughafen Schönefeld tun, sie wird in die Türkei abgeschoben "gedroht, um Aussagen die Fatma verweigert hatte, von ihnen zu erpressen. Sie wurde mehrere Wochen offen observiert. Beim damaligen Haftprüfungstermin wurde keine Haftbefehl erlassen, weil keine Anhaltspunkte vorlagen.

Am 15.November 1993 wurde sie mit der Waffe am Kopf in ihrer Wohnung verhaftet. Einer hinzu kommenden Nachbarin wird erklärt, daß Fatma eine "Terroristin" wäre.
Im Knast wird sie dann ganz in diesem Sinne weiter behandelt...
Zu Arztbesuchen innerhalb des Knastes wird sie in Handschellen geführt. Unter diesen Bedingungen verweigerte sie weitere Arztbesuche.
Eine Schreibmaschine wird mit der Begründung abgelehnt, sie könne aufrührerische Flugblätter im Knast schreiben.
Fatma saß zwei Monate unter Isohaftbedingungen, d.h. kein Umschluß, Einzelhofgang mit einer spanisch sprechenden Frau unter Bewachung. Der Hofgang wurde sofort bei Kontaktaufnahme zu anderen Frauen abgebrochen , keine Gemeinschaftveranstaltungen und Umschluß.
Nach der Knastkundgebung im Dezember hat sich die isolierte Situation von Fatma verändert. Die anderen gefangenen Frauen in der Plötze bekamen mit, daß viele Menschen mit ihr solidarisch sind und traten mit ihr unter diesen schwierigen Umständen in Kontakt, auch das wurde versucht zu unterbinden.
Fatma schreibt dazu:
"Bisher konnte ich die Frauen, die ich bei vorbeigehen gesehen habe, kurz sprechen. Seit letzter Woche wurde durch eine Lautsprecherdurchsage allen Frauen verboten mich anzusprechen. Auch die Hausmädchen dürfen sich nicht mehr mit mir unterhalten. Aber es gibt Möglichkeiten, es geht halt nicht alles zu ihrem Unglück."

So wie sie hier draußen nicht mit ihrer Meinung hinter dem Berg gehalten hat, bewegt sie sich auch im Knast. Dazu schreibt sie:
"Sonst bin ich halt durch mein Auftreten hier ziemlich vielen Schikanen ausgesetzt. Einer provoziert mich so sehr, er will sich halt unbedingt mit mir prügeln. Ich versuche es zu igenorieren, oder rede herablassend mit ihm."
Seit dem 21. Januar 1994 haben sich die Haftbdingungen bei Fatma endlich normalisiert. Sie ist nach haus 7 verlegt, wo sie mit sehr vielen Romafrauen Kontakt hat, was ihr gut gefällt. sie hat jetzt Umschluß und Hofgang wie alle anderen Frauen auch. Und natürlich geht es ihr unter diesen Bedingungen besser als vorher.

Mehmet Ramme

Mehmet ist   Bei ihm wurde 1992 eine Hausdurchsuchung gemacht und im Rahmen der Ermittlungen wollten die Bullen von ihm Zeugenaussagen, die sie nicht bekommen haben.
Im November 1993 wurde er in seiner Wohnung ebenfalls mit der Knarre am Kopf verhaftet. Da Mehmet nicht zu Hause war, verschafften sich die Bullen Zutritt zur Wohnung durch Eintreten der Tür und warteten dort auf ihn.
Mehmet sitzt in der Justizvollzugsanstalt Moabit. Er hat Hofgang mit zwei anderen Gefangenen, kein Umschluß und darf nicht an Gemeinschaftsveranstaltungen teilnehmen.

Ein Genosse und Freund äußerte kürzlich bei einem Gespräch über Mehmet:
"Mensch, den kenne ich doch schon so lange, schon seit 82, daß ist ein klasse Kerl, einer, den ich Genosse nennen würde. Das ist einer der ersten türkischen Leute, der mit uns zusammen versucht hat, was auf die Reihe zu kriegen. Schade, daß es in den letzten Jahren wieder weiter auseiandergegangen ist."

Es gab auch Veränderungen von Realitäten.
Den immer massiver werdenen Rassismus hier, dem du dich mit mehr oder weniger Kraft entgegen stellst. Je nach dem, wo du stehst, wie betroffen du bist oder auch nicht und wie du dich dem entziehen kannst.
Haschim ist einer von uns, wir haben eine gemeinsame Geschichte, bestehend aus vielen guten aber auch schlechten Erfahrungen.
Und wenn Mehmet so richtig wütend wurde, dann kam keine/keiner an ihm vorbei- manchmal war er ein richtiger Kastenteufel.Monologe auf VVs und zu bremsen war er dann fast nie.
Insbesondere wir als Frauen innerhalb der Antifa hatten verdammt oft eine ganz andere Position als er.
Ja, Genosse Haschim wir haben da noch einiges zu diskutieren und wir werden es hoffentlich bald tun können.

Abidin Eraslan

Abidin ist 35. Er wurde am 15 November 1993 bei der Hausdurchsuchung in seiner Wohnung nicht angetroffen. Am nächsten Tag werden Hausbewohnern Fotos von ihm gezeigt und gefragt , ob sie ihn kennen.
Zwei Tage nach den Durchsuchungen stellte sich Abidin den Bullen.
In so einer Situation, du weißt es liegt ein Haftbefehl gegen dich vor, bleiben dir eigentlich nur drei Möglichkeiten:

- du tauchst ab, mit allen Konsequenzen, der Isolation und der permanenten Angst im Nacken, doch noch gekriegt zu werden.

oder

- du wartest ab, daß sie kommen. Mit dem Wissen, wie die anderen mit der Knarre am Kopf verhaftet zu werden

oder

- du stellst dich

Jede dieser Entscheidungen hat schwerwiegende Konsequenzen für das eigene Leben. Wir wissen, daß einige den Schritt von Abidin nicht verstanden haben und sagen dazu, daß diese grundsätzliche Entscheidung von ganz vielen unterschiedlichen Kriterien abhängt und ganz viel mit eigenen Erfahrungen zu tun hat.
Es gibt da keine Rezepte, die für alle gültig sind.

Abidin sitzt in Moabit. Er hat viermal in der Woche eine Stunde Umschluß, gemeinsamen Hofgang mit den anderen Gefangenen seiner Station, er kann nicht an Gemeinschaftsveranstaltungen teilnehmen.
Seiner ehemaligen Frau wurde sinngemäß von den Bullen gedroht, daß sie ihr das gemeinsame Kind wegnehmen können, falls sie nicht bereit ist Aussagen zu machen. Sie hat von ihrem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch gemacht.

Abidin schreibt in einem Brief:
"Irgentwann, aber bestimmt eines Tages werden wir wieder Hand in Hand, Schulter an Schulter zusammen auf der Straße gehen." und
"Kampf für ein neues Leben und Leben für einen besseren Kampf"

Mehmet, Fatma und Abidin sind uns, der Szene zum Teil seit vielen Jahren bekannt.
Als Freunde und Freundin, als Linke und als AntifaschistInnen.
Durch ihre politische Arbeit als und mit ImigrantInnen mit deutschen, mit türkischen Jugendlichen und mit Gangjugendlichen waren sie auch immer eine Nahtstelle zwischen den nebeneinanderstehenden, in unterschiedlicher Realität lebenden Gruppierungen.

Wir haben in den letzten Jahren mehr oder weniger punktuell intensiv zusammen gearbeitet und auch gestritten.
Die drei haben nicht nur Position bezogen gegen Rassismus und Faschismus, sie stehen auch für die Selbstorganisation von ImigrantInnen und setzten sich trotz aller Widersprüche und Gräben für Ansätze eines gemeinsamen Handelns von deutschen und türkisch/kurdischen AntifaschistInnen ein.

Zu den Gefangenen möchte ich noch jemanden erwähnen, der in diesem Verfahren zwar nicht Beschuldigter ist, aber trotzdem nicht unerwähnt bleiben kann. Es handelt sich um Machmut.

Mahmut

Ist ein älterer kurdischer Linker, der am 18.12. im Rahmen der Ermittlungen als Zeuge zum Staatsschutz vorgeladen wurden.
Dieser Vorladung ist er zu Recht nicht nachgekommen, weil niemand verpflichtet ist, Vorladungen bei den Bullen Folge zu leisten.
Er hat schlicht von seinem Recht Gebrauch gemacht.

Vier Tage später wird er verhaftet.
Gegen ihn liegt seit längerem ein Auslieferungsgesuch der Türkei vor.
Seit dem 22. Dezember 1993 sitzt er in der Justizvollzugsanstalt Moabit.
Er hat einmal wöchentlich Umschluß und täglich eine Stunde Hofgang.

Sein Wunsch mit einem kurdisch/türkischen politischen Gefangenen auf eine Zelle gelegt zu werden wurde abgelehnt.
Das Angebot sich die Zelle mit einem deutschsprachigen Junky zu teilen, Mahmut spricht nur türkisch, lehnte er ab.

Es hat sich ein Hilfskomite zu seiner Unterstützung gebildet, daß ihn regelmäßig besucht, und für notwendige Sachen wie Radio, Wäsche und Geld für den Einkauf sorgt.
Das Kommitee hat mit der PDS, dem Bündnis 90/Grüne, Amnestie International und UNHCR (Vereinigte Aktion Flüchtlingshilfswerk) Kontakt aufgenommen, um die Auslieferung in die Türkei zu verhindern. Wir hoffen, daß sie das schaffen!

Zu den gesuchten AntifaschistInnen

Soweit wir wissen wird noch nach drei türkischen Antifaschsten, einem deutschem und einer deutschen AntifaschistIn gefahndet.
Es gab viele Hausdurchsuchungen und vor allem die Famileinangehörigen der türksich/kurdischen Antifas wurden massiv unter Druck gesetz.
Es wird versucht sie einzuschüchtern.
Das ging soweit, daß Eltern eines Gesuchten sinngemäß gedroht wurde, daß,
"solle ihr Sohn sich bei der Verhaftung wehren, er liquidiert werde.

Bei diesem Klima hier und den Schikanen, denen ImigrantInnen allein von Seiten der Bullen ausgesetzt sind, können solche Drohungen nicht so einfach als leere Luftblasen abgetan werden.

Natürlich finden wir es prima, das die Bullen die Gesuchten nicht gekriegt haben.
Aber einen Grund zur Freude gibt es trotzdem nicht.
Die Fünf mußten von einem Tag zum anderen weg.
Weg von ihren Familien
Weg von ihren Freunden und Freundinnen
Sie mußten ihre Arbeit, ihre Wohnung, ihre Umgebung verlassen.
Und sie mußten ihre politische Arbeit abbrechen.

Sie sind abgeschnitten von ihrem bisherigen Leben, ohne einschätzen zu können, wann und ob überhaupt sie zurückkommen können.

Noch ist unklar ob die Staatsanwaltschaft den Mordvorwurf aufrecht erhalten kann.

Egal wie es weitergehen wird

die Gesuchten werden nach der Zeit der Zwangsillegalisierung nicht wieder einfach da anfangen können wo sie aufgehört haben. In ihrem politischen wie auch sozialen Leben.
Und Illiegalisierung hat sehr wenig mit Abenteuer oder Filmen zu tun.
Illegalisierung heißt
permanente Anspannung,
immer auf der Hut sein,
reduzierte persönliche Kontakte,
heißt einen Überlebenskampf zu führen, der den meisten von uns total fremd ist und außerhalb unseren konkreten Vorstellungsmöglichkeiten liegt.

Wir hoffen, daß sie alle notwendige Unterstützung haben, die sie in dieser beschissenen Lage brauchen.
Und wünschen Ihnen und ihren Freunden und Freundinnen und ihren Familien die notwendige Kraft und den Mut diese Situation zu meistern.

Wir grüßen die gefangenen und die gesuchten AntifaschistInnen!



Mit Berichten über:

Cottbus - Königs-Wusterhausen - Luckenwalde - Potsdam - Brandenburg - Rathenow - Wittstock - Oranienburg - Schwedt - Eberswalde - Strausberg - Frankfurt/Oder

Bestelladresse: L. Meyer c/o Hinter den Kulissen
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Preis: 4 DM + Porto 1.50 DM
(nur gegen Vorkasse)

Freunde und FreundInnen

Euch brauche ich ja nicht zu erzählen,was der 20. bedeutet und warum eine starke Präsens auf der Straße an diesem Tag wichtig ist.Aber daß ich jetzt gerne bei euch wäre sollt ihr wissen. Ich weiß daß ihr Nazibanden heute keine Gelegenheit gibt,ihren Terror auszuüben.Aber diese geschlossene Bereitschaft sollte genauso Alltag werden,wie der Naziterror den Alltag für uns alle besonders für MigrantInnen bedeutet.

Ein Teil unsere FreundInnen sind im Knast,ein Teil ist untergetaucht.Der Grund ist,daß wir den Kampf den der Staat gegen uns,gegen unsere Menschenwürde angesagt hat,als solches erkannt und angenommen haben.Falsch daran war nur,daß wir,abgesehen von wenigen Ausnahmen ziemlich allein waren.

Ich glaube nicht,daß die Gründe,die uns daran hindern zurückzukommen,so schnell beseitigt werden können.Der deutsche Staat,toleriert eben nichts was gegen Nazis ist.In der sich neuordnenden und ändernden Welt werden die Nazis von ihnen als Krücken gebraucht und als Waffe gegen den antifaschistischen Widerstand eingesetzt.Damit sie diese Waffe frei und nach Belieben einsetzen können,gehen sie mit jeglischer Opposition gnadenlos um. Wir kannten die Konsequenzen.Aber wir konnten die Bedingungen nicht beeinflussen,eher haben die Bedingungen uns sich aufgezwungen.Deshalb haben wir manchmal zu voreilig gehandelt und natürlich auch Fehler gemacht.Ich will hier nicht näher drauf eingehen.Die Frage knüpft sich nicht da an,wo ein Nazi zu Tode kommt. Das ist eine Frage die man nicht moralisch,sondern in erster Linie politisch diskutieren sollte.Wir waren die Anfänge von etwas.Wir hatten keine Vorbilder an denen wir uns orientieren konnten und mußten mit unseren Fehlern groß werden.

Trotz alledem möchte ich betonen,heute würde ich gerne wieder unter euch sein,um die selben Fehler in verbesserter Form wiederholen zu können.Fehler werden gemacht um aus ihnen zu lernen.

Ich möchte daß ihr eins bedenkt,wenn ihr über uns urteilt;was wir gemacht haben,ist nicht einmal ein zehntel dessen,was noch getan werden muß.Was,wann,wie,wo,mit wem,das sind Fragen die gestellt und beantwortet werden müssen.
Anstatt sich in unproduktiven Diskussionen zu verlaufen,sollte gemeinsam gegen Nazi und Staatsterror vorgegangen werden.Unsere Basis sind nicht unsere Differenzen,sondern unsere Gemeinsamkeiten.Über uns kann man einiges sagen,gutes wie schlechtes.Ich hoffe,daß man das auch von euch sagen kann.

Erkan und Bahrettin haben uns und dem antifaschistischem Kampf großen Schaden zugefügt.Durch ihre Aussagen haben sie FreundInnen schwer belastet.Als Verrat kann ich ihr Verhalten trotzdem nicht abstempeln.Weil sie einfach zwei unpolitische Jugendliche sind,die gegen Nazis waren.Hier muß vielleicht betont ein falscher Eindruck der entstanden ist,korrigiert werden. Erkan und Bahrettin haben nicht zu AG gehört,eher sind sie dem Umfeld von AG einzuordnen.

Türkische Faschisten sind auch gegen Nazis.Trotzdem könnten sie jede Sekunde einen Verrat begehen. Damit man etwas verraten kann,muß vorher eine Grundlage da sein.Man muß wissen was man verrät,was bei Beiden nicht der Fall ist.Daß der Staat sie als Kronzeugen aufbaut,kann man nur dem Staat vorwerfen.Aber das Verhalten von Erkan und Bahrettin kann nicht entschuldigt werden.Sie arbeiten mit unseren Feinden zusammen und haben sich unwiderruflich für die andere Seite entschieden.Damit müssen sie erst einmal allein fertig werden.

Wir sind nicht mehr direkt in diesem Kampf.Aber der Kampf gegen Faschismus und Rassismus gibt es überall und wir werden jetzt diesen Kampf dort weiterführen,wo wir uns befinden.Das Leben geht weiter.

Ich wünsche Fatma,Abidin und Mehmet viel Kraft und umarme sie.Ich weiß,daß die es nicht schaffen werden,sie unterzukriegen.

Viele Grüße an FreundInnen,drinnen wie draußen und viel Ausdauer bei ihrem Widerstand gegen Rassismus und Faschismus.

Kein Fußbreit den Nazis

Tod dem Faschismus



Zu den Vorfällen am 16.4. an der Markthalle



Zwei Moabiter Antifaschisten wurden am Samstag vormittag auf Weisung eines Funktionärs der "Republikaner" von der Polizei verhaftet. Mitglieder der Antifaschistischen Initiative Moabit (AIM) hatten vor der Tiergartener Markthalle darauf aufmerksam gemacht, daß die "Republikaner" dort ihre rassistische und antisemitische Propaganda verteilten. Im Rahmen eines heftigen verbalen Schlagabtausch zeigten die anwesenden REPs offen ihre wahre Gesinnung. Unter anderem fielen Sprüche wie: "Wir lassen uns nicht von 40 000 Juden in



REP-Funktionär leitet Polizeieinsatz

Deutschland drangsalieren", und Frank Seifert, BVV-Verordneter der REPs in Tiergarten, begrüßte einen der eintreffenden Antifaschisten mit "Heil Hitler, du Jude!". Die von den REPs herbeigerufene Polizei griff, auf Weisung von F. Seifert, einen Antifaschisten direkt an; im nachfolgenden Gerangel wurde dann noch ein weiterer Antifaschist verhaftet.

Viele PassantInnen reagierten empört und entsetzt

auf dieses Vorgehen der Polizei. Auch der anwesende Tiergartener Volksbildungsstadtrat Jörn Jensen fand den Polizeieinsatz ungeheuerlich.

Die offene Zusammenarbeit von Polizei und "Republikanern" gegen engagierte Anti-faschistInnen ist ein neues Kapitel in der schon länger schwelenden Auseinandersetzung zwischen den REPs in Tiergarten und der AIM.

Wir verurteilen die offen antisemitische und durchgängig rassistische Propaganda der REPs aufs schärfste und fordern alle MitbürgerInnen und die Presse auf, die Verbreitung dieser Propaganda aktiv zu behindern und sich offensiv mit der "Politik" der REPs auseinanderzusetzen.



AugenzeugInnen der Übergriffe bitten wir, sich bei der AIM, Postfach 210532, 10502 Berlin, zu melden.

Wandelt Wut in Widerstand!

Demonstration gegen den braunen Drahtzieher *Bernd Stehmann*

Am Abend des 20.4., Hitlers Geburtstag, wurde auf ein von türkischen Menschen bewohntes Haus in Bielefeld-Sennestadt ein Brandanschlag verübt. Daß es dabei keine Toten und Verletzten gab, ist nur einem glücklichen Zufall zu verdanken.

Auch wir sind betroffen und wütend über diesen feigen Mordanschlag und finden es auch richtig, dies mit Demonstrationen durch die Bielefelder Innenstadt zum Ausdruck zu bringen.

Doch dies allein reicht nicht. Möglich gemacht werden solche Überfälle, die in den letzten Jahren nahezu täglich stattfinden, durch die zunehmende rassistische Stimmungsmache.

Verantwortlich dafür sind nicht zuletzt die etablierten Parteien, die mit ihrer Politik (Asylrechtsänderung etc.) erheblich dazu beigetragen haben. Eine ebenso wichtige Rolle spielen dabei die Organisationen der Neonazis.

Beim mutmaßlichen Haupttäter fand die Polizei Propagandamaterial der "WESTFALENFRONT", einer im Sommer 1992 gegründeten regionalen Organisation militanter Neonazis. Eine führende Funktion in der "Westfalenfront" hat BERND STEHMANN, regionaler Kameradschaftsführer der bundesweit arbeitenden GdNF (Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front) und örtlicher Leiter des Ku Klux Klan. Seit Jahren bemüht sich Stehmann, Jugendliche mit rechtsextremem Gedankengut vertraut zu machen, und sie in seine Organisationen einzubinden. Um die Szene zusammenzuhalten und näher an die nationalsozialistische Weltanschauung heranzuführen, organisiert Stehmann Aktionen und Busfahrten, so auch zu den "Rudolf-Heß-Gedenkmärschen". Bei diesen "Gedenkmärschen", der letzte fand 1993 in Fulda statt, tritt Stehmann als Ordner auf.

Bis zum Sommer 1992 war Stehmann regelmäßiger Besucher des damaligen Neonazitreff "Andreaskrug" in Bielefeld-Schildesche.
Später versuchte er, in Steinhagen in mehreren Kneipen (so im Cafe Käfer) Jugendliche zu agitieren. Derzeit betreibt er diese Arbeit unter anderem in Friedrichsdorf, unweit des Tatortes.

Ob Stehmann unmittelbar an der Organsiation des Anschlags beteiligt war, wissen wir nicht. Es entspricht aber der derzeitigen Praxis der Neonazikader, Jugendliche zu derartigen Anschlägen aufzustacheln, ohne daß sich diese Kader selbst an den Anschlägen beteiligen, um ihre Organisationsstruktur nicht zu gefährden.

Es ist notwendig, gegen Drahtzieher wie Bernd Stehmann öffentlich vorzugehen, um ihnen ihre weitere Arbeit zu erschweren.

Wir rufen auf zu einer
Demonstration zur Wohnung von* Bernd Stehmann *in Steinhagen

{Demoaufruf für den vergangenen Samstag}

Dem organisierten Neofaschismus entgegentreten!

Antifaschistische Gruppen und Initiativen aus Bielefeld und Ostwestfalen-Lippe
Antifa-West - Antifaschistische Initiative für den Bielefelder Westen
c/o BI Bürgerwache / Rolandstr. 16 / 33615 Bielefeld

Drei Tage, drei Demonstrationen

Bereits am Donnerstag versammelten sich um 16.00 Uhr 800 Leute an der Universität zu einer spontane Demonstration, die zum Bielefelder Rathaus führte. Es war keine Betroffenheitsdemo, sondern geprägt von dem Wunsch zu zeigen, wie wichtig es ist, daß an der Uni Bielefeld Menschen mit verschiedenen Pässen studieren, ohne daß es Konflikte gibt. Teilweise etwas chaotisch organisiert hatten der gerade frischgewählte AStA und verschiedene AusländerInnenorganisationen zunächst Verhandlungen mit der Polizei zu führen, die sich anfangs auch ganz kooperativ gab. Als in Anschluß an die Kundgebung jedoch versucht wurde, den BielefelderHauptverkehrsknotenpunkt Jahnplatz zu blockieren, löste die Polizei die Versammlung auf, nicht zuerst die BlockiererInnen zu filmen. Für die Exekutive steht der Feind eben immer noch da, wo schon fertige Feindbilder zur Verfügung stehen.
Am Freitag, zwei Tage nach dem feigen Brandanschlag, gab es in Bielefeld-Sennestadt dann ein Demo von SchülerInnen des Hans-Ehrenberg--Gymnasiums. Mit selbstgemalten Plakaten zogen die teilweise recht jungen Menschen durch den Stadtteil, aus dem auch einer der Attentäter stammt.
Am Samstag zogen dann 4000 Menschen durch die Bielefelder Innenstadt. Um 12.00 Uhr blamierten sich dann zunächst Kommunalpolitiker durch besonders verlogene Reden auf dem Rathausplatz. Da wurde "in erster Line der Polizei gedankt", Solidarität geheuchelt "obwohl Verbrecher bestraft werden müssen, ganz gleich welche Nationalität oder Religion sie haben". Den Vogel schoß Oberbürgermeister David (Mehrheitskoalition aus CDU/FDP und den rechts-populistischen "Bürgern für Bielefeld") ab: Dieser Anschlag sei "der einzige Schandfleck in Bielefelds Geschichte". Herr David hat wohl schon sehr gut verdrängt, daß die Nationalistische Front in Bielefeld jahrelang ihr Zentrum in Ostwestfalen-Lippe hatte...

Folgendes Papier bezieht sich auf ein Flugblatt der Auricher AntiFa -anläßlich ihrer Demo- auf dem u.a. stand, Leute, die gewalttätig sind, Randale machen oder sich von Faschisten provozieren lassen (sinngemäß), wie "Faschos und Zivi-Cops" "behandeln" zu wollen.

Offener Brief an die Auricher AntiFa

"Wenn die Gallier so werden wie die Römer, dann ist es am Ende egal, wer gewinnt." (Asterix)

Wir wollen Stellung nehmen zu eurer schriftlich und mündlich erfolgten Drohung, Demonstrationsteilnehmer bei "Fehlverhalten" als Faschos und Zivi-Cops behandeln zu wollen.

1.Die gedankenlose Gleichsetzung von Leuten, die womöglich, wenn sie von Faschos provoziert werden, nicht wegschauen und eingreifen wollen, mit den Faschisten selber, ist eine Unverschämtheit und politisch unverantwortlich

2.Wenn ihr der Ansicht seid daß gewalttätige Auseinandersetzungen eurer Sache schaden würden, könnt ihr das begründen und mitteilen. Ihr könnt es euch vielleicht nicht vorstellen,aber: Leute, die zu solchen Demos, wie jetzt auch die in Aurich, fahren, sind nach unserer Erfahrung durchaus in der Lage und auch willens, eure Situation dort nachzuvollziehen. Sie begreifen im Allgemeinen den Sinn und Zweck von Demos,weswegen sie ja auch an ihnen teilnehmen wollen und verhalten sich dementsprechend.Wenn der Charakter, den die Demo haben soll, klar ist, weiß man schließlich.warum man wohin fährt - oder kann es bleiben lassen

In den letzten zig Jahren hat sich zumindest so etwas wie eine rudimentäre politische Kultur entwickelt, deren Bestandteil es zum Beispiel ist,zu versuchen, sich mit unterschiedlichen Strategien, Konzepten und Einschätzungen "anständig" auseinanderzusetzen. Das kann heißen, entsetzlich lange zu diskutieren, Kompromisse zu schließen, bitter zu streiten, zu versuchen, sich mit zwar getrennten Wegen dennoch zu ergänzen, wenigstens nicht gegeneinander zu arbeiten, auf etwas zu verzichten - auf jeden Fall, die eigenen Kräfte nicht durch vermeidbare Spaltungen weiter zu schwächen oder sich am Ende hauptsächlich gegenseitig zu bekampfen.
Teilweise steht dahinter auch die Erkenntnis, daß die Art und Weise des Verhaltens gegenüber anderen Meinungen, die Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen politischen Konzepten und ganz einfach das Ernstnehmen anderer Menschen und Gruppen und ihrer Arbeit bereits ein Teil dessen sind, wofür wir kämpfen und sowohl unsere Ziele, als auch Methoden mitausmachen und sichtbar werden lassen.

3.Daß ihr mehr Vertrauen in Absprachen mit Bullen setzt, als ihr für die Teilnehmer eurer Solidaritätsdemo aufzubringen imstande seid, verweist auf eure politische Armseligkeit. Wenn es schon soweit gekommen ist, überdenkt entweder euren politischen Standort - oder, ob die Entscheidung, zu solchen Bedingungen eine Demo zu machen, richtig war.

4.Wie stellt ihr euch weiterhin politische Arbeit vor? Wir sehen das angeblich solidarische Verhältnis durch eure Androhung, uns wie Faschos zu behandeln, von eurer Seite in Frage gestellt.Es ist ganz einfach so: Verarschen - können wir uns selbst, wenn uns der Sinn danach steht.
Solidarität ist für uns ein gleichberechtigtes Verhältnis.

Wenn ihr glaubt, Drohungen seien die einzige Sprache, die wir verstehen, konnen wir euch widersprechen.
Wir verstehen durchaus die Sprache politischer Auseinandersetzung, die Sprache solidarischer Aktionen, die Sprache von Argumentation und Diskussion. Und wir mögen die Sprache der Faschos, der Bullen, der stumpfen Drohungen, der Strafe, der Diffamierung und des grundlegenden Mißtrauens gegenüber denjenigen, die man zur Solidarität ruft und das nach Kontrolle, Aufsicht und Zwangsmaßnahmen schreit, überhaupt nicht. Wir können nicht ein befreiendes Moment darin entdecken - egal, von welcher Seite es daherkommt. Wir stellen uns aber nun mal einen Befreiungsprozeß vor, der auch denk- und erlebbar ist, der zu Veränderungen fuhrt und die Menschen -auch als Träger dieses Prozesses- ernst nimmt.
Anders wird es nicht gehen.

5.Wir können nur hoffen, daß ihr euch die Sache nochmal durch den Kopf gehen laßt, daß ihr euer grundlegendes Verhältnis zu anderen Menschen und politischen Gruppen überdenkt und in Frage stellt.

P.S. Wir wollen mit diesem Brief das schärfstens angreifen, was wir für politisch fatal halten. Es geht uns nicht darum, euch persönlich anzumachen. Und wir hoffen tatsächlich, daß ihr mit klaren Köpfen nochmal drüber nachdenkt und daß ihr vielleicht nicht so weit von uns entfernt seid, wie es im Moment den Anschein hat.

ANTI-RASSISMUS-BÜRO BREMEN

AUTONOME ANTIFASCHISTINNEN BREMEN

Hallo Auricher !

Zu eurer Demo am 25.3.94 haben wir noch Einiges zu sagen. Wir beziehen uns jetzt nur auf die Demo selbst, in Bezug auf euren Spruch, uns gegebenenfalls wie Faschos und Zivi-Cops zu behandeln, schließen wir uns dem anderen Papier aus Bremen an. Wir brauchen ja nicht alles 2 x zu schreiben. Wir hatten allerdings ernsthaft überlegt, ob wir überhaupt noch Bock haben, zur Demo zu fahren. Wir haben uns dennoch entschlossen, obwohl wir eigentlich keine Lust auf solche Demos haben. Demos;

1.auf denen ohne Grund in festen Ketten gelaufen werden soll,
2.auf und vor denen Absprachen mit den Bullen laufen,
3.auf denen Ordner rumrennen,
4.auf denen Leute, die etwas anders aussehen, als "Zivis" aus der Demo geschrissen werden,
5.die, ohne zu agieren/reagieren an Faschos vorbeirennen,
6.die weitergehen, wenn einzelne Leute aus der Demo Streß mit Faschos oder Bullen haben,
7.die den Bullen gegenüber Gewaltfreiheit garantieren und allen anderen gegenüber versuchen, durch Aussehen, in Ketten marschieren und verbalradikale Sprüche, einen "gefährlichen" Eindruck zu schinden.

Auf der Auricher Demo am 25.3.94 war es unserer Meinung nach völlig überflüssig, in festen Ketten zu laufen. Ketten haben eine gewisse Schutzfunktion für die Menschen, die auf der Demo sind. Und zwar, um z.B. zu verhindern, daß Bullen einfach Leute aus der Demo zerren, um es ihnen zu erschweren, die Demo zu spalten oder aufzulösen usw. Ansonsten bringen Ketten (oder sollen sie anscheinend) so einen gewissen Hauch von "Militanz" mit sich. Wir haben aber keinen Bock, auf einer solchen Demo in Ketten durch die Stadt zu marschieren, um zu zeigen:"Wir könnten ja, wenn wir wollten."
Wenn eine Demo von vorneherein "militant aber gewaltfrei" sein soll, dieses darüber hinaus den Bullen mitgeteilt wurde und sie sich dementsprechend verhalten, sind Ketten überflüssig.

Ein anderer Punkt, den wir überhaupt nicht gut finden, sind Absprachen mit den Bullen vor und während einer Demo. Falls Mitteilungen an die Bullen nötig werden, so können diese auch über den Lautsprecherwagen gemacht werden, damit auch alle anderen DemoteilnehmerInnen wissen, woran sie sind.Im Vorfeld einer Demo sollten unserer Meinung nach lediglich formelle Fragen mit den Bullen geklärt werden (Route etc.). In wessen Interesse sind eigentlich Absprachen mit Bullen, was ja heißt, eigene politische Inhalte und Formen mit ihnen zu verhandeln ? Ob die Demo friedlich oder nicht werden soll - ob symbolische oder andere Aktionen laufen sollen ... solche Sachen besprechen wir unter uns, aber nicht mit den Bullen oder sonstwem.

Und wo wir gerade bei den Bullen sind. Überhaupt nicht komisch finden wir es, wenn Leute von uns als Zivis verdächtigt werden, aufgrund ihrer etwas anderen Kleidung oder weil sie sich nicht am ihnen vorgeschriebenen Platz aufhalten. Glaubt ihr,Zivis können sich keine schwarzen Lederjacken anziehen? Außerdem könnt ihr nicht einfach einen Menschen beschuldigen, ohne sicher zu sein, daß es ein Zivi ist.
Wir wollen eigentlich mehr werden und mit verschiedenen Menschen aus unterschiedlichen Bereichen zu tun haben. Wenn wir alle ausgrenzen, die anders aussehen, sich anders verhalten, anderswo herkommen, wird das nicht hinhauen.
Außerdem finden wir das eine billige Masche, um sich selbst, bloß aufgrund von Kleidung und Szenejargon als "Antifaschist" oder "Systemgegener" toll vorzukommen, während man in Wahrheit eher alles andere als das ist.
(Wir wissen nicht genau, welche Einzelpersonen oder Gruppen unsere Leute verdächtigt haben. Wir schreiben das aber zur allgemeinen Kenntnisnahme, damit sich alle noch mal n'Kopf dazu machen -auch für zukünftige Aktionen/Demos.)

Wir fahren nicht nur auf Demos, auf denen es "abgehen" wird. Wir sind nach Aurich gefahren, um für das Juzi zu demonstrieren. In der jetzigen Situation um das Juzi darf natürlich nicht die Stadt auseinandergekloppt werden - es ist ja noch nicht alles verloren.
Militanz zeigt sich unserer Meinung nach nicht durch geschlossene Ketten oder schwarze Kleidung oder ordentliche und saubere Demos. Militanz ist weder gleich Gewalt, noch gleich Disziplin und Ordnung. Sie ist ein politisches Verhältnis dem "System" gegenüber, das dieses grundsätzlich in Frage stellt und angreift.
(Wobei auch angreifen nicht gleich zuschlagen ist.)
Und zwar nicht am St.Nimmerleinstag, sondern jetzt und konkret.

Ihr erweckt den Eindruck, als wolltet ihr die politische Zielrichtung festlegen, als bräuchtet ihr uns als Erfüllungsgehilfen und das Einverständnis der Bullen, um eure Politik durchzuführen und als würdet ihr das noch für schlau halten.

Ihr meßt die Durchsetzbarkeit eurer Politik nicht an unseren Kräften (inhaltlich und praktisch), sondern macht sie von der Verhandlungsbereitschaft der Bullen und logischerweise dann auch von der Disziplin und Hörigkeit der Demo abhängig. Fragt sich nur, was sich dann da schließlich durchsetzt?

Warum tretet ihr nicht gleich den Grünen, Sozis und ähnlichen Abwieglern und Bewegungs-Verarschern bei?
Aber wahrscheinlich seid ihr besser bei den Szene-BOssen aufgehoben, die via Göttingen ihre 20er Jahre K-Einheitsfront-Verarsche verbreiten.
(Über diesen letzten Satz haben wir nochmal geredet. Wir würden ihn inzwischen etwas anders und ausführlicher formulieren.Inhaltlich allerdings ist nichts zurückzunehmen. Falls sich eine weitergehende Diskussion entspannen sollte, werden wir die Gelegenheit nutzen, zu diesem Punkt noch Einiges mehr und genauer zu schreiben und unsere Einschätzung zu begründen.)

AUTONOME ANTIFASCHISTINNEN BREMEN

Schluß mit der Kriminalisierung und Strafverfolgung von
antifaschistischen Jugendlichen in Rathenow und anderswo!

Während Neonazis, Faschoskins und rechtsradikale Hooligans ihre menschenverachtenden Gewaltaktivitäten in der BRD ausüben können, ohne dafür angemessen bestraft zu werden, läßt der Staat nichts unversucht linksorientierte, antifaschistische, antiimperialistische Menschen einzuschüchtern, zu kriminalisieren und in den Knast zu stecken. So auch in Rathenow.

Zum Beispiel: Ein Rathenower Antifaschist, der gegen die rechtsradikalen Progrome in Rostock-Lichtenhagen vor Ort protestieren wollte,wurde schon auf der Anreise von den "Ordnungshütern in Grün" unter dem Vorwand verhaftet, er trage Waffen bei sich. Das dies nur ein Vorwand war, lag klar auf der Hand, denn so erging es ungefähr 300 Antifas, die nach Rostock zur Demo wollten. Klar ist, nachdem die Staatsmacht ewig tatenlos zuschaute wie der rechtsradikale Abschaum dieses Landes brandschatzte, hatte sie Angst vor der Rechnung, die sie dafür bezahlen sollte. Nun soll dem Antifaschisten der Prozeß gemacht werden. Schon nach dem ersten Verhandlungstag stand fest, daß Richter und Staatsanwaltschaft ihn unbedingt aburteilen wollen.
Daß wir das nicht zulassen können, ist ja klar.

Bei einer anderen Gerichtsverhandlung, die schon eine Weile zurückliegt (20.01.93), waren Rathenower Rechtsradikale angeklagt. Da Antifas gegen sie Aussagen machen mußten, waren auch jene an diesem Tag vor Gericht. Von den anwesenden Faschos gingen Morddrohungen und Pöbeleien aus. Auch konnten sie unbehelligt Baseballschläger in Sporttaschen dabeihaben, ohne daß es dem damaligen Richter Tiffert, der darauf aufmerksam gemacht wurde, störte. Es kam zu Übergriffen, und wir übten uns im antifaschistischen Selbstschutz. Für dieses elementare Recht auf Selbstverteidigung sollen nun 4 aktive Antifas abgeurteilt werden. Wir sagen, das kann nicht sein!

Bei einem Rockkonzert in der Rathenower Kircheneinrichtung "Oase", wo linksorientierte Jugendliche zugegen waren, wurden diese durch das Auftreten stadtbekannter Faschoschläger provoziert, und es kam zu Auseinandersetzungen zwischen den beiden Gruppen, dabei gingen Fensterscheiben zu Bruch, was zu bedauern ist. Und wieder zeigt sich die Polzei von ihrer "rechten" Seite, indem sie unerwünscht in die Wohnung eines Antifa eindrang und dort einen Jugendlichen ohne schriftlichen Haftbefehl in Handschellen abführte. Rathenower und auswärtige Rechtsradikale konnten dagegen tagelang nach dem Ereignis "Oase" vermummt mit Autos am hellichten Tage Rache an Antifas auf offener Straße nehmen, ohne das die Polizei sich darum kümmerte. Unter anderem wurden Jugendliche auf der Straße beraubt und Autos demoliert, da kann mensch nur sagen, so geht das ja wohl nicht. Treffpunkt und Planungsort dieser Terrorakte war der Jugendclub "Neues Leben". Unverantwortlich und geschmacklos ist es auch, daß kurz danach in diesem angebräunten Etablissement eine Ausstellung von türkischen Schülerinnen duchgeführt wurde, obwohl mit rechtsradikalen Übergriffen gerechnet werden mußte. Diese versuchten es dann auch. Polizeipräsenz war aber diesmal vorhanden, um das angeschlagene Image der Stadt nicht noch tiefer sinken zu lassen.

Dies ist nur eine unvollständige Aufzeichnung von Ereignissen, die in Rathenow 1993/94 vorfielen. Während der braune Abschaum sich hier und anderswo immer breiter macht, wird jeder Mensch, der sich gegen die Gefahr von Rechts wendet und gegen sie ankämpft, von staatlicher Seite eingeschüchtert, bespitzelt und strafrechtlich verfolgt.

Schaut nicht mehr weg!

Wehrt Euch gegen Staatsterror,
korrupte Politiker und Faschisten,
deren Zusammenarbeit wir nicht länger dulden dürfen!

Unsere Solidarität, Kraft und Liebe allen AntifaschistInnen, die auf Grund Ihrer politischen Einstellung im Knast sitzen!

Am 8. Mai 1992 (siehe Bild oben) nahmen ca. 150 Personen an der Demo gegen Vergessen der Naziverbrechen und aufkommenden Neofaschismus teil. Ca. 30 Faschisten konnten unter Polizeischutz die Demo stören und behindern. Es gab eine Festnahme.

Am 8. Mai 1993 (siehe Bild unten) nahmen ca. 250 Personen an der Demo teil. Es waren an die 150 PolizistInnen im Einsatz, sie nahmen Faschoprovokationen zum Anlaß, die Demo aufzureiben. Es kam zu 25 Festnahmen.

In beiden Jahren kam es zu Straßenschlachten zwischen Autonomen und Antifaschisten auf der einen und Faschos und Polizei auf der anderen Seite. Gute Zusammenarbeit von Polizei, Medien, Stadtoberen und Justiz gebündelt zu einer Kampange gegen Linke und vermeintliche Linke waren beide Jahre die Folge.

Auch 1994 haben Faschos sowie Polizei angekündigt, daß Sie Ihren Anteil einbringen werden.

Gegen Erstarken rechtsradikaler Strukturen.

Gegen Kriminalisierung von Antifaschisten.

Gegen Polizei- u. Justiz-Terror

8. Mai '94 Rathenow !!!

Treffpunkt: Bahnhof

Zeit : 15.00 Uhr

tKDV-Broschüre
(Totalverweigerungsinfobroschüre)

Die Prozeßkostenhilfe Totalverweigerung (ProTotal) möchte eine Infobroschüre zur tKDV erstellen. In dieser Broschüren sollen die Berliner Gruppen, die sich mit tKDV beschäftigen die Gelegenheit erhalten sich kurz vorzustellen. Eine DinA4 Seite getippt, bitte nicht fertig layoutet, gerne auf Diskette, MS DOS 5.0, am besten ASCII-Code)
Redaktionsschluß: 15.6.94



Nazi-Prozess in Bochum

Seit dem 6.4.94 findet am Landgericht in Bochum ein Prozess gegen Mitglieder des "Freundeskreis Freiheit für Deutschland" (FFD) statt. Diese Organisation ist am 2. September letzten Jahres vom Innenminister von NRW verboten worden. Zeitgleich fanden mehrere Hausdurchsuchungen in NRW (Bochum, Herne, Duisburg, Xanten und Bielefeld) statt. Seinen Sitz hatte der FFD in Bochum. Hier unterhielt er eines seiner Konten, in Gerthe ein Postfach und seine Geschäftsstelle in der Schurbankstr. 20, von wo aus in professioneller Weise mit Computern der Versand der Hetzschriften und Aufkleber vorgenommen wurde. 104 verschiedene Flugbätter und 30 Aufkleber hatte der FFD hergestellt. Nach eigenen Angaben, sei die Auflagenhöhe der Flugblätter fast eine Millionen gewesen. Zeit genug hatte die Organisation, auf eine so hohe Stückzahl zu kommen. Trotz eines Prozesses wegen Volksverhetzung auf Grund eines ihrer Flugbätter am 22.6.1991 und zahlreicher Anzeigen gegen den FFD, konnte dieser seit seiner Gründung 1989 fünf Jahre lang ungestört hetzen und agitieren. Sechs Mitglieder und Herausgeber sind nun in dem Prozeß angeklagt. Und zwar wegen vielfältiger Vergehen: Dem Verstoß gegen das Pressegesetz von NRW, der Volksverhetzung, der Anstachelung zum Rassenhass, der Verunglimpfung der Demokratie, des Staats und dessen Repräsentanten, Beleidigung Andersdenkender, Verunglimpfung der Menschenwürde von AusländerInnen und Flüchtlingen, Leugnen der Vergasungen von JüdInnen im 3. Reich, Beleidigung des Ansehens Verstorbener, Billigung von Straftaten, Aufruf zur Gewalt und Gefährdung der Öffentlichen Sicherheit.

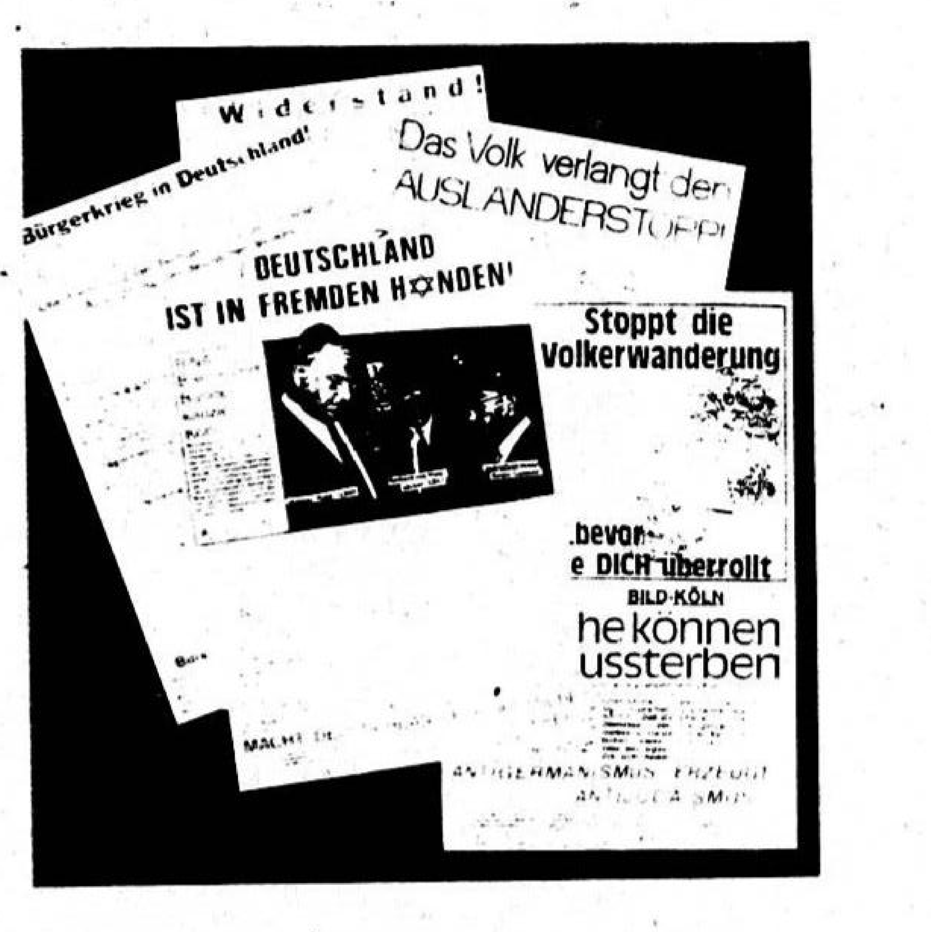
Angeklagt sind:

Günther Demolsky (74) aus Herne, Helmut Fuchs (62) aus Duisburg, Wilfried Bluschke (44) aus Xanten, Paul Muenzer (66) aus München, Dr. Dr. Helmut Grimm aus Ettlingen, Ekkehard Weil, alias Karl Schubert (45) aus Bochum

Das Verbot des FFD, die Hausdurchsuchung und der jetzige Prozess erwecken den Anschein, der BRD - Staat sei ernstlich an der Sanktionierung rechtsradikaler Hetzer, Drahtzieher und Organisatoren rechter Gewalt interessiert. Dies ist aufs Entschiedendste in Frage zu stellen.

Bei dem FFD handelt es sich um eine Organisation, die gegründet wurde, um die Hauptorganisation zu schützen und eine noch rassistischere und antisemitischere Hetze als diese zu verfolgen. Der Name der Hauptorganisation ist "Freundeskreis Unabhängiger Nachrichten" (UFK). Dies war den Behörden bekannt, heißt es doch im Verfassungsschutzbericht NRW von 1990: "Der FFD ... ist weitgehend mit dem "Freundeskreis Unabhängige Nachrichten" (UFK) identisch". Verbot und Prozess treffen aber, trotz des Wissens der Staatsschützer, nur den FFD. Auch der Verhandlungsinhalt des Prozesses dreht sich einzig um den FFD. Der UFK, seine Unterorganisationen und Zeitschriften sind nicht betroffen.

So scheint das Kalkül der Nazis aufzugehen. Dies alte, weitverzweigte und in den Rechtsterrorismus reichende Netz um den UFK bleibt außerhalb der justiziellen Reichweite und außerhalb der Aufdeckung für die Öffentlichkeit.
Soweit es uns möglich ist, versuchen wir hier einige Informationen über den FFD, seine Mitglieder und seine Verbindungen, zu geben.



Flugbätter des "FFD"'s




Aufkleber des "FFD"'s

Ein Wahlpakat zur Reichstagswahl 1920 diente als Vorlage für den "FFD"-Aufkleber. Nationalsozialistische Stilelemente à la "Der Stürmer" finden sich oft beim "FFD".

Das braune Netz des UFK

Wie schon gesagt ist der FFD als eine Untergruppe des UFK zu sehen. Der UFK "Freundeskreis Unabhängige Nachrichten" wurde 1969 unter anderem von dem Bochumer Martin Voigt und Werner Gebhardt gegründet. Der UFK hat seinen Sitz in Bochum. Er gibt seit seiner Gründung ein Monatsblatt, die "Unabhängigen Nachrichten" (UN) heraus. Diese außerst rassistische und antisemitische Zeitung, mit einen Umfang von 12 Seiten, wird zweifarbig in einer Auflage von über 10000 Stück gedruckt. Sie wird bundesweit vertrieben und auch ungefragt zugeschickt. Früher wurde sie in Bochum bei der Druckerei Maas an der Alten Hattingerstraße gedruckt. Heute erscheint die "UN" in Bingen am Rhein, im Verlag des Werner Symanck.



Die "Unabhängigen Nachrichten" (UN) des "UFK"'s

In seiner Geschichte machte der UFK des öfteren Schlagzeile. Z.B. seine "Tage der Gemeinschaft" vom 9. bis 15. Mai 1978. Einem Treffen von 400 Mitgliedern aus mehreren rechtextremen Organisationen. Die Polizei beschlagnahmte Unmengen von rechtsradikalen Propagandamaterial. Darunter "Völkischer Beobachter", "Wille und Weg" und den "NS-Kampfruf" der NSDAP/AO des Garry Laucks aus Nebraska. Ein Jahr später machte der UFK Veranstaltungen mit dem britischen Pseudohistoriker und Auschwitzleugner David Irving. Der UFK unterhielt und unterhält beste Beziehungen zu dem SS-Sonderführer aus Auschwitz Thies Christopherson, der sich nach Dänemark abgesetzt hat und von dort "Die Auschwitzlüge", die Periodikas "Kritik" und "Die Bauernschaft" vertreibt. Über den kürzlichen verstorbenen Gründer des UFK Werner Gebhardt bestanden ausgezeichnete Verbindungen zu den alten Waffen-SS-Verbänden und den "SS-Leitheften". Der Nazi-Terrorist Manfred Roeder war und ist immer noch Intimus des UFKs.

Werbung für den FFD wurde in der "Revolte", der mittlerweile verbotenen Nationalistischen Front (NF) gemacht. Ebenso in den "HNG-Nachrichten" der HNG, einem Gefangenenhilfsverein der Nazis. Werbung für den FFD und den UN finden sich auch in "Der Bauernschaft" und der NPD-NRW-Zeitung. Der UFK hat zu allen rechtextremen und rechtsradikalen Gruppen und Parteien blendenden Kontakt.

Die "Rechts"variante des UFK - das "DRsK"

1979 gründeten Mitglieder des UFKs die "Deutsche Rechtsschutzkasse" (DRsK). Eine Vereinigung die Rechtsextremen Prozesshilfe gewährt, rechte Anwälte vermittelt und Tips gibt, wie geltendes Recht in Bezug auf Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhass etc. p.p. umschifft werden kann. Diese Tips sind in ihrer Postille "Recht und Justiz" zu lesen. Diese Tips gibts mittlerweile in zwei Sammelbänden zu beziehen bei Werner Symanek. V.i.S.d.P. zeichnet Jürgen Rieger aus Hamburg. Seinen Sitz hat das "DRsK" und "Recht und Justiz" in Bochum.

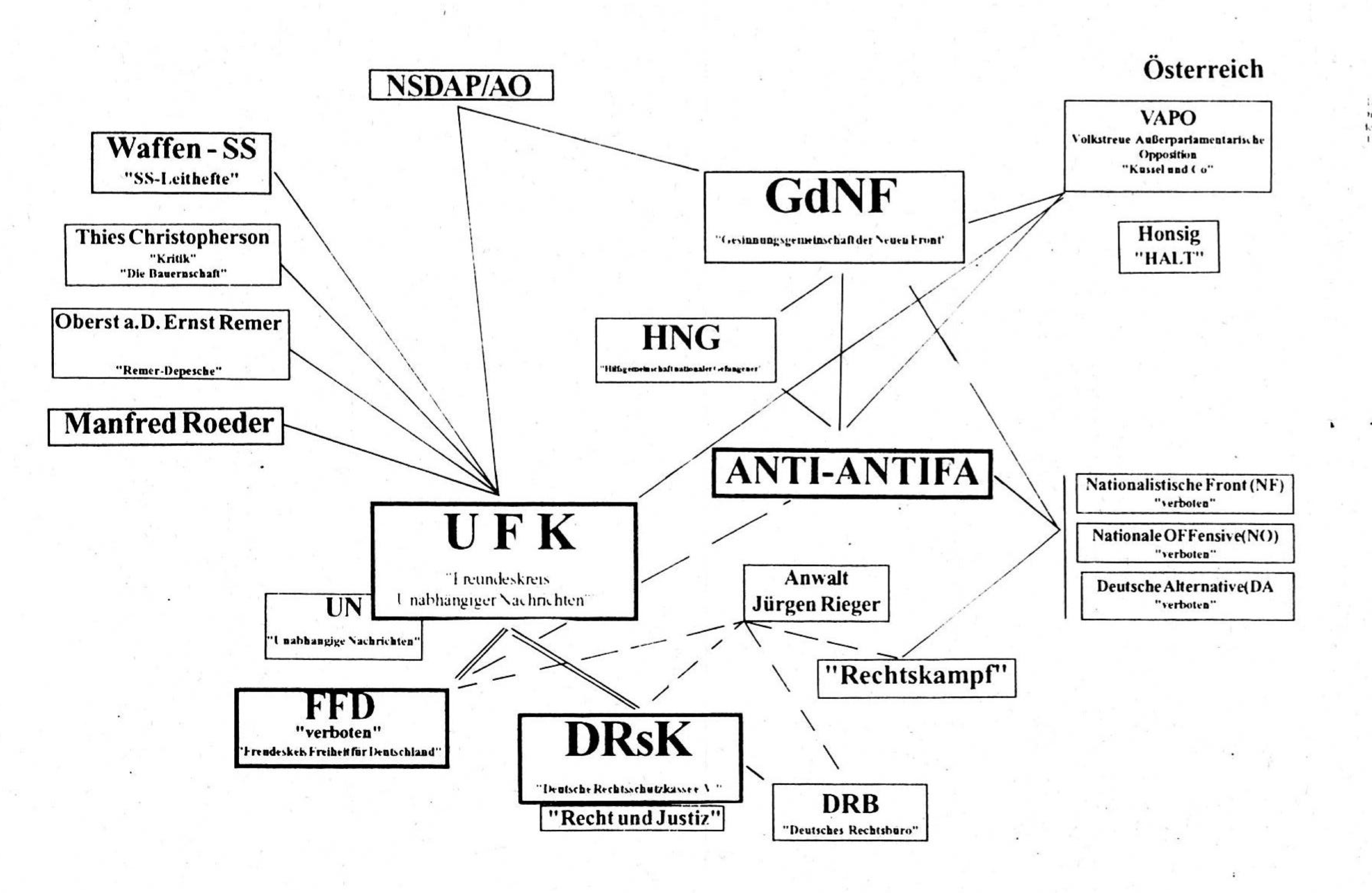
Rechte Rechtsvertretung

Aus dem "DRsK" ist mittlerweile ein eigenes Büro in Hamburg hervorgegangen. Das "Deutsche Rechtsbüro" (DRB). Leiterin des "DRB" ist Rechtsanwältin Gisela Pahl. Jene Anwältin, die die FFD-Flugblätter auf strafbaren Inhalt hin, Korrektur las. Sie ist Mitarbeiterin des Anwaltbüros von Jürgen Rieger.
Dieser Rieger wird als einer der führenden Köpfe der deutschen Naziscene gehandelt. Einschlägig gerichtlich vorbestraft, ist der Anwalt dem "DRsK", "Recht und Justiz" und dem "DRB" zuzuordnen. Er ist Vorsitzender der rassistischen "Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V.", Redner auf Neonaziaufmärschen wie in Hamburg und Wunsiedel, Verteidiger von Nazikriegsverbrechern und Neonazi"größen", wie Kühnen und Althans. Momentan vertritt er alle verbotenen Naziparteien gegen deren Verbote. Die Nationale Offensive (NO), die Deutsche Alternative (DA), die Nationalistische Front (NF) und natürlich den FFD. Dieser Verbotskampf erforderte natürlich eine eigene Zeitung. Den "Rechtskampf". Herausgeber ist Michael Swierczek, ehemaliger Bundesführer der NO und im Dortmunder NO-Prozeß steht er im Verdacht, bei der Vermittlung von Söldnern an die Nazimiliz HOS in Kroatien mitgewirkt zu haben. Einträglich, neben den verbotenen Naziparteien, findet sich im "Rechtskampf" der FFD wieder. Anwalt Rieger vertritt im Bochumer Prozess Helmut Fuchs.



Die "HNG-Nachrichten" - Mitteilungsblatt der ultrarechten "Hilfsgemeinschaft für nationale Gefangene und deren Angehörigen e.V."(HNG), Kaderorganisation und Drehpunkt fast aller rechtsradikalen Gruppierungen.
"Recht und Justiz" - Zeitung der "Deutschen Rechtsschutzkasse e.V.". Beide Sitz im Bochum. Eine Art Bruderorganisation der "HNG".
"Rechtskampf" - Zeitung der verbotenen Parteien Nationalistische Front(NF), Nationale Offensive (NO) und Deutsche Alternative (DA) gegen ihr Parteienverbot. Nationale Liste (NL), "FFD" und andere Organisationen finden sich hierin auch wieder. Dient der faschistischen Koordinierung gegen staatliches Vorgehen.

Sein gleichgesinnter und aus NS-Prozessen erfahrener Kollege aus Düsseldorf, Hajo Herrmann, vertritt Wilfried Bluschke Und der Dortmunder Anwalt Erhard Steller, sonst Leib- und Magenanwalt von SS-Siggi Siegfried Borchert (Landesvorsitzender der FAP NRW), der momentan in Dortmund Christian Sennlaub (NO) wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und Nazisöldnervermittlung nach Kroatien verteidigt, vertritt in Bochum Ekkehard Weil, alias Karl Schubert.

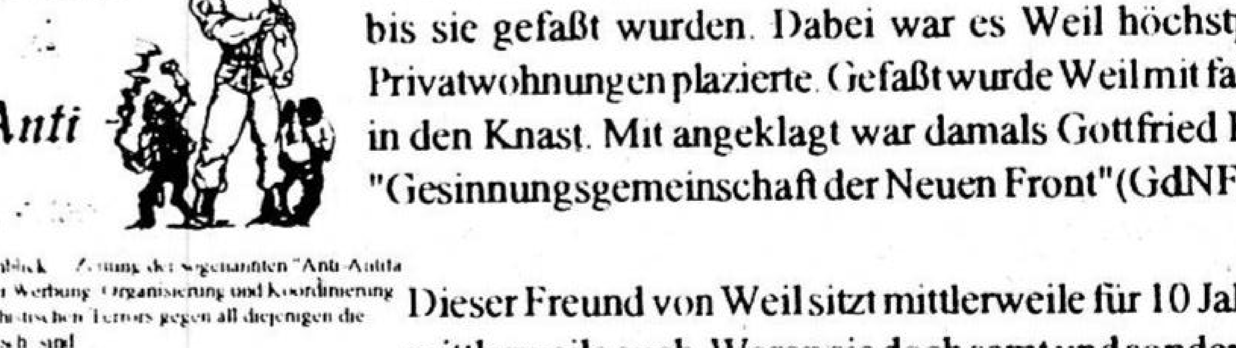


Zurück zu den *Angeklagten.*

Außer bei Bluschke und Weil handelt es sich ja um betagte Herren, mit Geschichte.
Herr Dr.jur.Dr.med.Grimm, der nicht zu den Prozesstagen erschien und drum per Haftbefehl gesucht wird, ließ sich am 18.4. beim Gericht entschuldigen. Der Brief kam aus Dänemark. Vermutlich aus Kollund, wo Thies Christopherson sein Domizil hat. Beide sind halt alte Bekannte. Herr Dr.Dr. versteht sich nämlich auf Veranstaltungen mit "Thies" und General a. D. Otto Ernst Remer, einer derjenigen Nazioffiziere, die den 20.Juni niederschlug.
Günther Demolsky ist schon lange dabei. Bis zum Verbot der "Sozialistischen Reichspartei" (SRP) 1952 war er deren Landesvorsitzender in NRW. Dann Funktionär der "Deutschen Reichs Partei" (DRP), der "DFP", des"AUD" undsoweiterundsoweiter.

Über Helmut Fuchs ist bekannt, daß bei der Hausdurchsuchung bei ihm in Duisburg nun wirklich alles an rechtsradikaler Literatur gefunden wurde, was eines Nazi Herz höher schlagen läßt: "Deutsche Gegenwart","Eidgenoss","Remer-Depesche","Die Bauernschaft","UN","Nation","Europa Vorn","Sieg" usw.usw. und zwar kistenweise.
Verweisen die jungen Angeklagten nicht so sehr auf Tradition und Alter, so doch um so mehr auf Erfahrungen in Sachen Brutalität und Gewalt.
Der Autohändler Wilfried Bluschke aus Xanten, Militariasammler und schlagkräftiger Widerpart der Presse bei der Prozesseröffnung, sah sich bei der Durchsuchung seines Hauses einer Maschinenpistole gegenüber. Vielleicht rührt dies ja daher, daß Bluschke mit dem flüchtigen Herausgeber der Zeitschrift "Halt" Gerd Honsig aus Österreich gut bekannt ist. Ebenso mit Jürgen Mosler, dem ehemals engsten Vertrauten Michael Kühnens.

Der Weg zum rechten Terror



Und da wäre noch Ekkehard Weil, alias Karl Schubert. Kassenwart und Postvertreiber des FFD. Er ist der sichtbare Beleg des Kontakts des FFD zum rechten Terroruntergrund.
Sein Vorstrafenregister an Diebstählen, Körperverletzungen, Brandstiftungen etc.p.p.aus Italien, Jugoslawien, Österreich und Deutschland in Gänze aufzuzählen, ersparen wir uns. Nur soweit: Weil war Mitglied der 1970 ausgehobenen terroristischen "Europäischen Befreiungsfront"(EBF). Hochbewaffnet plante diese Anschläge auf Politiker. Noch im selben Jahr verübte Weil einen Mordversuch an einen 20jährigen Wachsoldaten vor einem antifaschistischen Mahnmal in Berlin. Der Wachsoldat überlebte den Lungensteckschuß, den Weil ihm mit einem Gewehr mit Zielfernrohr aus 100 Meter Entfernung zufügte, knapp. Ende der 70iger ging Weil nach Österreich. Der "Österreichische Beobachter" gab zur damaligen Zeit eine Feindliste heraus. Eine Art Anti-Antifa-Liste. Weil und seine Kameraden der "Aktion Neue Rechte" (ANR) bombten die Liste so lange durch, bis sie gefaßt wurden. Dabei war es Weil höchstpersönlich der Simon Wiesenthal und anderen die Bomben vor die Privatwohnungen plazierte. Gefaßt wurde Weil mit falschen Papieren und einer "CZ" Kaliber 7,65. Fünf Jahre wanderte er dafür in den Knast. Mit angeklagt war damals Gottfried Küssel, heutiger Chef der "VAPO" dem Österreichischen Ableger der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front"(GdNF), die die NSDAP in der BRD aufbauen will.

Der Einblick - Zeitung der sogenannten "Anti-Antifa" mit der Werbung: Organisierung und Koordinierung des faschistischen Terrors gegen all diejenigen die Undeutsch sind

Dieser Freund von Weil sitzt mittlerweile für 10 Jahre im Knast wegen "Wiederbetätigung". Seine untergebenen Kader sitze mittlerweile auch. Waren sie doch samt und sonders in die Briefbombenanschläge im Dezember des letzten Jahres verwicke Nicht zufällig un zeitgleich rief der "Rechtskampf" zur Solidaritätswoche der militanten Rechten auf und "Der Einblick erschien. Jene Zeitung der Anti-Antifa-Gruppen der Nazis, die zum Terror gegen AusländerInnen, Linke, DemokratInne RichterInnen und StaatsanwältInnen aufruft. Bochumer Nazis begingen diese "Solidaritätswoche" der Rechten, indem sie m mehreren Wagen und Berliner Kameraden nach Rostock zur dort angekündigten Anti-Antifa-Woche fuhren und AusländerInne und Linke mit brutalen Überfällen drangsalierten.

Ende der 80ger verbüßt Weil eine Haftstrafe in Berlin und verkehrt dort in der Weitlingstraße, einem von Rechten besetzten Haus, wo sich Küssel und andere internationale Nazis die Klinke in die Hand gaben. In diesem Haus wohnte auch der wegen des Bauens der Briefbomben gesuchte Berliner Bendix Wendt. Seit ca. 1991 wohnt Weil nun in Bochum und wie so oft hat er wieder einen falschen Namen. Er nennt sich nun Karl Schubert und wohnt Castroper Hellweg 450, bei einer Frau Madeya.

Dies und die Prozessverschleppungsstrategie der Angeklagten und deren Anwälte verfolgen auf den Zuschauerstühlen die anwesenden Faschisten aller Altersstufen.
Mit unbewegter Miene z.B. Erhard Kemper, hoher GdNF - Kader, Ex FAP Landesvorsitzender und Reisender in Sachen HNG. Kemper war bei allen großen Naziprozessen in Österreich dabei. Auch bei den Nazis, die heute im Knast wegen der Briefbomben sitzen. Aber auch junge Nazis der Anti - Antifa sitzen im Gerichtssaal. Diese Gruppe machte 1992 von sich reden. Sie terrorisierte Leute durch Bomben- und Morddrohungen, rief öffentlich zu Morden an Linken auf, manipulierte an Fahrzeugen von Antifaschisten, verbrannte stapelweise die WAZ und drohte der Zeitungsredaktion, hortete Waffen und Sprengstoff und baute Splitterhandgranaten und Bomben. Einer ihrer Chefs, Marcus Scholz, avancierte Mitte letzten Jahres kurzfristig zum Pressesprecher der CDU-Wattenscheid. Sie sehen auf der Angklagebank ihre Kameraden, die im FFD-Flugblatt Nr.94 aufrufen: "Werdet aktiv, bildet Anti-Antifagruppen"(ViSdP:Otto Geller). Bei der heeren Anti -Antifa-Theorie bleibt es auch an den Prozesstagen nicht. Weil und andere Nazis fotografieren alle diejenigen, die so aussehen, als wären sie nicht ihrer Gesinnung. Und außerhalb des Gerichtsgebäudes sorgt eine andere Gattung von Nazis für die Anti - Antifa-Arbeit und die Beschattung der ProzessbesucherInnen. Dabei handelt es sich um niemand anderen, als um den Chef von der Hak Pao Kampfsportschule aus Solingen, Bernd Schmitt. In seiner Schule trainierte er Nazis aus ganz NRW, darunter auch die mutmaßlichen Mörder der fünf türkischen Frauen, die letztes Jahr in Solingen von Faschisten bei lebendigen Leib verbrannt wurden.

Angesichts dieser Vernetzung und der Verbindungen in den rechten Terrorbereich, wird es interessant werden, ob und wenn, was, über den FFD und dessen Vernetzung in diesem Prozess zu Sprache kommen wird.

Es ist wichtig mehr über dieses braune Netzwerk herauszubekommen.
Kommt zum Prozeß und guckt den Nazis auf die Finger!

Darum hier die Prozesstermine :
25.4. / 27.4. / 2.5. / 4.5. / 9.5. / 11.5.
Landgericht Bochum, Raum C147, jeweils um 9.00Uh

V.i.S.d.P.: Infogruppe der "Kleinen Strolch

ABSCHIEBUNG IST MORD

SOLIDARITÄT MIT DEN KURDINNEN UND KURDEN

Die Unterdrückung in der Türkei hat eine lange Tradition: Schon unter Atatürk wurden die KurdInnen blutig verfolgt. Wenn es um Kurdistan geht, dann fällt die demokratische Maske des faschistischen Staates Türkei. Seit Jahren führt die Türkei einen grausamen Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk. Außerdem wird den KurdInnen jegliches Recht auf Selbstbestimmung verweigert, die Existenz der KurdInnen wurde offiziell geleugnet, sie wurden zu "Bergtürken", ihre Sprache zu einem "türkischen Dialekt" erklärt. Die jetzige Ministerpräsidentin **CILLER** sagte im Wahlkampf: ***"JEDE STIMME FÜR MICH IST EINE KUGEL GEGEN DIE KURDEN."***
Allein in den letzten beiden Jahren wurden über **800 Dörfer dem Erdboden gleichgemacht** (medico), 1,7 Millionen KurdInnen mußten fliehen: Nach Diyarbakir, in türkische Metropolen oder nach Europa.

Seit Jahren unterstützt die BRD die grausamen Militäraktionen: Einerseits wird die türkische **Terroreinheit "Schwarze Käfer" bei der GSG 9 ausgebildet**, andererseits ist die BRD direkt aktive Kriegspartei : **In den letzten vier Jahren lieferte die Bundesregierung Ausstattungshilfe und Waffen im Wert von ca. 1,5 Milliarden DM an die Türkei.** Deutsche Rüstungskonzerne wie Daimler-Benz, Krupp, MBB, AEG, Heckler und Koch usw. tragen unabhängig von den staatlichen Behörden noch ihr eigenes Scherflein dazu bei. Die grenzenlose Profitsucht deutscher Konzerne kostet Tausende von KurdInnen das Leben.
Der Generalinspekteur der Bundeswehr, **KLAUS NAUMANN,** versicherte dem türkischen Generalstabschef Dogan Güres fortgesetzte deutsche Unterstützung:
"WENN WIR SO ANGEGRIFFEN WÜRDEN, WÜRDEN WIR NOCH GANZ ANDERS ZURÜCKSCHLAGEN."



Im November letzten Jahres hat die Bundesregierung bewiesen, daß sie auch in Deutschland türkische Interessen durchzusetzen vermag, indem sie 35 kurdische Organisationen verbot. Doch dies war nur der Auftakt einer systematischen Kriminalisierungskampagne gegen den kurdischen Widerstand : viele **kurdische Neujahrsfeste in der BRD wurden brutal von der Polizei aufgelöst**, ebenso wie Autobahnblockaden, mit denen KurdInnen auf den Krieg und die deutsche Beteiligung daran aufmerksam machen wollten. Damit soll jeglicher Widerstand gegen die menschenverachtenden Schweinereien Doitschlands im Keim erstickt werden. Das drückt sich in der **"Todesstrafe für nicht-deutsche Verkehrsbehinderung"** aus . Die Herrschenden in Bonn verlangen von der türkischen Regierung nur das Lippenbekenntnis, Abgeschobene nicht zu foltern oder hinzurichten. KurdInnen, die sich gegen diese Schweinereien wehren, sollen so in Folter und Tod "entsorgt" werden.
In Bayern wurden bereits die ersten Ausweisungsbescheide erlassen. Damit ist das Problem dann "beseitigt" und keiner merkt mehr, daß wir an diesem Völkermord mitschuld sind.

KEINE ABSCHIEBUNG DER KURDINNEN UND KURDEN IN FOLTER UND TOD
SOFORTIGE EINSTELLUNG ALLER WAFFENEXPORTE
BLEIBERECHT FÜR ALLE FLÜCHTLINGE
KEIN FRIEDEN MIT DEM TÜRKISCHEN FOLTER- UND DEM DEUTSCHEN ABSCHIEBE-STAAT
FREIHEIT FÜR KURDISTAN

SchülerInnengruppe SPUK

SPUK

(SchülerInnen Plenum Undogmatisch Kreativ)

V.i.S.d.bgl.P. : Arne Meier, Kurfürstendamm 129a,10815 Berlin

SpinnenNetz Berlin

Seit zwei Jahren gibt es, von den meisten unbemerkt, eine SpinnenNetz-Gruppe in Berlin. SpinnenNetz ist der Versuch, ein brd-weites Computernetz aufzubauen, um Gruppen und Strukturen die Möglichkeit zu bieten, sich über dieses Medium zu vernetzen und zu organisieren und/oder Infos auszutauschen.

So setzten wir uns vor zwei Jahren zusammen, um hier in Berlin eine „Schnittstelle" aufzubauen. Zwar kannten sich einige von uns schon vorher, aber wir stellten schnell fest, daß es recht unterschiedliche Auffassungen gab von dem, was ein Computernetz wie Spinnennetz leisten kann und soll. Die anfängliche Euphorie verflog ziemlich schnell angesichts verschiedener technischer Probleme und vor allem angesichts unterschiedlicher politischer Standpunkte und Hintergründe. Erschwerend kam hier in Berlin dazu, daß ein Teil der SpinnenNetzarbeit - nämlich Infos zu beschaffen und zu verbreiten - nicht so nötig ist: es herrscht hier eher eine Informationsflut als ein Mangel. Während wir im technischen Bereich kontinuierliche Fortschritte machten (inzwischen betreiben wir eine eigene Mailbox), wurden inhaltliche Diskussionen um ein Konzept immer wieder abgebrochen und verschoben. Mit der Zeit entwickelte sich jedoch aus unserer Praxis heraus ein Konzept, ohne daß wir es nur in Diskussionen erarbeitet und „beschlossen" hätten.

Inzwischen sind wir wohl etwas realistischer geworden. Das Konzept von SpinnenNetz, neben dem Austausch von Informationen vor allem den Organisierungsprozess voran zu treiben, läßt sich nicht so einfach durch die Installation eines technischen Netzes betreiben.

Natürlich gibt es Vorstellungen und Ideen, was wir mit SpinnenNetz wollen oder welchen Beitrag es in revolutionären Prozessen leisten kann.

Perspektiven

Zum einen ist SpinnenNetz ein Dienstleistungsunternehmen auf dem Gebiet des Informationsaustausches und -beschaffung. -Wir bekommen Nachrichten und Informationen aus der BRD, Europa und von anderswo. Im Moment ist es vielleicht noch nicht allzu viel, aber die Tendenz ist steigend.

- Ebenso können wir Infos/ Nachrichten in die Welt schicken
- Bei „besonderen Ereignissen" (wie z.B. WWG in München, Rostock,...) können durch Computer schneller und ausführlicher Infos weitergegeben werden als durch jedes andere Medium.

Zum anderen wollen wir politisch aktiven Gruppen, die kontinuierlich versuchen, in gesellschaftliche Auseinandersetzungen zu intervenieren, und die Notwendigkeit sehen, sich mit anderen Gruppen zu vernetzen und zu organisieren, in ihrer Arbeit unterstützen. Wir wollen nicht dem ComLink-Netz 'Konkurrenz' machen - auf dem Gebiet der Informationsbeschaffung etwa, sondern den Aufbau einer revolutionären Bewegung mit vorantreiben. Die Grundlage dafür, die politische Diskussion und Organisierung, die jenseits eines Informationsaustauschs liegt, können wir als Spinnennetz allerdings nicht ersetzen. Dies ist keine technische Frage, sondern eine des politischen Willens und der Einsicht in die Notwendigkeit der Diskussion über Strategie und Organisierung einer revolutionären Linken.

Medium Computer

Medium heißt ja wörtlich übersetzt „Mittel", nämlich Mittel zur Kommunikation. Und da gibt es neben dem Computer noch einiges mehr: Gespräche, Briefe, Telefon, Radio, Fernsehen. Computer als Kommunikationsmittel ist noch relativ neu. Als „bessere Schreibmaschine" wird er zwar schon seit ein paar Jahren genutzt, aber erst mit der Entwicklung der DFÜ (Datenfernübertragung durch die Telefonleitung) wurde der Computer auch für viele zu einem Kommunikationsmittel. Jedes Medium hat eine eigen „Kultur", mensch muß lernen, mit dem jeweiligen Medium umzugehen. Z.B. sind seitenlange Diskussionspapiere für eine Zeitung gut geeignet, nicht aber für einen Beitrag im Radio. In Briefen läßt sich wesentlich mehr transpor- tieren als der reine Inhalt des Geschriebenen. Im Vergleich dazu ist der Computer das unsinnlichste Medium, das es gibt. Computer und Computernetze können nie einen Ersatz für die anderen Medien darstellen, sondern nur eine sinnvolle Ergänzung bieten. Wir gehen davon aus, daß Computer - auch innerhalb der Linken- immer verbreiteter werden. In einigen Jahren ist es wahrscheinlich selbstverständlich, daß jede politische Gruppe eine eigene E-mail-Adresse (elektronische Adresse) hat. Was bisher fehlt, ist eine eigene Kultur im Umgang mit diesem Medium.

Als SpinnenNetz haben wir - ohne uns dessen am Anfang bewußt zu sein - eine Vorreiterrolle dafür übernommen. Die Vorstellung, mit dem Computer nur Dinge zu machen, die auf „herkömmlichem" Weg schon seit Jahren geschehen (Infoaustausch, z.B. durch die Infoläden) kann leicht frustrierend werden. Es geht nicht grundsätzlich darum, noch „besser und schneller und mehr" Infos zu verteilen. Die Perspektivlosigkeit innerhalb der Linken hat nichts mit Informationsmangel zu tun. Zudem gibt es - sowohl auf bundesweiter als auch auf internationaler Ebene - viele andere Mailboxnetze, die diesen Bereich besser abdecken können als SpinnenNetz.

Ein wesentlicher Teil der SpinnenNetzarbeit wird darin bestehen, die Möglichkeiten des neuen Mediums zu entdecken, kritisch zu hinterfragen und der linken Öffentlichkeit zugänglich zu machen. SpinnenNetz will der radikalen Linken ein Informationssystem bereitstellen, über das sich politische Gruppen und Kollektive austauschen können. Eine Möglichkeit, die das Medium Computer als einziges Medium bietet wäre z.B. die Einrichtung eines dezentralen elektronischen Archivs. Im Netz könnte es einen Überblick über die Printmedien geben, mit Registern und kurzen Inhaltserklärungen. Zwar wäre so etwas erst einmal viel Arbeit, aber sie würde nur einmal gemacht werden und wäre dann allen zugänglich, die einen Computer und ein Modem besitzen.

Andere Möglichkeiten auf dieser Ebene („elektronischer Infoladen") sind z.B vernetzte Archivarbeit, dezentrale Terminkalender oder Nachfrage- und Infobörse: Recherchen zu einem bestimmten Thema müßten nicht immer wieder bei Null anfangen.

Darüber hinaus eröffnet das Medium Computer weitere (neue) Formen der Kommunikation, die wir heute vielleicht noch nicht einmal erahnen können. Computernetze werden z.B. schon heute als dezentrale Diskussionsforen genutzt, in denen sich eigene Umgangsformen entwickeln.

Die Umsetzung solcher Ideen in die Praxis hängt hauptsächlich von einem Faktor ab: Wie wird solch ein Medium von politisch aktiven Gruppen genutzt und inwieweit sie bereit sind, mit uns zusammen zu arbeiten. Das wiederum ist davon abhängig, ob es gelingt, revolutionäre Perspektiven zu entwickeln. Die Vernetzung durch Computer kann diese Diskussionen nicht ersetzen, Arbeit mit Computern ist keine politische Perspektive an sich. Computer sind und bleiben nicht mehr als ein Mittel und ein Instrument, das wir für unsere politische Arbeit nutzbar machen können. Dabei ist übertriebene Angst ebenso wenig angebracht wie übertriebene Technik-Euphorie. Die Technologie ist ebenso von den Herrschenden gegen uns benutzbar, wie wir sie gegen die Herrschenden einsetzen können!

SpinnenNetz Berlin

DFÜ: Hackerspielwiese oder die Lösung unserer Vernetzungsprobleme ?

INFORMATIONSVERANSTALTUNG

Vom Gebrauchswert von Mailboxen für die politische Arbeit.

Über einen sinnvollen Umgang mit Computern bei der politischen Arbeit gibt es bisher wenig öffentliche Diskussionen. Als „bessere Schreibmaschinen" nutzen wir sie inzwischen fast alle.

Andererseits ist die Unkenntnis noch groß, stehen positive wie negative Mystifikationen und Vorbehalte - begründete und unbegründete - unvermittelt nebeneinander. Und oft genug schlägt die einfache Negation dieser „Technik der Herrschenden" um in eine nicht weniger simple und falsche Euphorie. Computernetze sind dafür, undurchsichtig wie sie sind, ein besonders geeignetes Objekt. Das klingt so nach VERNETZUNG.

Sowohl weltweit als auch in der BRD gibt es inzwischen einige „freie" Computernetzwerke mit den unterschiedlichsten Ausrichtungen. Zwei davon sind SpinnenNetz als brd-weites Netz, sowie ICN als internationales Struktur. Bei unserer Veranstaltung soll es vor allem darum gehen, wie und für wen, bzw. für welche Gruppen eine Nutzung dieser Netze für die politische Arbeit sinnvoll ist.

SpinnenNetz und ICN -Vorstellung / Das Allerwichtigste zur Funktionsweise von Computernetzen / Freie, alternative und linke Netze / Freie Kommunikation und Privatsphäre und das Interesse des Staates, sie abzuschaffen / Risiken, Schwächen und Möglichkeiten von Netzen für die politische Arbeit / Diskussion

6.5.94 19.ooh
Yorckstr.59 HH/II
[U] Yorckstr.

Um die Demonstration am 20.04 hat es kontroverse Diskussionen gegeben. Weite Kreise der "Szene" haben es nicht für notwendig gehalten, die von ImmigrantInnen organisierte Demo zu unterstützen, obwohl ein solidarisches Verhalten der weißen Linken zur Selbstorganisierung der ImmigrantInnen selbstverständlich sein sollte. Eine Diskussion hierüber ist dringend notwendig, deshalb fordern wir Euch auf, den folgenden Beitrag von ImmigrantInnen des "Cafe Morgenlandes" einer größeren Szeneöffentlichkeit zugänglich zu machen.

Die Weizsäckerisierung der Militanz
oder
Die Banalität des Blöden

Die Fakten: seit September letzten Jahres sitzen in Berlin fünf kurdische und türkische Personen in Berlin im Knast. Ihnen wird die gemeinschaftliche Tötung eines Naziführers vorgeworfen.
Der Hintergrund: Das wiedervereinigte Deutschland im vierten Jahr seines Bestehens. Seit der Wiedervereinigung sind über 65 Personen, vor allem MigrantInnen und Flüchtlinge von organisierten (Nazis) und unorganisierten RassistInnen umgebracht worden. Über 6000 "ausländerfeindliche Straftaten" wurden allein im letzten Jahr registriert.
Eine "Zivilgesellschaft", die mit oder ohne Kerzen immer enger zusammenrückt und droht, alle die sich nicht konform geben oder seit jeher als Fremde gelten in völkischen Exzessen zu ersticken.

Genügt diese kurze Szenenbeschreibung oder genügt sie nicht? Scheinbar tut sie's nicht. Längst haben sich die Mehrheitsdeutschen, sofern sie diese Szenerie nicht sogar aktiv mitgestalten, an das etwas verschärfte Klima gewöhnt. Längst sind Meldungen über rassistische und faschistische Angriffe, solange sie ein Normalmaß nicht überschreiten (das ungefähr bei nicht mehr als einem Toten liegt, alle Arten der Körperverletzung mit inbegriffen, seelische Verstümmelungen werden nicht erfaßt) bestenfalls den Abendausgaben der Tageszeitungen zu entnehmen. Und vielleicht braucht man/frau Deutschen ja nicht mitzuteilen, wie sehr die deutsche Mehrheitsbevölkerung im Krieg gelitten hat, wie ungerecht die Alliierten waren. Vielleicht versteht sich das unter Deutschen ja von selbst. Vielleicht fällt auch die Sprache nicht auf, die sorgfältig zwischen Herren- und Untermenschen selektiert. Vielleicht fällt auch nicht auf,wie selbstverständlich in Gesprächen über "uns (=Deutsche)", andere ausgeschlossen werden, so als ob sie nicht existierten. Selbstverständlich erleben Deutsche es nicht, daß sie sich über die Zustände hier im Land nicht beklagen sollten: Sie werden nicht aufgefordert, in ihre vermeintlichen Herkunftsländer zurückzugehen, wenn sie Kritik äußern, sie werden nicht auf die Zustände dort verwiesen, die eineN allemal das Recht einer Kritik der deutschen Verhältnisse entheben. Vielleicht ist es für Deutsche normal hier in ihrem Land mitzuentscheiden, wer hier und unter welchen Bedingungen leben darf. (Wir wollen in diesem Zusammenhang an einen Zeitungsartikel erinnern, aus der *Frankfurter Rundschau* vom 5.3.94: Dort wurde über ein Frauenstadtgespräch zum Thema "Demokratie - Ausgrenzung" referiert. Laut FR brachte eine Teilnehmerin der Veranstaltung das Dilemma der deutschen Frauenbewegung auf den Punkt: *Ist sie bereit zu akzeptieren, daß ein Ausländer, der sich für Klitorisbeschneidungen ausspricht, die deutsche Staatsangehörigkeit erhält?*) Vielleicht ist es genau so normal darüber zu entscheiden, wer hier was veröffentlichen darf (natürlich nur falls diese Person nicht die deutsche Staatsangehörigkeit und einige weitere notwendige Attribute, d.h. christliche Sozialisation und weiße Haut mit sich bringt).

Dies ist nur ein kleiner Teil der Realität, wie sie sich uns manifestiert. Selbstverständlich ist das alles nicht neu, sicher erinnert man/frau sich. Es scheint dennoch immer wieder nötig, um vielleicht zumindest ein wenig zum Verständnis unserer Be- und Empfindlichkeiten beizutragen.

Nun sitzen also GenossInnen im Knast, die sich aus den gleichen Be- und Empfindlichkeiten heraus, der Selbstorganisation von MigrantInnen verschrieben haben. Aus diesem gemeinsamen Widerstand heraus ist ihnen unsere Solidarität gewiß.
Wir haben, wenn wir hier UNVERSEHRT überleben wollen keine Wahl. Der Kampf, den wir führen müssen, ist nicht nur Abwehrkampf. Wir kämpfen dafür, hier im Land der Deutschen unsere Existenz frei*er* bestimmen zu können. Über mehr brauchen wir derzeit nicht zu reden. Bereits dies scheint zunächst pure Utopie.
Es ist absolut klar, daß die Inhaftierten ihre Prozeßstrategie selbst bestimmen müssen. Deswegen, aber natürlich auch weil wir zu den Vorwürfen selbst nichts wissen, werden wir uns dazu jetzt nicht äußern.

Dennoch wird uns die Diskussion aufgezwungen. So geschah es in Berlin bei Solidaritätsveranstaltungen, so geschah es auch bei der Veranstaltung im KOZ/Frankfurt. In dieser Diskussion gab es grob zwei Stränge. Der eine Strang ist das in der letzten Zeit nicht mehr gemeinsam diskutierte

"Problem" der Selbstorganisation von MigrantInnen. Diese gilt nach wie vor, zumindest unter großen Teilen der Linken,als ein politischer Fehler, zumal "WIR dadurch rassistische Sprech- und Denkweise reproduzieren"!!! Zitat: "Daran orientiert ist die Setzung des 'MigrantInnen-Wirs' eine Annahme der. von rassistisch denkenden Leuten vorgenommenen Definition von 'den Deutschen' und 'den Anderen'. Denn auch eine Wendung und Gegenbesetzung impliziert die Anerkennung der zugrunde liegenden Konstruktion.
...Zum anderen reproduzieren sie zum Zweck dieser Denunziation der Gewalt, die den - von ihnen beschriebenen - rassistischen Verhältnissen zugrunde liegenden Sprech- und Denkweise." (Lupus-Gruppe, Geschichte, Rassismus und das Boot, S. 137/138.).
Nach solchen Unterstellungen ist der Schritt zur "Liquidierung" von Nazis dann nur noch die logische Schlußfolgerung, indem wir auch noch ihre Handlungen reproduzieren, wie die Fragestellung in der Veranstaltung implizierte. Wobei auch diese Unterstellung nicht ganz neu ist.
Es ist nicht lange her als uns vorgeworfen wurde, "Wir wollen das deutsche Volk vernichten", weil wir das Existenzrecht dieses Landes in Frage stellen! (Autonome Alpträume oder die Banalität des Blöden?).

In diesem Zusammenhang scheint es nicht einmal notwendig, die frühere "gemeinsame" politische Praxis und den Prozeß der Trennung, die wir letztlich vollzogen haben, zu reflektieren.

Nach wie vor leugnet die Szene die politischen Gründe, die uns dazu gebracht haben, uns zumindest bis auf weiteres von einer gemeinsamen politischen Arbeit zu verabschieden. Während die politische Eigenständigkeit deutscher Frauen mittlerweile wenigstens hingenommen wird, wird unser Ansatz im Namen von eineinhalb Hauptwidersprüchen diskreditiert. Wir bleiben dabei: solange die deutsche Linke unsere politische Eigenständigkeit nicht respektiert, sehen wir keine Grundlage für eine gemeinsame Arbeit.

Der zweite Punkt hängt direkt mit ersterem zusammen: Wenn unsere politische Eigenständigkeit nicht als selbstverständlich gilt, ist es auch nicht nötig die politische Bestimmung unseres Kampfes ernstzunehmen. Sollte die deutsche autonome/antifaschistische/ feministische oder wie auch immer Linke Probleme mit unserem Ansatz haben, so ist es absolut legitim, sich unter einem anderen Motto in Solidarität zu den Inhaftierten zu organisieren. Inwieweit sich dann beide Bewegungen auch gemeinsam verhalten oder sich zumindest aufeinander beziehen können, ist eine andere Sache.

Was wir allerdings nicht akzeptieren können, ist, daß mit der plumpen Rechtfertigung, daß man/frau sich gemeinsam organisieren müsse unsere Inhalte in Frage gestellt werden. Obwohl auch wir uns jedesmal vergewissern müssen, daß vieles - wenn auch nicht alles - in der unterschiedlichen Wahrnehmung der Realität, sich an der Frage der Zugehörigkeit zur Mehrheitsbevölkerung festmacht, scheint sich dieser böse Verdacht immer wieder zu bestätigen.

Für uns ist die Frage der Gegenwehr gegen Nazis und RassistInnen eine Überlebensfrage. Wir bestimmen damit ob und wieweit wir uns hier bewegen können. Und dies ist nicht einmal eine Frage der politischen Positionsbestimmung. Unsere Existenz hier hängt von ein paar Papieren und dem Wohlwollen unserer "lieben MitbürgerInnen" ab. Auf letzteres können wir uns erst recht nicht verlassen. Und egal wie überzogen das für euch klingen mag: selbst mit ein bißchen Rassismus ist das Leben unerträglich. Genau das beanspruchen wir, und dafür werden wir kämpfen. Es geht uns um unsere physische aber auch psychische und moralische Integrität. Wir werden nicht gesenkten Hauptes durch die Straßen schleichen, wir werden abends nicht neben dem Feuerlöscher verharren, sondern wir werden, wo und wann immer wir dazu in der Lage sind zurückschlagen.

Was stellt ihr Euch vor? Sollen wir versuchen auf angreifende Nazis pädagogisch einzuwirken? Sollen wir der Oma, die nach fünfzig Jahren immer noch stolz ist auf das Hakenkreuz in ihrem Führerschein Geschichtsunterricht erteilen? Dafür ist es längst zu spät. JedeR MigrantIn und jeder Flüchtling muß für sich selbst entscheiden, wozu sie/er in der Lage ist.

Selbstverständlich ist es weitsichtiger, wenn man/frau seine/ihre Wahl der Mittel davon abhängig macht, ob eine Bewegung auch in der Lage ist, die zu erwartenden Repression zu ertragen. Dies zu

entscheiden wäre allerdings nur dann möglich, wenn es eine Wahl des Zeitpunkts und der Mittel gäbe. So wie die Dinge stehen, liegt es an uns, die Solidarität in jedem Fall so gut und so offensiv wie möglich zu organisieren. Diejenigen, die das nicht verstehen können, haben die Lage offensichtlich nicht erkannt.
Diejenigen die auf unseren Rücken ihr "Lieblingsthema", die Gewaltfrage (zum x-ten mal) diskutieren wollen, sind gut beraten dies unter sich zu tun. WIR WERDEN UNS IN DER ZUKUNFT SOLCHEN DISKUSSIONEN ENTZIEHEN. DAS THEMA "GEWALT" STELLT SICH FÜR UNS NICHT ALS FRAGE!

Es geht uns nicht darum zur Liquidierung der Nazis aufzurufen. Und zwar aus folgenden Gründen:

1) Sind wir dazu längst nicht in der Lage.
2) Wäre es kein politisches Ziel. Wenn wir davon ausgehen würden, daß die Nazis eine isolierte und abgeschottete Struktur darstellen, könnten wir dann davon ausgehen, daß danach die direkte physische Bedrohung für das Überleben vielleicht weg wäre.
Dem ist es aber nicht so. Wer unsere Meinung über dieses Volk, seine Taten und seine Fähigkeiten kennt, weiß wie wir darüber denken: Ein LEBEN hier ist nur möglich, wenn sich das gesellschaftliche Klima hier grundlegend verändert. Wir müssen die rassistische Norm durchbrechen. In Rostock und Mannheim haben die organisierten Väter, KaninchenzüchterInnen, GewerkschaftlerInnen, Kegel-freundInnen und Hausfrauenvereine längst bewiesen, zu was sie auch ohne ihre Avantgarde alleine in der Lage sind.

Während auf der ganzen Welt, Menschen nach Gründen suchen, warum sie jemanden umbringen (politische, persönliche Anfeindung, Eifersucht usw.), läuft es bei dieser Population umgekehrt: sie müssen nach Gründen suchen warum sie jemanden NICHT umbringen sollen (nützlich, nett, noch ein Kind usw.).

3) Wenn nun moralische Empörung angesichts des Todes eines Naziführers geäußert wird, da der Verzicht auf Gewalt gegen Menschen zum Grundverständnis der autonomen Bewegung gehöre, wird die gesellschaftliche Dimension schlichtweg verkannt: Noch mal, wir leben in einer Gesellschaft, in der ein großes Maß an Verständnis, ja an Zustimmung für die Ermordung von Flüchtlingen und MigrantInnen existiert, deren Legitimation für diese Handlungen von den etablierten Parteien bis hin zu linken PublizistInnen und SozialarbeiterInnen mitgeliefert wird. Ein noch größeres Verständnis und Mit-leid erfahren die TäterInnen und das bis hin in linksradikale Zusammenhänge hinein. So haben Nazis und RassistInnen kaum etwas zu befürchten. Wenn in dieser Situation Nazis angegriffen werden und dabei umkommen sollten, ist damit längst nicht die Machtfrage gestellt. Wir fragen zurück, und dies soll uns jetzt bitte nicht als Diffamierung ausgelegt werden: Was beinhaltet die Parole "Vergewaltiger, wir kriegen euch." Genau wie (ausländische und deutsche) Frauen, die sich gegen Vergewaltiger zur Wehr setzen, dies nicht tun, weil sie Spaß an Gewalt haben, so erfahren auch MigrantInnen nicht die Erfüllung ihrer Träume, wenn sie sich gegen Nazis wehren. Es geht somit nicht um die Frage nach der revolutionären Moral. Diese kommt erst dann zum Zuge, wenn es eine Wahl gibt. Und über diese Situation, d.h. was wir mit den drei verbleibenden Nazis nach der Revolution (die in Deutschland nicht stattfinden wird, weil es verboten ist) machen, brauchen wir heute nicht zu diskutieren.

Die Wahl der Mittel liegt in der Hand der Angegriffenen. Im Interesse unseres eigenen Überlebens müssen wir auch die aktive Rolle übernehmen, wann immer wir dazu in der Lage sind.

Eins ist dabei ganz sicher: Unsere Handlungen werden wir nicht durch den "Autonomen-TÜV" genehmigen lassen!

In diesem Sinne, *"Wenn RassistInnen angreifen, sorg dafür, daß sie es NIE WIEDER TUN!"*

Solidarität mit den inhaftierten und verfolgten MigrantInnen in Berlin!

Cafe Morgenland 27.03.1994

Mexiko: **Der Kampf innerhalb des Kampfes**

Interview mit den Delegiertinnen der Zapatistas, Comandante Ramona und Comandante Ana Maria, die am Dialog zwischen der Regierung und dem EZLN in San Cristobal, Chiapas, teilgenommen haben.

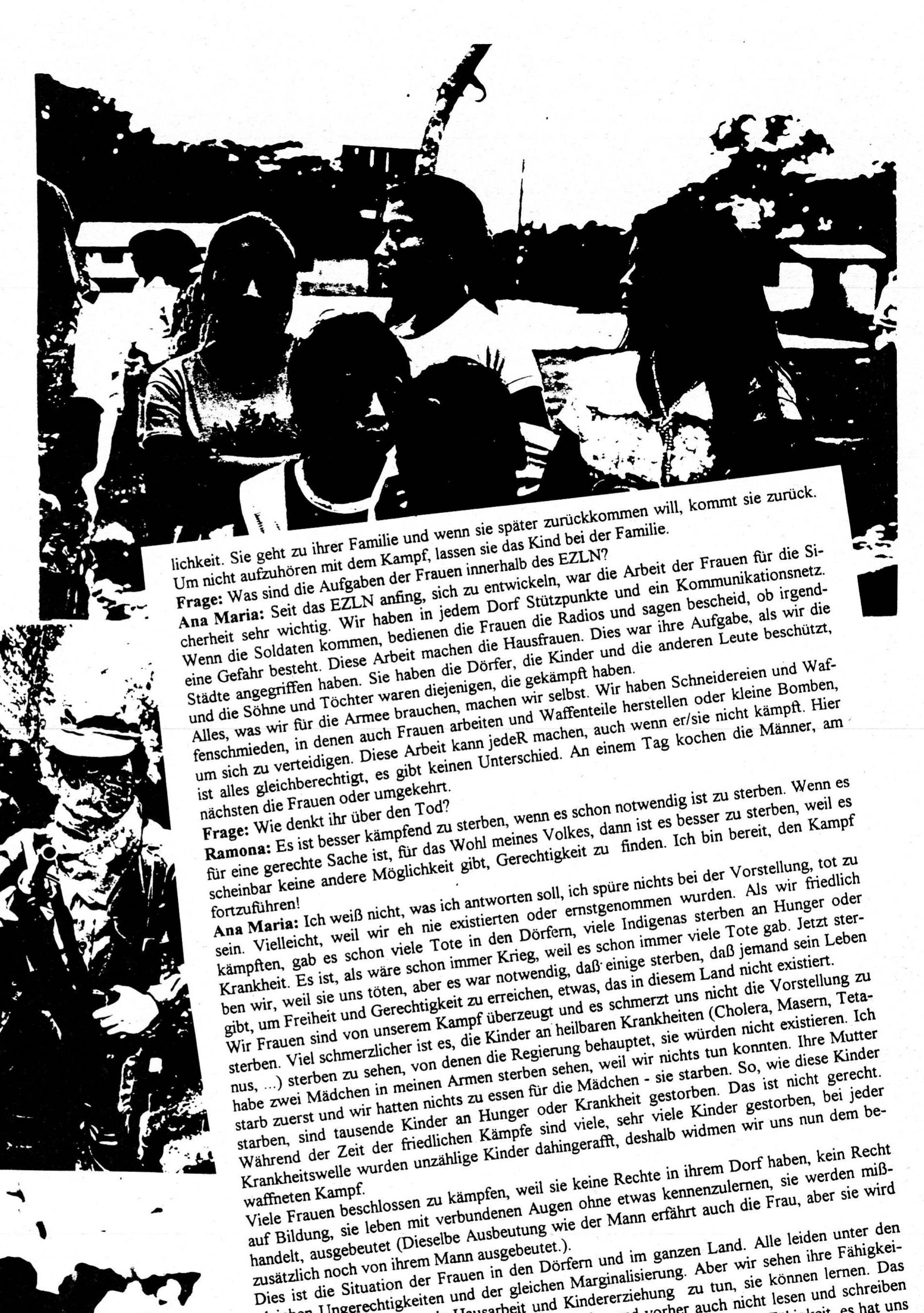
Sie representieren die Frauen der Stämme der Tzotzil, Tzeltales, Tojolabales und Choles. Ramona ist eine Tzotzil und vertritt das Komitee der Frauen der indigenen Gemeinden. Ana Maria vom selben Stamm ist Infanteriemayor der Aufständischen. Sie kommt im Namen der kämpfenden Frauen und hat eintausend bewaffnete KämpferInnen unter ihrem Befehl. Ramona hat eine politische Aufgabe und lebt in ihrem Dorf, Ana Maria widmet ih Leben seit zehn Jahren dem Kampf, sie lebt in den Bergen. Beide sitzen an einem Tisch - ihre schwarzen Sturmhauben heben sich stark vom hellen Hintergrund der Virgen del Rayo (Jungfrau des Blitzes) ab. Sie erzählen ihre Geschichte und von ihren Gründen für den Kampf. Javier, ein anderer Delegierter des Geheimen Revolutionären Komitee der Indigenas (CCRI) ist der Übersetzer für Ramona, die kein Spanisch spricht.
Diese Frauen erzählen, wie sie mit den Traditionen in ihren Dörfern gebrochen haben und anfingen, sich an der politischen und militärischen Arbeit des EZLN zu beteiligen, wie sich die Frauen zusammengeschlossen haben, um für ihre Rechte zu kämpfen, wie diese Revolution entstand, indem sie gemeinsam diskutierten und kollektiv das Recht der Frauen beschlossen, das am 1. Januar verkündet wurde. Es gibt ihnen dieselben Rechte wie den Männern und verteidigt ihre Forderungen . Einige der compañeros weigerten sich, das Gesetz zu aktzeptieren, doch die Frauen wehrten sich und setzten ihre Forderungen durch. Am 8. März 93 haben sie es nach einer Umfrage in allen Dörfern geschafft, daß das CCRI ihr Gesetzt annimmt. Viele Männer hat es überrascht, da es mit einer Tradition brach, die die Frauen marginalisierte und fernhielt von politischen Angelegenheiten. Dieser Tag war ein Festtag der Frauen, sie sangen, tanzten und schrien. Sie hatten ihren Kampf innerhalb des Kampfes gewonnen, es war ein Ereignis und verwandelte das Leben aller.

Frage: Wie begann die Beteiligung der Frauen an der Bewegung des Zapatistas?
Ramona: Als die ihre Situation erkannten und verändern wollten , begannen die Frauen sich zu beteiligen, sie wurden ja nie berücksichtigt. Auch wenn sich nicht so viele Frauen direkt am bewaffneten Kampf beteiligen, so tun sie es in ihren Gemeinden. die Forderungen der Frauen wurden zwar nie ernst genommen, aber wir fordern trotzdem Respekt, Gerechtigkeit und Demokratie. Wir leben noch schlechter als die Indigenas, für uns gibt es keinen Respekt. Wir wollen in Würde leben, brauchen spezielle Geburtskliniken und wissen nicht, wo wir uns hinwenden können, es gibt keine Krankenhäuser und keine Ärzte. Für uns gibt es keine Bildung, keine Nahrungsmittel, es gibt keine Straßen und keine Hilfsleistungen. Es gibt die Hoffnung, die Situation zu verändern, das ist es, was wir fordern und warum wir uns beteiligen.
Ana Maria: Männer und Frauen kämpfen für das Land, es ist die Hauptforderung von uns allen. Auch wenn die Frauen nicht die meiste Zeit auf dem Feld verbringen, kann der Bauer nicht ohne Felder leben. Innerhalb des Forderungskatalogs gibt es einen speziellen Punkt von den Frauen - es gibt eben Sachen, die den Männern nicht einfallen, es fallen ihnen einige Sachen einfach nicht ein, die wir Frauen brauchen, weil sie nur ihre Sachen sehen und nicht nach der Meinung der Frau fragen. So entstanden unsere Forderungen, darunter die, daß die Frauen spezielle Schulen brauchen, in denen sie lernen können - auch wenn sie schon älter sind, wollen viele lesen und schreiben lernen. Wir fordern ein Geburtshaus, weil eine Geburt dort leichter ist. Zu hause liegt das Neugeborene auf dem Boden im Staub. Die Nabelschnur wird mit der Machete durchtrennt, die der Mann zur Arbeit benutzt. Dies alles geschieht unter sehr schlechten Bedingungen, die Leute besitzen nicht die notwendigen Materialien, damit das Kind nicht krank wird oder um die Frau richtig zu versorgen - es werden Gynäkologen verlangt. Außerdem fordern sie Werkstätten und Maschinen, um die Handarbeit, die Stickereien, die sie nur

mit der Hand machen, zu erleichtern und einen Markt auf dem sie ihre Handarbeiten verkaufen können, weil die Besitzer der Kunsthandwerksläden in den Städten nur sehr schlecht zahlen.
Die indigenen Frauen wurden sehr mißhandelt, es gibt viel Ungerechtigkeit und Diskriminierung, viel Rassismus - am meisten werden sie in San Cristobal erniedrigt. Noch eine Forderung sind Kindergärten, Vorschulen und Nahrungsmittel für die am Hunger sterbenden Kinder. In den Gesetzen der Regierung gibt es nicht das Recht der Frauen, Land zu besitzen, aber innerhalb unserer Rechte schon, und wir wollen, daß sie anerkannt werden. Wir wollen Land besitzen, und zwar gutes Ackerland, nicht die Steinhaufen, die wir jetzt haben.
Ramona erzählt, daß vorher die Frauen nicht ernst genommen wurden, als in den Gemeinden über den Kampf geredet wurde. Es war eine jahrhundertealte Unterdrückung aus Gewohnheit, aber als die Dörfer sich nach und nach organisierten, begannen die Frauen sich bewußt zu werden, daß auch sie sich organisieren müssen. Anschließend erwarben sie sich das Recht mitzumachen wie die Männer. Vorher durften die Frauen noch nicht mal an den Versammlungen teilnehmen, aber sie kamen zusammen, lernten und nahmen an der Bewegung teil. Sie kämpften weiter und weiter, bis sie ein Revolutionäres Gesetz der Frau verlangten.
Ana Maria: Wir protestierten, weil es kein Gesetz für die Frauen gab. Einige compañeras machten einen Entwurf, er wurde in einer Sitzung des Komitees verlesen und niemand protestierte. Nun ging er in die einzelnen Gemeinden. Dort wurde er mit den anderen Frauen diskutiert, es wurden die Vorschläge und Meinungen gesammelt - und es entstand das Gesetz der Frau.
Frage: Wie leben die indigenen Frauen?
Ana Maria: Die Frau hat keine Ruhe, sie arbeitet den ganzen Tag. die Frau auf dem Land steht morgens um drei Uhr auf, um das Essen zu machen, das Frühstück für die Männer. Sie braucht Holz, sie geht und holt das Holz, sie geht und holt den Mais, immer mit dem Kind auf dem Rücken oder an der Brust. Sie kommt zurück, bereitet das Essen zu und kümmert sich um die Arbeiten im Haus. so verbringt sie den ganzen Tag, von Montag bis Sonntag. Die Männer können sich wenigstens am Sonntag ausruhen, Karten oder Basketball spielen, aber die Frauen nicht, sie arbeiten den ganzen Tag, die ganze Woche ohne Pause. Sie haben keine Vergnügungen - nichts.
Ramona: Die Frau hat weniger Zugang zur Schule und Vergnügungen. Von klein auf fangen wir an, die Brüder rumzuschleppen, helfen wir, den Mais zu mahlen, Tortillas zu machen, das Haus zu fegen oder zu waschen. Wenn die Mutter ihr Baby zu hause lassen muß, muß die größere Schwester auf es aufpassen, und so kann sie nicht zur Schule gehen. So ist es auch mir passiert. Die Frauen heiraten mit dreizehn oder vierzehn Jahren, durch die Familie und Bräuche gezwungen, obwohl sie nicht wollen. Deshalb steht im Gesetz der Frauen das Recht auf freie Partnerwahl. Dieses Gesetz wurde beschlossen, weil wenn in den indigenen Gemeinden einem Jungen ein Mädchen gefällt, geht dieser nicht zu ihr hin, sondern bringt dem Vater eine Flasche Schnaps oder etwas zu essen und wenn der Vater annnimmt, ist das Mädchen verkauft, ist die Tochter gezwungen zu heriaten, gegen ihren Willen. viele Frauen gehen heulend zum Haus des Bräutigams oder in die Kirche. Im Dorf kannst du mit niemandem zusammensein, wenn du nicht verheiratet bist, es ist eine Sünde und gegen den Brauch. Wenn es entdeckt wird, werden beide bestraft, sie werden ins Gefängnis gesteckt oder an die Pfosten des Basketballfeldes gebunden, is die Gemeinschaft meint, sie wären genug bestraft.
Frage: Wie seid ihr zum EZLN gekommen?
Ramona: Ich kam dazu, beim bewaffneten Kampf mitzumachen, als ich mein Dorf verließ, um aus der Not heraus Arbeit zu suchen, es gab nichts zum Leben. Als ich in die Stadt kam, begriff ich langsam die Situation der Frauen auf dem Land un daß sie dort nicht dieselbe ist. Ich begann mir langsam bewußt zu werden, daß wir uns organisieren müssenm, weil mensch in den Städten die Indigenas nicht respektiert. Sie nehmen uns nicht ernst, wenn wir unsere Produkte verkaufen wollen, sie bezahlen uns nicht gut, wir verschenken unsere Sachen fast. Wir können in der Stadt nicht alleine gehen, werden verachtet und übergangen. Dadurch wurde mir vieles bewußt.

Ana Maria: Ich kam schon sehr jung dazu, war vierzehn Jahre alt. Einige compañeros, die etwas mehr Erfahrung hatten, lehrten uns die ersten Buchstaben. Sie lehrten uns lesen und schreiben, danach begannen sie, uns Kampftechniken beizubringen, später Politik, um mit der Bevölkerung reden zu können und ihnen den Grund für unseren Kampf zu erklären. So lernte ich nach und nach, es dauerte Jahre und ist eine lange Geschichte. Schon als kleines Kind nahm ich mit meinen Eltern an politischen Kämpfen teil, wir gingen immer zu den Märschen. Sie waren mit anderen Leuten zusammen in einer Organisation. Wir Kinder gingen auch mit und so kam es, daß ich schon mit acht Jahren an den Märschen und Versammlungen teilnahm. So entwickelte ich Bewußtsein und sammelte Erfahrungen. Es kam der Moment, in dem das Volk merkte, daß die Regierung nicht auf ihre Forderungen reagierte. Dann begann dasselbe Volk, den bewaffneten Kampf vorzubereiten.
Während der friedlichen Kämpfe nachdem die Forderungen nicht erfüllt wurden, besetzten sie Ländereien - es kamen die Soldaten und räumten sie mit Gewalt, mit Schlägen, Folter und Unterdrückung. Nach so viel Repression haben wir gesagt: "Wir müssen uns bewaffnen, wir müssen uns verteidigen." Wenn die Regierung keine friedliche Lösung will, dann eben eine gewalttätige. so fing alles an. Am Anfang, vor zehn Jahren, waren wir zwei Frauen im EZLN, es war klein, wir waren zwischen acht und zehn Leuten. Nach und nach kamen mehr dazu, sie verstanden die Probleme und die Notwendigkeit. Es füllten sich die Reihen von alleine, bis wir eine Kompanie bilden konnten, später ein Batalllion, danch ein Regiment und noch mehr. Jetzt kam der Moment, in dem die Leute merkten, daß wir stark genug sind, und das Volk beschloß, den bewaffneten Kampf zu beginnen. Die Frauen begannen sich zu beteiligen, weil sie uns im EZLN mitmachen sahen. Sie begannen ihre Töchter anzulernen, ihre Schwestern und Enkelinnen und sie sagten ihnen, nehmt lieber eine Waffe und geht kämpfen. Es gibt ungefähr 20 oder 30 % Frauen im EZLN. Wir Frauen machen dasselbe wie die Männer: Wir lernen kämpfen und machen politische Arbeit in den Dörfern. In jedem Dorf bilden wir Frauengruppen und organisieren Gemeinschaftsarbeit. In der Bildung bringen die, die schon etwas weiter sind, den anderen lesen und schreiben bei. Diese Arbeit braucht Jahre.
Viele Compañeras würden gerne beim bewaffneten Kampf mitmachen, aber sie sind verheiratet und haben Kinder. Jetzt machen sie auch mit, aber nicht mit der Waffe. Die Arbeit der Frauen in den Dörfern ist es, sich in Frauengruppen zu organisieren, Gemeinschaftsarbeit, Lerngruppen einzuberufen und dem Ejercito Zapatista zu helfen, weil die eigenen Söhnen und Brüder dabei sind, weil alle miteinander verwandt sind und sich darum kümmern, daß sie in den Bergen Essen haben. Ihre Arbeit ist es, Tortillas, Pinole und Pozol zu machen, Gemüse anzubauen und die Sachen in die Zeltlagert zu bringen. Sie teilen sich die Arbeit und organisieren sich. Wir jungen Frauen kämpfen und die Alten passen auf die Kinder auf.
Frage: Du bist Aufständische und Ramona politische Vertreterin. Was ist der Unterschied?
Ana Maria: Es gibt keinen Unterschied, wir sind im selben Kampf, sind Teil des EZLN. Der Unterschied ist, daß eine Aufständische ("insurgente") ihre Familie verläßt, sie lebt nicht mehr mit ihnen, widmet ihr ganzes Leben dem Kampf. Sie sieht ihre Familie nicht mehr und hilft ihr auch nicht bei der Arbeit.
Ramona dagegen lebt in ihrem Dorf, sie vertritt verschieden Frauengruppen und arbeitet dort, wo sie lebt. Ich lebe mit den anderen Aufständischen und meine Arbeit besteht darin, mein ganzes Leben der Revolution zu widmen. Unser Kampf ist der gleiche wie der der Männer, es ist unser aller Kampf. Obwohl es vorher nur gemeinsame Forderungen gab, haben wir jetzt eine für die Frauen gemacht.
Frage: Wie kam das mit dem Kampf innerhalb des Kampfes, damit eure Forderungen anerkannt wurden?
Ramona: Als wir merkten, daß die Frauen nicht teilnehmen durften, wir in den Versammlungen und Plenas nicht ernst genommen wurden, dachte ich - was kann ich tun? So begann ich mitzumachen - zu reden und zu organisieren. Die Frauen begannen sich ihrer Situation bewußt zu werden und erkannten die Notwendigkeit, Vertreterinnen zu ernennen. wir merkten, daß wir in der Lage waren mitzumachen und kamen mit der Frauenarbeit gut voran. So wurde ich zur Vertreterin im Geheimen Revolutionären Komitee der Indigenas ernannt. Im CCRI vertrete

ich viele Frauen und meine Arbeit besteht darin, die Nachrichten der Organisation den Frauen meiner Sprache mitzuteilen.
Ana Maria: In unserer Organisation respektieren sich die kämpfenden Männer und Frauen, aber in den Dörfern herrscht immer noch die Ideologie, daß Mann Frau mißhandeln darf. Bei den Kämpfenden kann eine Frau den gleichen Rang haben wie ein Mann. Ich habe den Rang eines Infanteriemayors in der Armee der Aufständischen und befehlige ein Battallion Kämpfender. Wenn die Compañeros zum Ejercito Zapatista kommen, werden sie geschult, mensch lehrt ihnen Disziplin und Gemeinschaftssinn. Uns Frauen nehmen sie gut auf, wir werden mit Respekt behandelt und sie geben uns einen besonderen Platz. Innerhalb der Gemeinden haben wir auch daran gearbeitet. Wir "Aufständischen" gehen in die Dörfer und lehren die Leute Gleichheit und Gemeinschaftssinn, daß sie die Frauen nicht schlecht behandeln sollen, sondern ihnen die Möglichkeit zum lernen geben.
Ramona fiel es sehr schwer, innerhalb der Gemeinde Verantwortung zu haben, da die Männer an eine andere Situation gewohnt waren. Anfangs waren nur Männer in den Versammlungen und Studienzirkeln, die wir veranstalten. Die Frauen begannen sich zu beschweren - die Männer können lernen, warum wir nicht? Zum Beispiel gingen die Männer zu ihren Übungen, da sagten die Frauen, warum gehen nur die Männer trainieren, wir wollen auch kämpfen lernen. So kommen viele "milicianas" zu uns, sie leben in ihren Dörfern und wenn sie zum kämpfen kommen sollen, kommen sie. Wir "Aufständischen" (insurgentes) verteilen uns auf die Dörfer, um ihnen Kampftechniken, etwas Politik und Schulbildung beizubringen. Sie lernen, sich zu verteidigen und zu reden, denn vorher gab es so etwas nicht, schon gar nicht für die Frauen. Die Compañera Ramona z.B. ist hier und redet, sie redet in ihrer Sprache, weil sie nicht so gut Spanisch spricht, aber sie vertritt die Frauen ihres Volkes.
Ich wurde von meiner Einheit als Vertreterin für den Dialog in San Cristobal ernannt. Genauso war es bei Ramona. Viele sagen Comandante zu ihr, weil sie zu der Comandancia General (Volksvertretung/CCRI) gehört, aber es ist keine Rangbezeichnung, weil die Mitglieder der Comandancia General keine Militärs sind. Die Tatsache, daß wir "insurgentes" Ränge haben, bedeutet nicht, daß wir die Comandancia General befehligen, sondern sie bestimmen, was wir tun sollen. Die Comandancia General entscheidet ob wir kämpfen sollen. Sie befragen das Volk, und wenn das Volk sagt, macht dies oder das, so machen wir es.
Frage: Wie ist die Liebe unter den "insurgentes"?
Ana Maria: Wir haben Recht, in dieser Beziehung praktizieren wir die Gleichheit und werden respektiert. Wenn eine Frau heiraten möchte, weil ihr ein Compañero gefällt, geht sie zum/zur Vorgesetzten und fragt, ob sie heiraten können. Bei den Männern ist es genauso, er muß um Erlaubnis fragen. Der/die Befehlshaberin entscheidet ob ja oder nein, ob der Mann/die Frau nicht schon mit jemandem zusammen ist.
Frage: Bist du verheiratet?
Ana Maria: Mmmh, ich weiß nicht.
Frage: Bist du mit jemandem zusammen?
Ana Maria: Ja, ich bin mit jemandem zusammen.
Frage: Und du, Ramona, bist du mit jemandem zusammen?
Ramona: Ja, ich bin auch mit jemandem zusammen.
Ana Maria: Es gibt die Möglichkeit, uns eine Weile kennenzulernen, zusammenzusein und wenn mensch möchte zu heiraten. Innerhalb des EZLN gibt es eine Heiratszeremonie. Es kommen alle zusammen und der/die BefehlshaberIn gibt allen bekannt, wer heiraten möchte. Anschließend gibt es zwei Zeremonien: Wenn das Paar ein Papier unterschreiben möchte, schreibt der/die BefehlshaberIn die Heiratwsurkunde und beide unterschreiben. Ansonsten bitten die beiden um Erlaubnis, zusammen sein zu dürfen, dies nennen wir dann Vereinigung (union). Wenn jemand religiös ist, kann das Paar auch vor dem Traualtar heiraten.
Wir "insurgentes" können keine Kinder bekommen, weil wir die ganze Zeit arbeiten und uns von hier nach dort bewegen müssen. Unsere Arbeit besteht darin, für das Volk zu kämpfen, wir können nicht das Leben eines Kindes in den Bergen aufs Spiel setzen. Wir betreiben Familienplanung. Abert wenn eine Compañera unbedingt ein Kind möchte, gibt mensch ihr die Mög-



lichkeit. Sie geht zu ihrer Familie und wenn sie später zurückkommen will, kommt sie zurück. Um nicht aufzuhören mit dem Kampf, lassen sie das Kind bei der Familie.

Frage: Was sind die Aufgaben der Frauen innerhalb des EZLN?

Ana Maria: Seit das EZLN anfing, sich zu entwickeln, war die Arbeit der Frauen für die Sicherheit sehr wichtig. Wir haben in jedem Dorf Stützpunkte und ein Kommunikationsnetz. Wenn die Soldaten kommen, bedienen die Frauen die Radios und sagen bescheid, ob irgendeine Gefahr besteht. Diese Arbeit machen die Hausfrauen. Dies war ihre Aufgabe, als wir die Städte angegriffen haben. Sie haben die Dörfer, die Kinder und die anderen Leute beschützt, und die Söhne und Töchter waren diejenigen, die gekämpft haben.

Alles, was wir für die Armee brauchen, machen wir selbst. Wir haben Schneidereien und Waffenschmieden, in denen auch Frauen arbeiten und Waffenteile herstellen oder kleine Bomben, um sich zu verteidigen. Diese Arbeit kann jedeR machen, auch wenn er/sie nicht kämpft. Hier ist alles gleichberechtigt, es gibt keinen Unterschied. An einem Tag kochen die Männer, am nächsten die Frauen oder umgekehrt.

Frage: Wie denkt ihr über den Tod?

Ramona: Es ist besser kämpfend zu sterben, wenn es schon notwendig ist zu sterben. Wenn es für eine gerechte Sache ist, für das Wohl meines Volkes, dann ist es besser zu sterben, weil es scheinbar keine andere Möglichkeit gibt, Gerechtigkeit zu finden. Ich bin bereit, den Kampf fortzuführen!

Ana Maria: Ich weiß nicht, was ich antworten soll, ich spüre nichts bei der Vorstellung, tot zu sein. Vielleicht, weil wir eh nie existierten oder ernstgenommen wurden. Als wir friedlich kämpften, gab es schon viele Tote in den Dörfern, viele Indigenas sterben an Hunger oder Krankheit. Es ist, als wäre schon immer Krieg, weil es schon immer viele Tote gab. Jetzt sterben wir, weil sie uns töten, aber es war notwendig, daß einige sterben, daß jemand sein Leben gibt, um Freiheit und Gerechtigkeit zu erreichen, etwas, das in diesem Land nicht existiert.

Wir Frauen sind von unserem Kampf überzeugt und es schmerzt uns nicht die Vorstellung zu sterben. Viel schmerzlicher ist es, die Kinder an heilbaren Krankheiten (Cholera, Masern, Tetanus, ...) sterben zu sehen, von denen die Regierung behauptet, sie würden nicht existieren. Ich habe zwei Mädchen in meinen Armen sterben sehen, weil wir nichts tun konnten. Ihre Mutter starb zuerst und wir hatten nichts zu essen für die Mädchen - sie starben. So, wie diese Kinder starben, sind tausende Kinder an Hunger oder Krankheit gestorben. Das ist nicht gerecht. Während der Zeit der friedlichen Kämpfe sind viele, sehr viele Kinder gestorben, bei jeder Krankheitswelle wurden unzählige Kinder dahingerafft, deshalb widmen wir uns nun dem bewaffneten Kampf.

Viele Frauen beschlossen zu kämpfen, weil sie keine Rechte in ihrem Dorf haben, kein Recht auf Bildung, sie leben mit verbundenen Augen ohne etwas kennenzulernen, sie werden mißhandelt, ausgebeutet (Dieselbe Ausbeutung wie der Mann erfährt auch die Frau, aber sie wird zusätzlich noch von ihrem Mann ausgebeutet.).

Dies ist die Situation der Frauen in den Dörfern und im ganzen Land. Alle leiden unter den gleichen Ungerechtigkeiten und der gleichen Marginalisierung. Aber wir sehen ihre Fähigkeiten, auch andere Dinge als Hausarbeit und Kindererziehung zu tun, sie können lernen. Das wissen wir, die wir uns in diesem Kampf befinden und vorher auch nicht lesen und schreiben konnten, es aber gelernt haben. Wir können viele Dinge tun, wir haben die Fähigkeit, es hat uns nur nie jemand gezeigt, uns die Möglichkeit zum Lernen gegeben, das Recht, etwas zu tun. Sie haben uns immer nur als Objekt behandelt, wie etwas das nicht viel wert ist - darum nehmen wir auch an diesem Kampf teil.

EINLADUNG
ZUM BUNDESWEITEN KONGRESS-VORBEREITUNGSTREFFEN
"Autonome auf den Weg ins 21. Jahrhundert/ GrundRisse autonomer Politik"

Nach der Veröffentlichung der Kongreß-Idee vor 2 Monaten sind einige positive Reaktionen aus dem Bundesgebiet eingetroffen.
Die Berliner Vorbereitungsgruppe will und kann aber nicht allein entscheiden, ob und unter welchen Fragestellungen der Kongreß nun stattfindet.
Deshalb laden wir alle Interessierten zu einem ersten bundesweiten Vorbereitungstreffen am 28./29.5. in 06108 H a l l e / S , Kellnerstr. 10a ein.
Anreise am besten Freitagabend. Beginn des Treffens SA. 11 Uhr, Abschluß SO.- Nachmittag.
Auf diesem Treffen soll entschieden werden, ob der Kongreß stattfindet oder nicht! Deswegen sollten alle kommen, die Interesse an der inhaltlichen und/ oder organisatorischen Vorbereitung des Kongresses im Herbst haben! Als möglicher Termin spricht vieles für das verlängerte Wochenende 1., 2. und 3. Oktober.
Es gibt allerdings den Einwand, daß an diesem Wochenende nach Bremen mobilisiert werden könnte.
Wir wollen auf dem Kongreß die Erfahrungen und Analysen der autonomen Bewegung der letzten Jahre diskutieren und über mögliche neue Wege und Kampfformen reden. Diese Debatte umfaßt eine inhaltliche, wie organisatorische Neubestimmung. Wir glauben nicht, daß wir auf dem Kongreß sofort *die* Lösungen finden werden. Aber wir wollen den länger andauernden Prozeß der Suche nach einer neuen revolutionären Utopie und Praxis mit dem Kongreß endlich zusammen beginnen.
Weltweit diskutieren die Linken und Linksradikalen über neue Formen der Organisierung und über die inhaltliche Neubestimmung emanzipatorischer und revolutionärer Gesellschaftsentwürfe. Weltweit sind dabei noch keine begeisternden neuen Antworten gefunden worden.

Die Mühen der Ebene stehen uns noch bevor.

Stand der Diskussion in Berlin

Die Idee, einen Kongreß zu den Grundproblemen autonomer Politik zu machen, entstand in den Diskussionen über den Verlauf der Berliner 1. Mai-Demos in den letzten Jahren. Dabei wurde deutlich, daß die fehlende Kraft, die Demos als kollektiv organisierendes Projekt durchzusetzen, viel mit mangelnder inhaltlicher Substanz zu tun hatte.

Darüberhinaus geht es um die Frage der Organisierung und die Kontinuität autonomer Projekte und ihres Selbstverständnisses. Dabei ist klar, daß die Antwort nicht aus einer peppigen "Neuordnung der Parolen", auch nicht allein aus der noch besseren Benennung neuer Feinde und deren Bekämpfung bestehen kann. Sondern es bedarf zunächst mal der schonungslosen Aufarbeitung unserer eigenen Erfahrungen, Fehler und Erfolge der letzten Jahre.

Im Moment geht die Debatte darum, wo denn der Schwerpunkt dieser Aufarbeitung und Kritik ansetzen soll. Dabei gibt es hier in Berlin zwei unterschiedliche Ansätze:

1. Politik in der 1. Person, ausgehend von uns selbst. Von der emanzipatorischen Veränderung unserer Strukturen, unserer Umgangsformen untereinander und mit anderen Gruppen. Dieser "subjektive Politikansatz", der Eigenverantwortung und Selbstbestimmung als gesellschaftspolitisches Ziel und Mittel zur Durchsetzung betont, sollte auf dem Kongreß im Mittelpunkt der Reflexion stehen.

2. Wir müssen zuerst eine neue Analyse der veränderten gesellschaftlichen und globalen Verhältnisse vornehmen, weil wir die Gesellschaft mit ihren Gegnern und Bezugspunkten für unsere Kämpfe erst genauer kennen müssen, wenn wir sie verändern wollen. Andernfalls droht ein hilfloses sich im Kreisedrehen alter Politikkonzepte, aus dem wir auch mit viel gutem Willen nicht herauskommen.

"Die Selbstveränderung und die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse gehören zusammen" (ein älterer, bärtiger Mann aus dem 19ten Jahrhundert)

Unsere eigene, autonome Subjektivität sollten wir nicht aufgeben. Ihre Stärken sind unübersehbar. Z.B. ist unsere autonome Kultur nicht nur Ort der Abnabelung von der gesellschaftlichen Realität und führt nicht zwangsläufig zur Ghettoisierung. In ihr entwickeln sich auch neue Werte und Normen, die eine Rückwirkung auf die gesellschaftlichen Entwicklungen haben. Eine Moral, die soziale Aneignungsformen wie z.B. Einklauen, Schwarzfahren, "Sozialbetrug" so eindeutig legitimiert, ist in der BRD außerhalb der Szene höchstens in einigen MigrantInnen-Communities zu finden. Eine Gegenkultur samt einer solidarischen Sozialstruktur ist eine Voraussetzung für die Entfaltung sozialer Kämpfe.
Eine andere Stärke der Szene liegt in dem Verständnis über die Existenz unterschiedlicher Herrschaftsverhältnisse. Das Bewußtsein darüber ist in den anderen sozialen Kämpfen nur selten vorhanden. Die Diskussion und Entwicklung einer Utopie, in der die unterschiedlichen Herrschaftsverhältnisse nicht erneut vereinheitlicht, sondern in ihrer Widersprüchlichkeit ausgehalten werden können, ist für uns derzeit nur im weiten Spektrum der autonomen Szene denkbar.
Aber wir leben nicht außerhalb der Gesellschaft. Und da ein Teil unserer Utopie auch eine grundlegend veränderte Gesellschaft ist, können wir nicht darauf "warten", daß "alle einmal so werden wie wir". Eine Möglichkeit ist, uns von uns aus auf die zu beziehen, mit denen wir dieses Projekt verwirklichen wollen. Wir können zahlreiche Menschen in anderen autonomen Organisierungen finden (Kämpfe von Frauen, von MigrantInnen, Klassenkämpfe z.B. gegen Arbeitszwang, Kämpfe von Antifas), die sich nicht innerhalb "der Szene" bewegen oder sich nicht als "Autonome" bezeichnen.

Aber wie können unsere Projekte und Strukturen in der Form gestaltet werden, daß sich die Subjekte anderer sozialer Konflikte mit ihren Zielen darin wiederfinden können?
In anderen sozialen Konflikten können wir unsere eigene Subjektivität sehr wohl einbringen. Schließlich sind wir keine besseren Menschen, sondern werden ebenso von gesellschaftsprägenden Herrschaftsverhältnissen wie Sexismus, Rassismus und Klassenwiderspruch durchzogen. Die Arbeit an der eigenen Veränderung dauert gerade unter den autonomen Männern oftmals Jahre um Jahre.
Wenn wir uns ehrlicher die Widersprüche zwischen den politischen Ansprüchen und dem gelebten Alltag eingestehen, können wir leichter wieder beides miteinander verbinden.

Bei einigen Ansätzen sind wir von der Verknüpfung unserer autonomen Subjektivität mit anderen sozialen Widersprüchen nicht so weit entfernt, wie wir manchmal denken.
Zum Beispiel:

versuchte das Berliner Anti-Olympia-Komitee (hier als Beispiel für eine lokal orientierte Kampagne) sich nach Möglichkeit auf örtliche Initiativen gegen Mieterhöhung und Vertreibung zu beziehen;

entwickeln autonome Erwerbslosengruppen ihren persönlichen Kampf ums Einkommen an Konfliktpunkten (Sozi, Arbeitsamt), in denen nicht nur Autonome kämpfen;

versuchen Antirassismus-Gruppen sich seit Jahren an einer Praxis, die die konkrete Unterstützung von Flüchtlingskämpfen nicht von der eigenen Verstrickung in den Rassismus trennt;

nehmen autonome Männergruppen die Thematisierung ihrer Täterrolle zum Ausgangspunkt, das Patriarchat als gesellschaftliches Verhältnis zu kritisieren;

diskutieren Antifagruppen nicht nur den Weg zur Stärke in der direkten Konfrontation, sondern auch, wie Hierarchie, Autoritätshörigkeiten und Kommandostrukturen in den eigenen Reihen zu vermeiden sind.

Dennoch ist klar: Wenn das alles ganz prima lau-

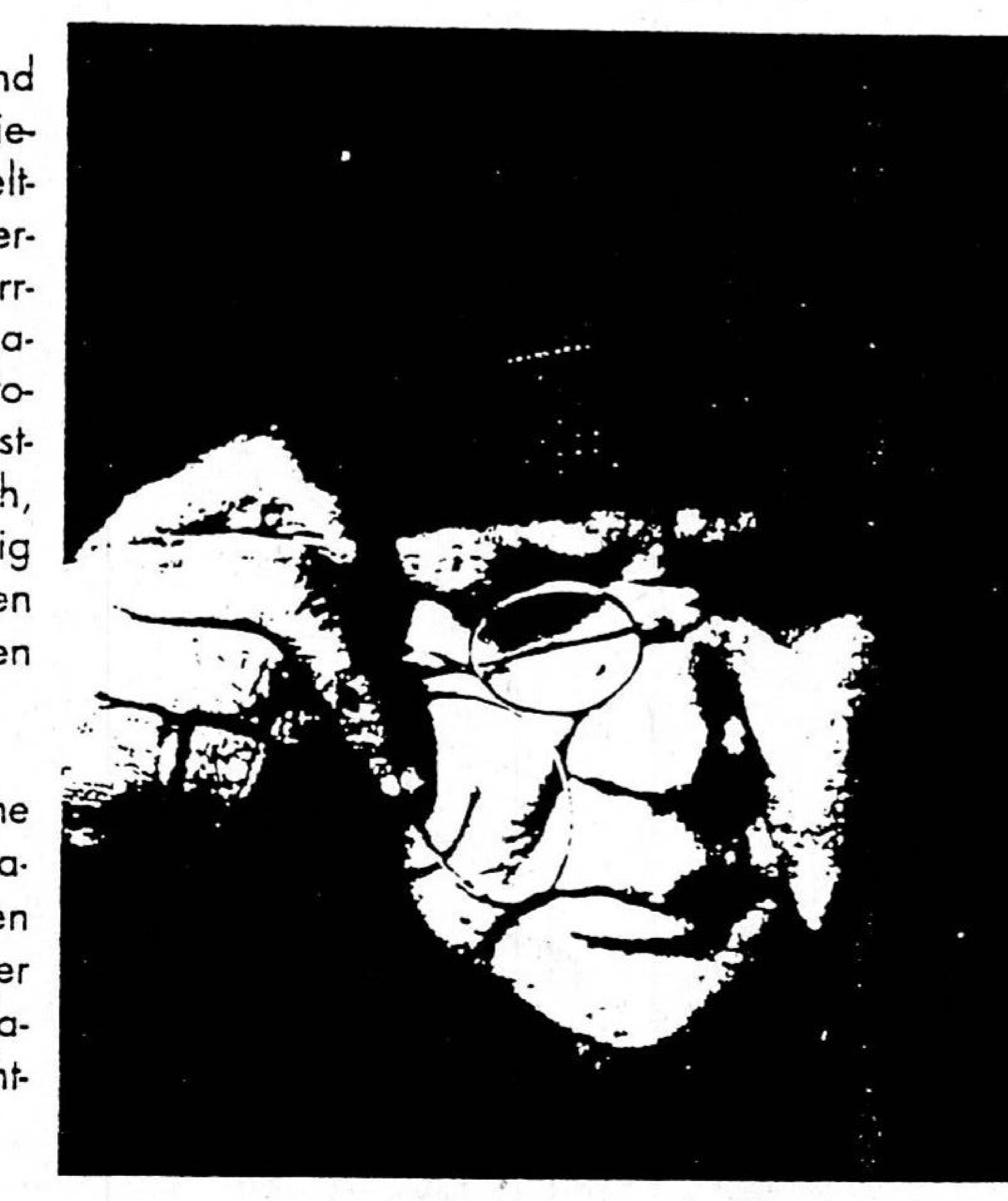
fen würde, bräuchten wir keinen autonomen Kongreß über Grundsatzfragen, sondern könnten uns direkt Überlegungen praktischer Vernetzung und Organisierung widmen. Ausgangspunkte für die Idee eines autonomen Kongresses waren u.a. folgende:

Es fehlen Antworten auf die Frage nach den von vielen als überholt erklärten Formen der autonomen (Selbst-) Organisierung und militanter Politik.

Es fehlen Antworten auf die Frage, ob wir "von uns selbst ausgehend" eine neue Subjektivität finden können, während wir in einer fremdbestimmten Gesellschaft leben. Einer Gesellschaft, die versucht, jegliche Form von Selbstbestimmung unter das Diktat der Warenform und Konkurrenz zu zwingen.

Es fehlen Antworten auf die veränderte globale und gesellschaftliche Situation:

> Mit dem "Sieg" des Kapitalismus und dem Zusammenbruch des "real existierenden" Sozialismus hat sich das weltweite Kräfteverhältnis entscheidend verändert. Trotz inhaltlicher Kritik am Herrschaftsystem des Sowjetmarxismus haben sich die Utopien einiger Westautonomen z.T. im Schatten des Ost-West-Gegensatzes entwickelt. Jetzt zeigt sich, daß diese Utopien so nicht tragfähig sind, wärend für Teile der Ost-Autonomen sich heute die Ausgangsbedingungen verbessert haben.
>
> Unsere bisherige Form und inhaltliche Ausrichtung der internationalen Solidarität mit antiimperialistischen/nationalen Befreiungsbewegungen ist angesichts der Entwicklung in Salvador, Südafrika, Palästina oder Algerien nicht mehr aufrechthaltbar.
>
> Der wieder erstarkte Nationalismus und stark anschwellende Rassismus in allen europäischen Ländern wirft die Frage auf, wie wir diesen neuen Feindbildern inhaltlich begegnen und wie wir den nationalistischen und faschistischen Vereinfachern und Agitatoren umfassenderen Widerstand leisten können.
>
> In den letzten Jahren gab es in der BRD ein patriarchales roll-back. Es ist schlicht reaktionär, **wenn wir unsere revolutionäre Utopie einer befreiten Gesellschaft ohne** eine umfassende Kritik des patriarchalen Systems formulieren würden.
>
> In der Bundesrepublik ist die Ära der relativ hohen sozialen Absicherung endgültig vorbei, und Kämpfe um Einkommen werden wieder an Bedeutung gewinnen. Hier können sich Selbstorganisierungsprozesse entwickeln, die weder von Gewerkschaften noch von politischen Parteien vertreten werden.
>
> Die alte ArbeiterInnenbewegung hat in Europa als radikale antagonistische Kraft abgedankt. Unsere daraus resultierende Suche nach dem neuen revolutionären Subjekt war bisher vergebens und hat uns eher gelähmt.



Soweit die bisherige Diskussion der Kongreßini. Wir wollen mit diesem Papier nicht vorschnell auf Kompromisse drängen. Viel sinnvoller ist es, wenn diese unterschiedliche Vorstellungen auf dem Kongreß aufeinandertreffen. Dies in dem Sinne, daß wir an unseren Kommunikationsformen noch viel ändern müssen, damit wir uns mit anderen Positionen, die uns vielleicht gar nicht passen, dennoch auseinandersetzen. Ein Gedanke dazu wäre, zunächst mal die Stärken anderer Auffassungen zu suchen, anstatt sich auf die vermeintlichen Schwächen zu stürzen. und sie als "Papiertiger" aufzubauen, der in Folge bequem zu den Akten gelegt werden kann.

Unser Dilemma

Wir von der Kongreß-Ini stehen außerdem dem Dilemma gegenüber, daß wir einerseits nicht zuviel an Schwerpunktsetzung und Strukturierung für den Kongreß vorgeben wollen, denn es soll ja ein bundesweiter, möglichst gemeinsamer Prozeß werden. Und andererseits müssen und wollen wir natürlich auch darstellen, was sich in unseren Köpfen abspielt.
Ein anderer Punkt ist die an uns ergangene Aufforderung, wir sollten mal klar benennen, wer denn zum Kongreß kommen soll, und wer nicht. Dazu denken wir, daß die in den bisherigen Beiträgen und dieser Einladung positiv genannten Eckpunkte der Diskussion ausreichen, ein negativ formulierter "Ausschluß-katalog" ist nicht nötig

Zur Kongreß-Struktur

Ein Problem ist allerdings, daß viele von denen, die sich zwar oft nicht als "Autonome" begreifen, mit denen wir aber gerne auf dem Kongreß über gemeinsame Perspektiven reden wollen (z.B. Frauen-, Flüchtlings,- Antifagruppen und Autonome aus der ehemaligen DDR) in die Vorbereitung bisher nicht aktiv eingreifen.
Wir begreifen diese Tatsache als Ausdruck unserer strukturellen Probleme, deretwegen wir auch den Kongreß organisieren.
Für die Struktur des Kongresses heißt das:
Für oben benannte Gruppen, die ihre autonomen Kämpfe oftmals nicht als "autonome" begreifen, soll bis zum Schluß die Möglichkeit bestehen, den Ablauf und die Inhalte des Kongresses mitzuprägen.



An dieser Stelle wollen wir jetzt nicht die bisher eingegangenen AG-Vorschläge auflisten. Dazu sei hier nur gesagt, daß zwischen den Ideen, die viele interessante Diskussionen versprechen, und den realen Vorbereitungen die berüchtigte Lücke klafft. Wir halten es für sinnvoll, alle AG-Vorschläge von uns und von euch auf dem bundesweiten Vorbereitungstreffen darzustellen. Wer dort nicht hinkommen kann, sollte seinen/ihren Vorschlag also am besten schriftlich an uns oder die Interim schicken.
Daraus ergibt sich, daß die Diskussion über den konkreten Ablauf und die Art der Organisation des Kongresses (Plena/Arbeitsgruppen etc) von uns noch gemeinsam begonnen werden muß. Dabei sollten möglichst die oft negativen Erfahrungen mit bisherigen Kongressen einfließen.

Feste/Kultur/Spaß

In diesem Zusammenhang wollen wir noch betonen, daß wir natürlich auch keinen "Kopf-rockerInnen-Kongreß" wollen. Es wird ganz klar viel Platz zum Kennenlernen, Reden, Essen, Feiern, für Konzerte, Lesungen und alle möglichen kulturellen Beiträge offen bleiben. Das findet in der bisherigen Diskussion nur deshalb nicht so breiten Raum, weil es nicht so kompliziert in der Vorbereitung ist.

Also: Schickt uns eure Kritik, Vorschläge, Anregungen und AG-Vorschläge.
Und kommt am besten selbst zum Vorbereitungstreffen! (Wenn möglich, meldet euch doch vorher an wegen Übernachtung, Essen usw.).

Die Kontaktadresse ist weiterhin:
Kongreßini
c/o Mehringhof
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Zur Vorbereitung auf das Treffen ist es sicher sinnvoll, wenn ihr nochmal die bisher veröffentlichten Positionen nachlest. **Der Kongreß lebt und stirbt mit der Diskussion im Vorfeld.** Beiträge erschienen bisher in allen Interims ab Nr.273. Nur wenn eineR von euch keine Möglichkeit hat, an die Texte dranzukommen, schreibt uns und wir schicken sie euch zu.

Mehmet, Abidin und Erkan !

PARTY FOR YOUR RIGHT TO FIGHT!

Freitag, 29.04.94, KÖPI
Köpenickerstrasse 137
Beginn: 22.00 Uhr

FREIHEIT für Fatma,

IHR KOMMT RAUS

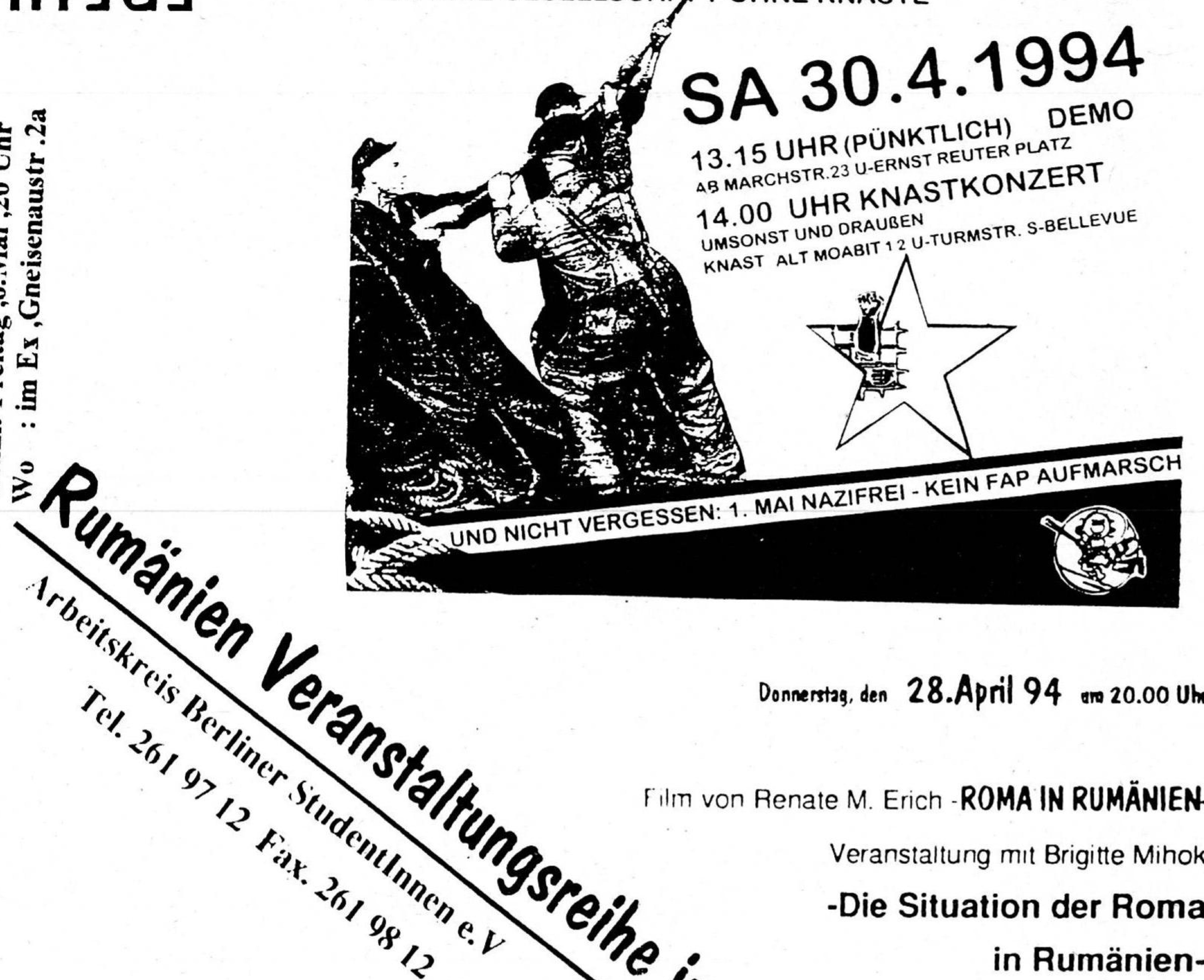
FREIHEIT FÜR DIE INHAFTIERTEN ANTIFASCHISTINNEN

WIR BLEIBEN DRIN

MARCHSTRAßE/EINSTEINUFER BLEIBT BESETZT

DEMONSTRATION UND KNASTKONZERT

GEGEN DIE KRIMINALISIERUNG DES ANTIFASCHISTISCHEN WIDERSTANDS
FÜR EINE GESELLSCHAFT OHNE KNÄSTE



SA 30.4.1994

13.15 UHR (PÜNKTLICH) DEMO
AB MARCHSTR.23 U-ERNST REUTER PLATZ

14.00 UHR KNASTKONZERT
UMSONST UND DRAUßEN
KNAST ALT MOABIT 12 U-TURMSTR. S-BELLEVUE

UND NICHT VERGESSEN: 1. MAI NAZIFREI - KEIN FAP AUFMARSCH

Informationsveranstaltung über Kurdistan

Zu Newroz und den Wahlen waren dieses Jahr mehrere internationale Delegationen im türkisch besetzten Teil von Kurdistan. Einige TeilnehmerInnen der Berliner Delegation werden über die Repressionen gegen die Zivilbevölkerung, den Einsatz deutscher Waffen und die massiven Versuche seitens der türkischen "Sicherheitskräfte" jeglichen Kontakt zwischen der bevölkerung und den DelegationsteilnehmerInnen zu verhindern, berichten.
Eventuell mit Dias.

Wann: Freitag ,6.Mai ,20 Uhr
Wo : im Ex ,Gneisenaustr.2a

Rumänien Veranstaltungsreihe in KAA 14

Kurfürstenstr. 14, 10785 Berlin

Arbeitskreis Berliner StudentInnen e.V
Tel. 261 97 12 Fax. 261 98 12

Donnerstag, den **28.April 94** um 20.00 Uhr

Film von Renate M. Erich -**ROMA IN RUMÄNIEN**-

Veranstaltung mit Brigitte Mihok

-Die Situation der Roma in Rumänien-

Donnerstag, den **5. Mai 94**
um 20.00 Uhr

Veranstaltung mit Helmuth Frauendorfer

-Zur aktuellen politischen Situation in Rumänien-

VERANSTALTUNG DES REVOLUTIONÄREN FUNKEN

GEGEB DEN SOZIALEN FRIEDEN -
FÜR AKTIVEN WAHLBOYKOTT

Montag d. 2. Mai um 19 Uhr
im Musik-Cafe Ton-Ton
Boddin-Ecke Isarstraße
(Nähe U-Bhf. Rathaus Neukölln)

25. April 1974

20 Jahre Nelkenrevolution in Portugal - längst vergessen?

CharLi' lädt ein zur Diskussion
28.04.94 - 19.30
Lavandevil - Schustehrusstr. 3

VERANSTALTUNGSREIHE

DIENSTAG, 3. MAI 19.00 UHR

DIE ZEITUNG - "JUNGE FREIHEIT"

Vorstellung der rechtsextremen Presse anhand der "Jungen Freiheit" - Wo wird Nazipresse in Moabit vertrieben ?

DIENSTAG, 17. MAI 19.00 UHR

FASCHISTISCHE GRUPPEN RUSSLANDS

Verbindungen nach Westeuropa / Zusammenschluß von Nationalisten und Kommunisten / antifasch. Gegenkräfte

DIENSTAG, 31. MAI 19.00 UHR

DIE RECHTEN IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Die Politik der Euro-Rechten und ihre Absichten bei den Europawahlen - ein Überblick

DIENSTAG, 14. JUNI 19.00 UHR

ÖKOLOGIEBEWEGUNG VON RECHTS ?

Ökologie - Tummelplatz rechter Ideologie oder Uminterpretation einer fortschrittlichen Wissenschaft ?

DIENSTAG, 28. JUNI 19.00 UHR

FASCHISTEN IN MOABIT - DIE REP´s

Ihr Programm / Schwarz-braune Allianz / Erfolgreiche Aktivitäten gegen die Rep´s



K. TUCHOLSKY-GRUNDSCHULE
RATHENOWER STR.13
(U-BHF BIRKENSTR)

Palästina - Auf dem Weg zur Freiheit ?

Informations- und Diskussionsveranstaltung
am 4. Mai 1994, um 18 °° Uhr
in der Passionskirche
Kreuzberg, Marheinekeplatz

Referent: **Ilariun Cappucci,**
Erzbischof von Jerusalem,1974 verhaftet wg. illegalem Waffenbesitz und Unterstützung einer revol. Organisation, 1977 deportiert

Moderation: **Prof. Dr. Heinrich Fink**
ehem.Präsident der Humboldt - Universität

Veranstaltet von: Organisation für Menschenrechte in den arabischen Staaten / Deutschland e.V.
Nahost Arbeitskreis

Schöner neuer Mensch
oder Die Verwertbarkeit als Maßstab

Eine Film- und Veranstaltungsreihe zu Eugenik, Behindertenpolitik und Humangenetik

Montag, 2.5., 21°° Uhr:
Vorfilm *Kreator* von Josy Meier, BRD 1989, 6 Min;
The Soft Cell
a feminist analysis of genetic engeneering, GB 1987, 50 Min. (engl. Original)

Mittwoch 5.5., 20°° Uhr:
Veranstaltung und Diskussion:
"Projekt Hugo" - die Genomanalyse und ihre Auswirkungen
Eugenische Tendenzen in der modernen Humangenetik

Sonntag, 8.5., 21°° Uhr:
Die Genjäger von Thomas Weidenbach, BRD 1990, 45 Min.
(wird fortgesetzt...)

→ Videokino Anschlag, Kreutzigerstr. 18 (im Hof),
Berlin-Friedrichshain, U-Samariterstr.

...... with a little help from our friends !
1974 1984 1994

SPECTRUM macht 'ne Party im EX

Mehringhof, Berlin
Samstag, 7. Mai 1994 ab 22.oo h

Musik: Pille Palle und die Ötterpötter

TERMIN:
30.4.94 um 18.00 Uhr:
Ausstellungseröffnung: "Die Art zu teilen, die wir nicht mögen, geht jetzt erst richtig los" - Die Gewerkschaften auf dem 2. Marsch in die Sackgasse?!
Ort: Galerie Olga Benario, Weserstr. 5 (U-Bahn Hermannplatz)

WALPURGISNACHT

unser Ziel kennt keine Grenzen

- Anerkennung frauenspezifischer Flucht-gründe und eigenständiges Bleiberecht
- Schluß mit brutaler Verdrehung und Verharmlosung von sexueller Gewalt
- Keine Frauen als Spekulationsobjekt für die Arbeitsmarktstrategen
- Mit unserer ungebrochenen Lebendigkeit gegen Gen- und Reproduktionstechnologien
- ...



DeMo WINTERFELDTPLATZ 18⁰⁰

Samstag, 30.4.

fetE Alte TU MENSA 20⁰⁰